

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisklasse für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepostete Annon-
 celle oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Verkaufungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Interzess
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreuzsprecher: Post 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Wusth-Strasse 2.

Mittwoch, den 24. November 1897.

Expedition: SW. 19, Wusth-Strasse 3.

Die Dreyfus-Affäre.

Paris, 22. November.

Zum zweiten Mal binnen wenigen Jahren haben die Herrschenden Frankreich die Schuld zu büßen, in der Republik, unter dem Regime der vollen Öffentlichkeit und Pressefreiheit die geheimthuerrischen Vertuschungsmittel vormärzlicher Regierungen beibehalten zu wollen. Der Widerspruch ist zu schroff, um nicht die weisen Staatsmänner, wie in einer Zwickmühle, zu zerreiben. Was die Panama-Affäre in eine chronische Eiterbente, in eine bis heute unverlegbare Quelle moralischer Verpestung verwandelt hat, das hat die an sich weit unerheblichere Dreyfus-Affäre zu einem jahrelang auf dem öffentlichen Gewissen bzw. auf dem Nationalgefühl lastenden Klip ausgebauscht oder mindestens, wenn man die Bemühungen der Dreyfus-Freunde auf zweifelhafte Motive zurückführen will, aufzuhaufen helfen.

Bei aller sonstigen Unähnlichkeit der beiden Affären findet man hier wie dort dieselbe ängstliche Sucht der Machthaber, alles im stillen Kämmerlein, hinter verschlossenen Thüren, wo möglich, mit — sagen wir, fragwürdigen Mitteln, abzumachen, so lange als möglich die Evidenz zu leugnen, die Öffentlichkeit mit volltönenden Redensarten zu beschwichtigen, um ja nur den Skandal zu vermeiden. Der künstlich zurückgehaltene Skandal bricht aber desto gewaltiger aus, die Hohepriester der Staatsraison — in der Panama-Affäre war die Staatsraison das Interzesse des herrschenden politischen Klängels, in der Dreyfus-Affäre heißt sie bis auf weiteres das Interesse der Armee und der „äußeren Sicherheit des Staates“ — in den ausgewirbelten Schmutz mit hineingerend, nebst dem ursprünglichen Verbrechen die Vertuschung der Verbrechen entlarvend.

Man mag über die Schuld des Dreyfus und über die Rettungsverfuche zu seinen Gunsten denken wie man will — und der unbefangene Beobachter muß sich vorläufig jedes Urtheils enthalten —, ein ist sicher: wäre der Prozeß Dreyfus nicht vor einem geheimen Militärgericht verhandelt worden oder hätte auch nur die gegenwärtige Regierung seit Beginn der Rettungskampagne, gemäß ihrem Versprechen in der Kammer (Dreyfus-Interpellation vom 18. November 1896) die eventuellen „weiteren Verantwortlichkeiten“ in der Affäre zu ermitteln gesucht — der gegenwärtige Skandal, der alle Welt in namenloser Spannung hält und bereits die ärgsten Verdächtigungen zeitigt, wäre vermieden worden.

Es handelt sich nämlich nach den allerhöchsten Enthüllungen, deren Richtigkeit freilich dahingestellt bleiben muß, nicht mehr so sehr um die Frage, wer den Verriath begangen hat, ob Dreyfus oder Graf Esterhazy, sondern um die weit wichtigere Frage, welchen Händen eigentlich die geheimen Archive des Kriegsministeriums anvertraut sind. Man spricht bereits in den Zeitungen, nachdem man davon in den Wandbelangen der Kammer und in den Redaktionsfällen getuschelt, offen von einem „militärischen Panama“. Die geheimniß- und widerspruchsvolle Haltung der Regierung wird damit erklärt, daß sie um jeden Preis die Ausdeckung der „Dessous“, des Untergrundes der Dreyfus-Affäre verhindern wolle — gerade so, wie das mit so kläglichem Mißerfolg im Panama-Standal versucht worden war. Es gelte, die wahren Schuldigen oder die Mischschuldigen des Dreyfus zu zermalmen.

Die zuverlässig erscheinenden Thatsachen, welche diesen Verdacht haben aufkommen lassen, sind folgende:

Die Freunde des Dreyfus müssen offenbar in den Besitz einiger aus dem Kriegsministerium herkommenden geheimen Dokumente gekommen sein. Sonst wäre ja die Denunziation gegen Esterhazy einfach ein Akt des Wahnsinns. Ferner beschuldigt Esterhazy formell einen ehemaligen Beamten des Kriegsministeriums, den Oberst Picquart, unter anderem dem Dreyfus-Kretzer Dokumenten aus dem Dreyfus-Prozeß übermittelt zu haben. Das Dokument, welches Esterhazy in photographischem Abzug dem Kriegsminister zurückgestellt hat, wäre eben dem Dreifüß-Verfälscher angeblich durch eine geheimnißvolle Dame wieder entwendet worden. Und was bemerkt, Esterhazy's Behauptungen, so sehr sie im allgemeinen aus Melodramatische freifen, erweisen sich in einem Punkt unabweisbar. Daß der Oberst Picquart so oder anders an der Dreyfus-Kampagne beteiligt ist, erhellte daraus, daß er im Januar 1897 — was damals ganz unbeachtet blieb — hart gemahnt worden ist: aus dem Kriegsministerium wurde er schnurstracks nach Souffe, an der Grenze von Tunis, verlegt — man darf sagen: verbannt.

Warum man diese stille vertuschende Disziplinarstrafe an Stelle einer militärgerichtlichen Untersuchung und eventuellen Bestrafung? Warum sind andererseits die Rumpfeier des Vertrauensbruchs des Obersten Picquart unbedeutend geblieben?

Ebenso räthselhaft ist das Benehmen der Regierung gegenüber Esterhazy. Es ist nunmehr bekannt, daß der Kriegsminister seit fünfzehn Monaten eine offizielle Untersuchung gegen den Grafen hatte einleiten lassen. Wie kommt es nun, daß die Untersuchung bisher keine Ergebnisse geliefert hat? Wie kommt es ferner, daß die von Scheurer-Kestner am 30. Oktober dem Kriegsminister vorgelegten Schuldbeweise gegen Esterhazy unter dem Vorwande, daß die Sache an das Justizministerium gehöre, zurückgewiesen wurden, zugleich aber Scheurer-Kestner um einen zweiwöchigen bis freien Ausfluß ersucht wurde, mit dem Versprechen, bis dahin die Angelegenheit endgiltig zu erledigen? Warum ist aus diesem Versprechen nichts geworden? Warum hat die Regierung in einer offiziellen Pressemittheilung die Zusammenkunft Scheurer-Kestner's mit dem Kriegsminister abgelehnt, was dieser in der Kammerklärung vom 16. November, angelehnt der öffentlichen Erklärung des Vizepräsidenten des Senats, als eine Lüge eingestehen mußte?

Zum Ueberflus des Dunkels kommen noch zwei seltsame Disziplinarmassregeln. Der Kommandant des Pariser Militärgefängnisses, P a r z i n e t t i, wird R. a. s. und Fall des Anlezes entbunden, trotzdem die ihm zur Last gelegte Schuld, ein angeblicher Versuch, Henri Rochefort für die Dreyfus-Kampagne zu gewinnen, bereits drei Wochen alt ist und seine öffentlichen Aeußerungen über die Unschuld des Dreyfus seit Monaten bekannt sind. Zweitens wurde der Rabinetschef des Generals de Boisdeffre, des Chefs des Generalsstabes, der Kommandant P a u s s i n de Saint-Morel zu 30 Tagen strengen Arrests verurtheilt, weil er Rochefort, der mit an der Spitze der Anti-Dreyfus-Kampagne steht, über die angeblich unläuteren Machenschaften des „jüdischen Konfessions“ aus amt-

lichen Quellen unterrichtet hatte. Man nimmt im allgemeinen an, daß der Kommandant im Auftrage seines Chefs gehandelt habe, und seine Bestrafung wird als das Anzeichen eines Konflikt zwischen General de Boisdeffre und dem Kriegsminister über die Dreyfus-Affäre aufgefaßt.

Endlich wird auch das Entlassungsgesuch des Generalsekretärs des Kriegsministeriums, Prioul, datirt: Montreux (Schweiz), 15. November, und genehmigt am 18. November, in Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre gebracht. Aus dem amtlich veröffentlichten Entlassungsgesuch und dem Genehmigungsschreiben geht in der That hervor, daß der Generalsekretär keinen scheinbaren Grund hatte, auf seine „sofortige“ Entlassung zu dringen. Gaben ihn doch die angerufenen „Gesundheits-rückfälle“ bisher nicht gehindert, seit Monaten ruhig in regelmäßigem Urlaub am Genfer See seine Gesundheit zu pflegen. Die Remission des Generalsekretärs, der rechten Hand des Kriegsministers, hat sogar auf der Börse eine Schwankung der Kurse hervorgerufen.

Dies im wesentlichen die thatsächliche Unterlage des sich steigenden Verdachts, daß hinter der Dreyfus-Affäre ein „militärisches Panama“ stecke.

Seht man auch, wie billig, ein gerüttelt Maß der umher-schwirrenden Gerüchte und Behauptungen auf Rechnung der journalistischen Sensationsmacherei, so bleibt immer noch ein erheblicher Thatsachen-Kern zurück, der den Eindruck aufzuweckt, daß die Affäre Dreyfus-Esterhazy-Picquart um mehrere weitere militärische Namen verlängert werden möchte. Im heiligen „Figaro“ steht das Pseudonym „Bibi“, jedenfalls ein Vertrauens-mann Scheurer-Kestner's, der die früheren zuverlässigen Veröffentlichungen aus Scheurer-Kestner's Aktenbündel gemacht hat, Enthüllungen über weitere Persönlichkeiten in Aussicht. Nur wolle er damit abwarten bis zum Abschluß der schwebenden Untersuchung.

Die neueste Wendung in der Dreyfus-Affäre hat die öffentliche Erregung zu einer Art Recrudescenz gesteigert. Die ruhige Wiege, die sich die Regierung zu geben liebt, steht in grossem Kontrast zu ihren beim zu des Kriegsministers losposten Thaten seit Erneuerung der Affäre. Genosse Rouanet kennzeichnet die Haltung der Regierung in den treffenden Worten: „Al! das ist jammertlich. Frankreich bietet das Schauspiel einer Kagenmüß-Nation, eines von ent-lausenen Tollhäuslern bewohnten Landes.“

Was die Schuldfrage des Dreyfus oder des Esterhazy betrifft, so kann, wie oben betont, erst die weitere Entwicklung der Dinge die nötigen Elemente für ein objektives Urtheil liefern. Vorläufig scheint so viel sicher zu sein, daß die Ver-urtheilung des Dreyfus mit ungeschicklichen Mitteln erlangt wurde. Von der schwebenden mili-tärischen Untersuchung ist es aber schwer, mehr Licht zu erwarten, als von den bisherigen gemeinrechtlichen Untersuchungen in zivilen Korruptionsaffären. Es liegt auf der Hand, daß die Militärwelt alles Interesse hat, die Revision des Dreyfus-Prozesses zu vermeiden. Nicht vielen anderen genügt dafür namentlich der Versuch des Rabinets-chefs, des Generals de Boisdeffre, die öffentliche Meinung für Esterhazy und gegen Dreyfus zu stimmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. November.

„Gegen den Absolutismus“ leitartikelte die „Nordd. Allg. Ztg.“ in gesperrter Schrift und in gewichtigen Ueberschreibungen, welche darthun, wie bedeutsam dieser Artikel den Auftraggebern des offiziellen Blattes gilt. Gegen den Absolutismus die „Norddeutsche Allgemeine“! Die Absolutisten gegen den Absolutismus, — es ist kein Spaß!

Abgeschmackte Verleumdungen“ seien es, wenn jemand zu sagen wage, es herrsche in Deutschland eine Reigung zum Absolutismus. Wo sei denn ein Zeichen dafür, daß die Regierung verzichten wolle, ihre Vorlagen im Reichstage auf verfassungsmäßigem Wege durchzusetzen, daß sie auch nur von ferne daran gedacht habe, über die Rechte des Volkes und der Volksvertreter hinwegzugehen, daß irgend ein Minister, eine im Staate maßgebende Persönlichkeit den Absolutismus an die Stelle des Verfassungslebens setzen möchte? Und so erhebt sich das offizielle Organ zu der feierlichen Erklärung: „Damit aber ein für allemal jede Spur solcher radikalen Verdächtigungen getilgt und damit jedem ehrlich Denkenden auch der leiseste Zweifel benommen werde, sei mit allem Nachdruck betont, daß alle der Regierung untergebenen absolutistischen Hintergedanken leblich Truggebilde des Radikalismus und alle maßgebenden Faktoren im preussischen Staate und im Reich nach wie vor einzig darin sind, die Rechte der Volksvertretung und die Verfassung hochzuhalten.“

Würdevoll gesprochen. Nun sieht alles Volk, wie thöricht seine Besorgnisse waren. Heißen Dank, ruft es, dem Kanzler des Reiches, der so beruhigende Worte durch sein Leiborgan verkündigt.

Oder wird das Volk sich nicht so leicht beruhigen lassen? Wäre die Beunruhigung wirklich nur durch Erfindungen des Radikalismus in die Leute hineingetragen worden, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ es darstellt?

Die Dinge stehen aber doch wesentlich anders. Bekannt ist der Haß der mächtigsten Miquen im Staate, der Junker- und Industrieeudalen, gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht. Bekannt ist das unablässige Geschwäh der konservativen Blätter gegen den jetzigen Reichstag. Bekannt ist das sächsische Weispiel einer Beseitigung des Wahlrechts. Bekannt sind die Versuche der Reichsregierung, eine reaktionäre Ausgestaltung von Reichsangelegenheiten, die sie im Reiche selbst nicht durchzuführen konnte, in den Bundesstaaten zu vollbringen. Bekannt ist die Absicht, das Budgetrecht des Reichstags bei den Marineforderungen zu fesseln. Ist das alles nichts?

Freilich, einen Absolutismus derart, wie ihn die „Norddeutsche Allgemeine“ unterstellt, ein zaristisches Regiment, eine Alleinherrschaft sonder Einschränkung, so etwas will gewiß niemand in Deutschland. Aber auch niemand hat

je behauptet, daß derartige geplant werde. Die junkerlich-kapitalistische Reaktion wird sich wohl hüten, einem Jarrismus, der auch sie seiner Willkür unterwürfe, das Wort zu reden. Der Absolutismus, um den der Kampf geht, ist vielmehr der Absolutismus dieser junkerlich-kapitalistischen Reaktion selbst.

Die Herrschenden wüthen, da das Volk immer mehr erwacht und sich von ihnen wendet. Und darum wünschen sie nichts sehnlicher, als die Rechte des Volkes zu schmälern und zu beseitigen, die ihm seine Selbstbestimmung wahren und den Weg zur politischen Freiheit ebnen.

In diesen Thatsachen können die Beruhigungsversuche des Fürsten Hohenlohe nichts ändern. Man sieht an diesen Bemühungen der offiziellen Presse nur, wie unangenehm es der Regierung ist, daß die Pläne der Reaktion schon zu offen aufgedeckt wurden und daß der „Radikalismus“ eifrig am Werk ist, dieselben zu durchkreuzen! —

Feindselige Brüder. Die antisemitische Reformpartei fährt gegen die Konservativen immer schärferes Geschütz auf. Wir hätten, so sagt die „Staatsbürger-Zeitung“, so gern mit den übrigen „staatsbehaltenden Parteien“ zusammen-gewirkt. Aber die Konservativen wollen uns nicht als selbst-ständige Macht gelten lassen und treiben uns von der Schwelle der Ordnungsparteien. Was hilft es da, daß Herr Miquel die Sammelpolitik verkündigt, wenn die Konser-vativen uns brave Antisemiten von der Sammlung ausschließen; ja sogar die Kreise, die in antisemitischen Besitze befindlich sind, mit den schlechtesten Mitteln angreifen wollen. So habe man in Dresden dem Grafen Herbert Bis-marck die Kandidatur angetragen; das sei „nackte Gefässigkeit“ und „Wahlmache gewöhnlicher Art“, dadurch verhehle man aber nur der Sozialdemokratie zum Sieg. Das sei nicht eine Politik der Sammlung, sondern der Zerstückung. Wenn die Konservativen so fortfahren, will die Staatsbürgerin sie „als eine Partei der Zerstückung“ aufheben und „in der Bekämpfung der konservativen Partei das Mittel zur Gesundung des Parteilebens in Deutschland erblicken“. Dann aber werde die Reformpartei „in allen geeigneten scheinenden Wahlkreisen den Konservativen Gegen-laudboten gegenüberstellen.“

So spitzt sich der Kampf zwischen den feindseligen Brüdern immer mehr zu. Die Mißstimmung der Bevölkerung gegen das konservative Bevormundungsregiment ist im stetigen Steigen und solche Schichten, die sich noch zu keiner klaren demokratischen und sozialen Politik durchgearbeitet haben, fallen der „Reformpartei“ in die Hände, die bei aller Rück-sichtigkeit und bei allen Höflichkeiten ihrer Agitation sich doch durch etwas größere Selbstständigkeit gegenüber den herr-schenden Mächten und durch die Vertretung der Interessen der kleinen Ausbeuter gegenüber den großen Ausbeutern einige Sympathien bei den Wählern erwirbt.

Es ist ergötzlich, den Streit dieser Leute mitanzusehen. Herr Miquel wird's aber weniger freuen! Das „Sammeln“ ist nicht so leicht! —

Die Besetzung der chinesischen Kiantschau-Bucht durch deutsche Marinegruppen wird von den Schwärmern für das „größere Deutschland“ mit Jubel begrüßt. Und man fordert die deutsche Regierung auf, aus der Besetzung eine d a n e r n d e O k k u p a t i o n zu machen und so einen festen Stützpunkt in den chinesischen Gewässern zu gewinnen.

Gegen solche Aufforderungen, die allem Völkerrecht ins Gesicht schlagen wollen, muß denn doch auch schärfste protestirt werden. Wir nehmen an, daß der chinesische Gesandte am Berliner Hofe recht hat, wenn er die Ansicht anspricht, Deutschland könne nicht eine derartige Absicht haben und sei daher ein diplomatischer Bruch nicht zu erwarten, da der Hof in Peking durch Bestrafung der Schuldigen und Zahlung einer Entschädigung Genugthuung zu geben bereit sei.

Es wird ferner mitgetheilt, daß die maritimen Streitkräfte Deutschlands in Ostasien demnächst wieder verstärkt werden sollen; ein Kreuzer ist bereits abgedampft, ein zweiter wird bald folgen; es soll eine zweite ostasiatische Division, dem Vernehmen nach unter dem Kommando des Prinzen Heinrich, gebildet werden. Es scheint also, als habe man „Großes“ vor.

Jedenfalls aber führen — und das ist uns recht amüßant zu sehen — diese Vorkommnisse die Flottenvermehrungspläne ad absurdum. In allen Ecken der Welt können wir uns Konflikte erlauben, und Schiffe sind in Hülle und Fülle da, nur des „deutschen Raunen Ehre“ zu schützen. Was will man also mehr? —

Der Goluchowski'sche Vorschlag der Zoll-vereinigung der europäischen Staaten wurde im Budgetausschusse der österreichischen Delegation vor allem seitens der deutschen Abgeordneten, von denen seit langem eine Zollvereinigung des Deutschen Reiches mit Oesterreich erstrebt wird, günstig aufgenommen. Die Diskussion über die Goluchowski'schen Anregungen gewinnt jetzt erst in der Presse breiteren Raum. Nirgends ist volle Zustimmung vorhanden, wehr oder minder lähli-höfliche Ablehnung charakteristische Auffassung der bürgerlichen Presse. Schon wegen der Beziehungen der „Köln. Ztg.“ zum Auswärtigen Amte verdienen folgende Sätze dieses Blattes Beachtung:

Der Gedanke ist öfters ausgesprochen und — allerdings bisher ausschließlich rein theoretisch — besprochen worden. Es ist jetzt wohl das erste Mal, daß auch ein leitender Staats-mann ihn sich zu eigen macht, und man wird demnach darauf ge-

fast sein müssen, daß von dieser Seite praktische Vorschläge an die Mächte herantreten werden. Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß jede Verständigung auf diesem Gebiete nur mit Freude begrüßt werden kann. Eine andere Frage ist aber, ob eine solche Verständigung bei den mannigfachen Sonderinteressen in dem Sinne möglich und zu erzielen sein wird, daß einerseits Europa, andererseits die überseeischen Länder geschlossen und kampfbereit einander entgegenzutreten. Wir möchten vielmehr nach wie vor an unserer Ueberzeugung festhalten, daß eine wirtschaftliche Verständigung ohne vorherigen, vieles gefährdenden Zollkampf zwischen ihnen und drüben weit leichter zu erzielen und deshalb mit klarem Zielbewußtsein anzustreben ist. Auch die Amerikaner wissen wirtschaftlich zu rechnen, und wenn sie wiederholt an eigenen Verleiden haben werden, wie sehr ihre eigenen Interessen durch die Uebertriebungen der Mc Kinley'schen und Dingley'schen Zolltarife geschädigt werden, so wird eine gegenseitige Verständigung rascher zu verwirklichen sein, als die Errichtung eines großen europäischen Zollbündnisses. Doch das schließt nicht aus, daß zunächst in einzelnen wichtigen Fragen innerhalb der europäischen Regierungen eine Verständigung zu gemeinsamer Abwehr gemeinschaftlicher Gefahren angestrebt und versucht wird. Will in dieser Hinsicht Graf Solowjoff mit festen Zielen und klaren Vorschlägen der Führer sein, so kann er sich damit ein großes Verdienst erwerben, das allseitig gern anerkannt werden dürfte.

Dagegen wollen die „Hamburger Nachrichten“ von den aus Wien kommenden Anregungen nichts wissen. Das Leitblatt des Herzogs von Lauenburg traut eben den Fähigkeiten der deutschen Diplomaten nichts mehr zu, seitdem Fürst Bismarck aus dem Reichskanzleramt geschieden ist. Deshalb schreibt das Blatt:

Wie weit der Minister dabei z. B. die Eventualität eines Zollbundes mit Deutschland im Auge gehabt hat, wollen wir ununtersucht lassen; jedenfalls haben wir mit der wirtschaftlichen Stärkung unserer Verbündeten auf unsere Kosten zu Caprioli's Feiten Erfahrungen gemacht, die zur Vorsicht stimmen und schwerlich Neigung bei uns erzeugen werden, als opferfreudiger Theil in eine wirtschaftliche societas leonina (ein Vertrag, welcher dem einen allen Gewinn, dem anderen allen Verlust von der Gesellschaft zueißt) zu Gunsten von Oesterreich-Ungarn oder anderen europäischen Staaten einzutreten.

Was die Presse sonst sagt, ist nicht der Erwähnung werth. Eine Reihe der wichtigsten Blätter hält noch mit dem Urtheile zurück, das Organ der Wähler beschränkt sich auf die Wiedergabe der billigen Weisheit der „Hamburger Nachrichten“.

Deutsches Reich.

Die Ernennung des Staatssekretärs des Kaiserlichen v. Wulow zum Bevollmächtigten zum Bundesthag wird heute vom „Reichs-Anzeiger“ publizirt.

Die allgemeine Fleischschau soll nicht durch Reichsgesetz, sondern auf dem Wege gleichartiger Polizeiverordnungen in allen Bundesstaaten eingeführt werden. In Preußen ist seitens der Ministerien, in deren Bereich die Regelung der Frage gehört, der Entwurf einer Polizeiverordnung ausgearbeitet worden; nach derselben soll alles nicht zum eigenen Gebrauch im Hause geschlachtete Vieh der allgemeinen Fleischschau unterworfen sein. Wie weit bei der beabsichtigten Einführung der Fleischschau agrarische Wünsche oder Rücksichten auf die Volksgesundheit maßgebend sind, wird erst Inhalt und Handhabung der geplanten Polizeiverordnungen lehren.

Der Börsenkrieg wird von der Regierung fortgesetzt, sie appellirt in der Feenpalast-Frage gegen die Entscheidung des Berliner Bezirksauschusses an das Ober-Verwaltungsgericht.

Agrarier gegen Agrarier. Erfreulich offenherzig waren die Agrarier in der letzten Sitzung des Letzter Landwirthschaftlichen Vereins. Bekanntlich sind von der Regierung auf heißes Drängen der Agrarier die Grenzen des Deutschen Reiches fast vollständig gegen jede Art von Vieheinfuhr gesperrt, selbstverständlich nicht etwa deswegen, um den deutschen Großgrundbesitzern und Fleischproduzenten eine Monopolstellung und hohe Fleischpreise zu verschaffen — wer würde den Agrariern solchen Spott ausstrauen? — sondern lediglich der vom Auslande drohenden Seuchengefahr wegen. Die Sache scheint nun aber für einen Theil der deutschen Agrarier auch ihre unangenehmen Seiten zu haben. Während die inländischen Fleischproduzenten die aus der Absperrung der Grenzen resultirenden höheren Gewinne schmerzlos einsehen, beginnt den Milchproduzenten das zur Aufrechterhaltung der Masse nöthige ausländische Futtermaterial zu fehlen, und es scheint sich bei ihnen das Sprichwort zu bekämpfen: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ In dem genannten Verein sprach der Amstater Schmidt aus Löhne über die Frage: „Ist die in Deutschland vorhandene Rindviehzucht so leistungsfähig, daß sie den Bedarf an frischem Rindvieh zu decken vermag und können die Rindviehbesitzer der norddeutschen Tiefebene behufs ihrer Veredelung das Holländer Zuchtvieh entbehren?“ Seit den zwei Jahren, wo die Einfuhr holländischer Milchvieh durch die Grenzsperrung abgebrochen ist, gingen die Milchträge in den Ställen des Redners von durchschnittlich 11,8 auf 10,3 Liter täglich für das Stück zurück, also um 1 1/2 Liter, was bei einem Milchpreise von 11/4 Pf. 61,50 M. im

Jahre für die Kuh ausmacht. Dabei hat Redner stets das beste deutsche Vieh gekauft, das er bekommen konnte, und 500 M. für ostfriesische Kühe bezahlt, die er früher für 380—400 M. ersehen konnte. Der Zeitner Dünger, den er sich sonst mit 14,5 Pfennige berechnete, steht ihm jetzt mehr als doppelt so hoch, nämlich mit 29,9 Pfennige ein, und beim Verlaufe der abgemolkenen Kühe hat er jetzt gegen den Einkaufspreis einen Verlust von 49 Mark für den Stand im Jahre gegen 47 Mark in den früheren Jahren. Wenn wir nicht wieder billigeres und besseres Vieh bekommen, so gehen nach Redners Ansicht unsere Milchwirthschaften zu Grunde. Das Uebel gewahrt noch an Schärfe dadurch, daß die Milchläche immer knapper werden. Unsere heimische Zucht sei ganz außer Stande, der stetig wachsenden Nachfrage zu genügen, und diese Nachfrage reize namentlich um deswillen so sehr, weil die Kühe jetzt älter als früher durch frühe Erstehung werden müssen; denn von vornherein schlechter, langen sie auch rascher an der Grenze der noch lohnenden Ergiebigkeit, etwa sieben Liter täglich, an. Man müsse ja anerkennen, daß die Landwirtschaftskammern große Anstrengungen machen, um die deutsche Rindviehzucht zu heben; aber alle diese Anstrengungen reichen nicht aus, die Einfuhr von holländischer Zucht- und Milchviehern entbehrlich zu machen. Im eigenen Interesse der Züchter also müsse, da unsere Züchter dringend der Verbesserung bedürfen, die Wiedereinfuhr holländischer Vieh es gefordert werden. Die Milchwirthschaften erlangen dabei gar nichts unmittelbares für sich; sie wollen nur die Züchter in den Stand setzen, besser als bisher ihrer Aufgabe zu genügen. Redner beantragte, den Landwirtschaftsminister zu bitten, dafür Sorge zu tragen, das Küber, junge Bullen und junge Kühe bis zum vierten Lebensjahre aus Holland eingeführt werden dürfen. Als Schutz gegen Seucheneinfuhr könne man ja Quarantäne und Tuberkulinimpfung anordnen.

Daß, wenn diese Mittel genügen, sie ja auch von vornherein hätten angewandt und die Grenzsperrung — die dem deutschen Publikum und namentlich den deutschen Arbeitern so sehr theuer gekommen ist — hätte vermieden werden können, das hervorzuheben unterließ der Redner natürlich. Der Antrag rief eine lebhafteste Diskussion hervor. Von den Freunden desselben wurde unter Beschäftigung der vom Antragsteller betonten Thatsachen geltend gemacht, daß auch die deutsche Pferde-, Schaf- und Schweinezucht ihre Fortschritte hauptsächlich der fortwährenden Einfuhr englischen Blutes verdanke. Am Altein habe sich derselbe Nothstand der Milchwirthschaften und derselbe Kampf gegen die Grenzsperrung entwickelt; übrigens sei aus Holland noch niemals Maul- und Klauenseuche zu uns gekommen. Die Gegner des Antrages, die wohl besonders unter denjenigen Herren zu suchen sind, deren Viehwirthschaften mehr auf die Fleischproduktion angefaßt sind, bezweifelten, daß Holland seuchenfrei sei; Gesundheitszeugnisse des Auslandes seien werthlos, und die Tuberkulinimpfung lasse sich durch eine Vorimpfung mit demselben Mittel ebenfalls werthlos machen, weil dasselbe Thier, wenn auch perilschäftig, nicht zweimal hintereinander auf Tuberkulin reagire. Uebrigens sei die Einfuhr aus Holland von jeher garnicht beträchtlich gewesen und in Deutschland genug gutes Vieh zu bekommen. Man wolle nicht dem Züchter den so mühsam errungenen Vortheil der höheren Verkaufspreise entreißen und mit dem Grundsatze nicht brechen, daß der deutsche Markt dem deutschen Erzeugnisse erhalten bleiben müsse. Der Antrag Schmidt wurde schließlich mit 31 gegen 27 Stimmen angenommen.

Man wird also um Wiederanhebung der Grenzsperrung für holländisches Rindvieh bitten. Das wachsthaft Erstehende bei diesen Erörterungen war die Deutlichkeit, mit der die Herren Agrarier ihre Interessen vertreten. Die einen — auch die Deutsche Tageszeitung — stellt sich in einem Vortragsartikel auf diese Seite — erklären, den deutschen Landwirthen müßten die theuren Fleischpreise erhalten bleiben, und darum sind die Grenzen wegen Seuchengefahr abzusperren. Die anderen aber, denen diese Absperrung unangenehm zu werden beginnt, verlangen von der Regierung, daß die Grenzen wieder geöffnet werden, trotz der auch von ihnen behaupteten Seuchengefahr.

Zum Prozeß Stamm-Sticker soll nach Blättermeldung die „Saar- und Bieszeitung“ eine Mittheilung enthalten, daß die betheiligten Schöffen sich auf Grund der auch von uns wiedergegebenen Notiz des „Volk“ über den Besuch des einen bei Sticker's Anwalt in ihrer Sitzung gekränkt fühlen und gegen das „Volk“ wegen Verleumdung Klagen wollten. Das „Volk“ schreibt, daß es dieser Klage mit großer Gelassenheit entgegensteht.

Der 10. Katholikentag der Katholiken Berlins und der Vorort tagte unter ungewöhnlich zahlreicher Betheiligung am Montag in den Konordia-Sälen. Den Hauptpunkt des Abends bildete ein Vortrag des Kapuzinerpater's Verno Kurzer aus Bayern, der seinen Ausführungen das Schriftwort: „Des Menschen Leben ist ein Kriegsdienst“ zu Grunde legte. Der Vortragende hielt sich möglichst frei von Verunglimpfungen und Verdächtigungen der evangelischen Kirche, erging sich aber mit stichtischem Behagen wiederholt in ironischen Auslassungen der preussischen „Schneidigkeit“ und der höheren Offizierslehre und stellte hauptsächlich die Forderung auf, daß die Katholiken Berlins und der Umgegend sich zu organisiren hätten. Namentlich sei die Pflege der Gesellschaftsvereine mehr in den Vordergrund zu stellen, da die Gegner die meisten Truppen beim Vergnügen anwärteten. Der gegenwärtige Kampf sei für beide christlichen Kirchen vielleicht gefährlicher, als die Türkenkriege des Mittelalters, da man in der breiten Volksmasse es jetzt nicht mehr mit der Bekämpfung

einzelner Dogmen, sondern der ganzen christlichen Weltanschauung zu thun habe. Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag schloß mit einem Appell an die hiesigen Katholiken, bei allen politischen und kommunalen Wahlen persönliche Rücksichten zurück zu stellen und unbedingt das Wahrecht auszusprechen, selbst wenn von vornherein auch nur Minoritäten zu erwarten seien. Zum Schluß der Versammlung wurde noch kurz der Zwischenfall mit Bolle gestreift, von einer Erörterung der feindlich beigelegten Angelegenheit aber abgesehen.

Chronik der Eisenbahnunfälle. Aus Stendal wird berichtet: Auf dem hiesigen Bahnhof sind nachts Zug Nr. 1201 und ein Rangierzug zusammengestoßen. 3 Güterwagen wurden gänzlich zertrümmert. Ein Beamter wurde leicht verletzt.

In Salzwedel wurde der Stationsassistent Krüger von einem Gütergüterzug überfahren und auf der Stelle getödtet.

Aus Weimar wird gemeldet: Auf der hiesigen Eisenbahnstation wurde gestern ein Buchhalter überfahren und sofort getödtet. Ebenfalls wurde der Hilfsbremser Uhardt aus Erfurt abends von dem einlauenden Schnellzug Stuttgart-Berlin erfasst, unter die Räder geschleudert und buchstäblich in Stücke zerissen.

Der „Heidelberger Zeitung“ zufolge rief heute Vormittag 10 Uhr auf der Station Kirchheim der Schnellzug Nr. 4 auf einen Güterzug. Durch den Anprall wurden die Lokomotive und ein Wagen des Schnellzuges, sowie mehrere Wagen des Güterzuges zertrümmert. Ein Reisender erlitt eine erhebliche Quetschung, der Führer des Schnellzuges eine leichte Verwundung.

Die heute zusammengetretene General-Synode wird auch zahlreiche Anträge von Provinzial-Synoden zu beraten haben, von denen mehrere ein politisches Interesse erwecken. Unter den Anträgen dürfte der Antrag der brandenburgischen Provinzial-Synode betreffend die Berufung von Professoren der evangelischen Theologie wieder zu größeren Debatten Veranlassung geben. Von der pommer'schen und westfälischen Provinzialsynode liegen Anträge auf Erlass eines Kirchenzuchtgesetzes vor, fünf Provinzialsynoden unterbreiten Anträge auf Befreiung des Quells und Vererdigung der im Duell Gefallenen. Ferner wird sich die General-Synode mit den von fünf Provinzial-Synoden gestellten Anträgen betreffend die Sonntagsheiligung, Beschränkung des Ausschanks an Sonn- und Festtagen und der Sonntagsvergnügungen in Vereinen beschäftigen, ferner mit der Beschränkung der Konzessionen zur Errichtung von Schankstätten, mit der Bekämpfung der Prostitution, der Revision der Ehebücher, der Verlegung des Fortbildungsschul-Unterrichts auf die Wochentage zc. zc.

Karlsruhe, 23. November. Der badische Landtag wurde heute eröffnet. Nach der vom Präsidenten des Staatsministeriums Dr. Koll vertlesenen Thronrede hat sich die Finanzlage in den letzten Jahren merklich gebessert. Das Budget schließt im ordentlichen Etat mit einem nicht sehr erheblichen Ueberschuß, unter der Voraussetzung, daß in den beiden nächsten Jahren die Matrifularbeiträge und die Ueberweisungen sich decken werden. Die Anforderungen des außerordentlichen Etats erreichen die ungewöhnliche Höhe von 13 320 444 M., sodaß nach Abzug der Einnahmen des außerordentlichen Etats mit 2410 756 M. noch immer 10 909 688 M. zu decken bleiben. Die Thronrede stellt für Landwirtschaft und Gewerbe die Beihilfe der Regierung in Aussicht. Außerdem werden anlässlich des bevorstehenden Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Reihe landesgesetzlicher Ausführungsbestimmungen dem Landtage vorgelegt werden.

Strasbourg i. E., 22. November. (Das. Ver.) Nach Mittheilung der Amtlichen Korrespondenz hat das am 31. März v. J. abgeschlossene Staatsjahr 1896/97 für die elsaß-lothringischen Finanzen einen Ueberschuß von 1 917 727 M. ergeben. In dem Landeshaushalts-Etat für 96/97 war zur Ergänzung der Einnahmen eine Anleihe von 1 288 800 M. eingestellt. Die Aufnahme derselben ist jedoch nicht erforderlich geworden, vielmehr hat sich infolge der Mehreinnahmen gegenüber den Ansätzen des Etats der erwählte Ueberschuß ergeben. Zu diesem Ergebnis hat vor allem der Umstand beigetragen, daß die Abrechnung des Landes mit dem Reich über die Matrifularbeiträge einseitig und die Ueberweisungen andererseits sich um 805 590 M. für das Land vortheilhafter gestaltet hat, als im Etat vorausgesetzt war. Von den einzelnen Landesbeiträgen haben ferner gegenüber den Etatsansätzen wesentliche Mehrerträge ergeben: die Forstverwaltung mehr (818 200 M.), Biersteuer (258 000 M.), Weinsteuer (181 500 M.), Erbschaftsteuer (188 900 M.), die Registerabgaben, in der Verwaltung der Verkehrssteuern (1 229 000 M.). Der oben erwähnte Gesamtsüberschuß kommt dem in der nächsten Sitzung des Landesauschusses vorgelegenden Landes-Haushalts-Etat von 1898/99 zu gute, der erhebliche Ausgaben für Erweiterung des Eisenbahnnetzes aufweisen wird. Die Vorbereitungen zur Organisation des Handwerks nehmen im Lande ihren Fortgang. So ist nun auch in Metz in voriger Woche von etwa 150 Handwerksmeistern ein Allgemeiner Handwerksverein gegründet worden. Ebenso fand in Mülhausen eine vertrauliche Besprechung von Handwerksmeistern statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Pfarrer Winterer, der in derselben Angelegenheit kürzlich auch hier gesprochen hat, über das Handwerkgesetz referirte.

Oesterreich.

Wien, 22. November. Nach langer Debatte, welche 8 Sitzungen in Anspruch genommen hat, nahm das Abgeordnetenhaus heute die Nothstandsvorlage nach den Ausschussanträgen in allen Theilen an. Ferner gelangten mehrere Resolutionen zur Annahme. Bei der Abstimmung über die Tagesordnung für die nächste Sitzung kam es zu einer heftigen Debatte, da die Linke dagegen protestirte,

Nachklänge vom Tausch-Prozeß.

Der famose Herr Normann-Schumann soll bekanntlich wenige Tage vor dem Ledert-Löhnow-Prozeß auf die Frage, ob er beabsichtigt, in diesem Prozeß als Zeuge auftreten zu müssen, die charakteristische Antwort gegeben haben: „Meine Koffer sind gepackt. In dem Augenblicke, wo ich als Zeuge vorgeladen werde, bin ich außerhalb Deutschlands: Was ich weiß, will ich nicht als Zeuge verpuffen, sondern ich kann damit anderswo mehr Geld verdienen.“ Und man bedauerte es schon während des Prozesses allgemein, daß der vielwissende Herr nicht als Zeuge geladen wurde; heute ist dies Bedauern umso gerechtfertigter, zumal ja das Auswärtige Amt schon vor dem Prozeß eine ganze Reihe Thatsachen von ihm kannte, die seine Vorladung mehr als erklärlich hätten erscheinen lassen. Aber Herr Normann-Schumann war zwar 2 oder 3 Tage vor dem Löhnow-Prozeß noch im Kriminalgericht Noabit, am Tage des Prozesses aber war er bereits „als Korrespondent auf den griechisch-türkischen Kriegsschauplatz“ abgegangen. Heute kommt nun das erste Anzeichen dafür, wie Herr Normann-Schumann mit seinen Erfahrungen bei der Polizei Geld verdienen könnte. Viel enthält zwar dieser erste Ballon d'essai nicht; aber vielleicht soll er bloß als Orientirungsball aufgefaßt werden — für den Adressanten wie für den Adressaten.

Bekanntlich hat dieser Muster-Spion bei der Berliner Staats-anwaltschaft drei Meinelids-Demunziationen eingereicht gegen v. Marschall und Hamann, gegen Bebel und gegen den Redakteur des „Berliner Sozial-Anzeigers“ Brentano, der in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Saale-Zeitung“ in Halle feinerzeit an das Auswärtige Amt vertraulich hatte, daß Normann-Schumann der Berliner Korrespondent dieses Blattes sei und die aufsehenerregenden Notizen gegen den „neuen Kurs“, den Kaiser u. s. w. verfasste. Heute ist nun aus Luzern einer An-

zahl hiesiger Adressen diese Demunziation im Manuscript — 8 gebundene Quartetten von S. 23—30 — zugegangen.

Diese Demunziation ist datirt: Paris, Hotel National 11. X. 97, und froht von hasserfüllten Beschimpfungen gegen den Herrn Brentano. Wenn nur die Hälfte von dem wahr wäre, was Herr Normann-Schumann da über Herrn Brentano sagt, so wäre dieser Haß zu begründen.

Der Spiegel v. Löhnow sagte über den Spittel Normann-Schumann: Der Herr Kommissar v. Tausch hätte den Schumann wegen Bigamie, Erpressung, Urkundenfälschung zc. ins Zuchthaus bringen können; und Herr v. Marschall sagte aus, wo dieser Mann überhaupt war, habe er Spuren von Verbrechen hinterlassen. Trotzdem war dieser Mann beim Polizeipräsidenten v. Nichte so allmächtig und einflußreich, daß dieser ihn trotz des Verlangens des Reichskanzlers nicht entlassen konnte! Zum Dank für dieses Demunziationen beschuldigt nun selbsterwähnt Normann-Schumann den Herrn Brentano, den Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes, einmal, daß auch er, der Herr Brentano, bereits von 1897 an als Angeber heimlich zu Herrn v. Tausch in einem notorischen Verhältniß stand, und ferner, daß er, Normann, gar keinen Grund habe, vor diesem seinem Belastungszugenen sich zu verstecken, der ja wegen Diebstahls und Einbruchs mit Zuchthaus bestraft sei und den er nebstbei noch wegen Betrugs und Wechselfälschung bei der Staatsanwaltschaft denunzirt.

Was Herr Normann-Schumann über Brentano schreibt, ist die Wichtigkeit dieser Beschuldigungen selbstverständlich voranzusetzt, ein neuer Beweis dafür, einmal, welche Subjekte die Polizei für das hiesige Gewerbe des „Vertrauensmanns“ werden kann und dann, warum ihr diese dienstbar sind. Hier eine schmachvolle oder doch makelhafte Vergangenheit, dort die Furcht vor der Entlarvung dieser Vergangenheit, dazu Geldverlegenheit und oft Existenznoth.

Brentano war nach den detaillirten und mit Briefauszügen reich belegten Darlegungen Normann-Schumann's in dieser Lage; schreibt doch Brentano an Petermann zur Erklärung, warum er ihn als Korrespondenten der „Saale-Zeitung“ an das Auswärtige Amt verathen habe: er sei schon so und so oft danach gefragt worden, man habe ihm sogar von Berlin aus gedroht, seine Vergangenhait zu enthüllen; auch der Kriminalkommissar v. Mauderode habe den Verfasser genannt wissen wollen; immer habe er sich geweigert, schließlich habe er die Errettung aus höchster Noth davon erhofft; man habe ihm eine große Summe geboten und ihm versprochen, alle seine Schulden zu bezahlen. Im Prozeß sagte Brentano unter Eid aus, er habe es nicht für Geld gethan, er habe nicht einmal die Reisekosten ersetzt erhalten; in seiner Schrift sagt Schumann aber u. a., daß er selber Anweisung erhalten habe, „auf Ansuchen des Auswärtigen Amtes an Brentano nicht selbst, sondern an den Kaufmann Calmus, Oranienburgerstraße, Hundert Mark zur Reise nach Paris als Nothpfennig aufzugeben, was auch gegen Wechsel geschah, den der frühere Polizeipräsident mit amtlichem Gelde einlöste.“ Nach der Darstellung Schumann's kann man aber Zweifel hegen, ob Brentano, der mit Herrn Normann-Schumann in jahrelangen finanziellen Wechsel- und Pump-Beziehungen gestanden habe, dieses Geld auch in die Finger gesteckt hat oder ob es nicht vielmehr zur Bedienung von Schulden an Normann-Schumann gedient hat.

Das wäre noch das Schönste an diesen schmutzigen Standalösen Geschichten, daß auf diese Weise Gelder „locher gemacht“ wurden zur Bedienung der Privatverbindlichkeiten der Agenten, und bei den Beziehungen, die Normann-Schumann, der täglich dem Polizeipräsidenten politischen Vortrag hielt, zu Herrn v. Nichte, Herrn v. Mauderode hatte, dünkt uns das gar nicht so unmöglich. Herr v. Tausch hat doch auch in seinem Prozeß über

das der Präsident das Ausgleichsprovisorium mit Ungarn als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzte. Schließlich wurde die von dem Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung mit 132 gegen 79 Stimmen angenommen.

Wien, 23. November. Der Budget-Ausschuss der Reichsraths-Delegation beriet den Etat des Ministeriums des Auswärtigen. Der erste Redner Dr. Stranzky sollte dem Exposé des Grafen Goluchowski große Anerkennung und hob hervor, seine Partei sei von dem freundschaftlichen Verhältnisse zu Ausland sehr befriedigt; dasselbe habe bei den Wirren im Orient die erste Kraftprobe bestanden. Er und seine Partei würden für den Etat des Ministeriums des Auswärtigen stimmen. Der Delegierte Groß (lib.) hält Beschlüsse der Delegation über die Aufstellung der gemeinsamen Voten vor der verfassungsmäßigen Festsetzung der Quoten für unzulässig. Redner wendet sich sodann zu den Vorfällen in Kreta und giebt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Maßnahmen auf der Insel unter den Augen der österreichisch-ungarischen Truppen fortwähren könnten. Redner fragt, wozu denn die österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe und Truppen dort verblieben, wenn sie den Grenzthaten nicht wehrten. Zur Besprechung des Dreibundes übergehend betont der Redner, daß derselbe für die Deutschen und Italiener Oesterreich eine Herzenssache sei und daß er durch die neuerliche Annäherung Oesterreich-Ungarns an Russland nichts an seiner Wirksamkeit verliere. Indessen sei eine Rückwirkung der inneren Politik Oesterreichs auf den Dreibund zu besorgen. In dieser Hinsicht richtet Redner an die Regierung die Anfrage, ob seitens der Regierung eine Intervention in Berlin erfolgt sei, um das Sprechen österreichischer Abgeordneter im Alldeutschen Verbande zu verhindern. Des Weiteren äußert er sich über den zwar sehr wünschenswerthen, aber wegen der Interessengegenstände der europäischen Staaten schwer zu verwirklichenden kontinentalen Zusammenschluß zur Abwehr der überseeischen Konkurrenz. Der Delegierte Scheibler bemängelt, daß sich das diplomatische Korps aus dem Adel rekrutirt; die Konsularvertretungen seien jüdisch angehaucht. Er bestritt, daß sich das europäische Konzert bewährt habe. Der Delegierte Kaiser protestirt gegen die Aufstellung der gemeinsamen Beitragsleistung nach dem bisherigen Schlüssel; er legt das größte Gewicht auf den Dreibund und das innige Verhältnisse zu dem Deutschen Reiche und sieht in der Annäherung an Russland eine ersprießliche Sicherung des Friedens. Kaiser richtete sodann eine Anfrage an die Regierung wegen der Zurückziehung der österreichischen Truppen von Kreta. Die Sicherung der auswärtigen Politik erachtet der Redner als durch die innere Politik Oesterreichs gefährdet. Er bedauert den Umstand, daß Ungarn sich den billigen Ansprüchen bezüglich der Ordnung der gemeinsamen Angelegenheiten hartnäcklich verschließe und sich in innere österreichische Verhältnisse einmengen lasse. Seine Partei erachte eine Zoll- und handelspolitische Einigung mit dem Deutschen Reiche und sodann eine weitere Ausgestaltung zu einem mittel- oder gesamt-europäischen Wirtschaftsbunde für wünschenswert, wobei insbesondere die landwirtschaftlichen Interessen zu berücksichtigen seien. Mit den Darlegungen des Grafen Goluchowski erklärte Redner sich voll einverstanden.

Spanien.

Madrid, 22. November. Im Ministerrathe erstattete der Kriegsminister Correa Bericht über die Versicherungen des Generals Weyler, der nicht nur in seiner in der „Gaceta de Havana“ veröffentlichten Rede, sondern auch sonst den Rath gegeben habe, die Beschlüsse der Regierung zu respektiren. Der Ministerort gab der Autonomievorlage für Cuba und Porto Rico seine Zustimmung, vertagte aber die Verhandlung über die Zollfrage an morgen, um den katalonischen Delegirten zu gestatten, dem Ministerpräsidenten Sagasta ihre Gründe gegen den Zollentwurf vorzulegen. — Die Königin wird am Mittwoch die Aufhebung des über Barcelona verhängten Belagerungszustandes unterzeichnen.

Rußland.

Petersburg, 23. November. Der katholische Bischof Simon, welcher letzten vom Papste zum Bischof von Ploce in Aussicht genommen war, dessen Ernennung jedoch noch nicht veröffentlicht wurde, ist nach Odesa deportirt worden. Den Anlaß hierzu soll sein Zirkularschreiben in der Angelegenheit der Rückzulassung der russischen Sprache beim Gottesdienste in den katholischen Kirchen gegeben haben, wodurch im Gouvernement Minak arge Ausschreitungen hervorgerufen wurden.

Petersburg, 23. November. Der Generalgouverneur von Polen, Fürst Jzmeritinski, reichte seine Demission ein und wurde nach Petersburg berufen.

— Die Gesamtschuld Russlands beträgt, in Papiergeld oder neuen Goldrubeln ausgedrückt, zum 1. Januar 1898 6 101 899 902 Rubel (1 1/4 Milliarden Mark) mit einem thatsächlichen Jahresverzinsung von 271 976 928 Rubel (circa 600 Millionen Mark).

Warschau, 22. November. („Adm. Jtg.“) Wegen der jüngsten Demonstration von Studenten gegen die Professoren — es handelte sich um die bekannte Mikrowiew-Denkmal-Angelegenheit — wurden 98 Studenten relegirt.

die Art und Weise, wie Dmittenman manchmal ausgeführt werden müßten, sehr bedenkliche Auffassungen zum besten gegeben. Herr Normann-Schumann thut sich sehr viel darauf zu gute, daß er kein solcher „Nichtgroßhansjunge“ gewesen sei, wie „Ligow, Brentano, Sebald, der bei Brentano im Hause als solcher ausgebildete Singold-Stark Moses Kron Wagner.“ Er brüstet sich, daß er täglich zu bestimmten Stunden am Alexanderplatz auf dem Bureau habe sein müssen; neben seinen täglichen politischen Vorträgen beim Polizeipräsidenten habe er quartaliter die Ministerialberichte über das politische Verordnungs- (bestimmte Logen, antisemitische Bewegung, Auswanderungsagenten, auswärtige [nicht deutsche] Presse) anfertigen müssen, ferner sei ihm von Herrn v. Richthofen die Verleumdung übertrugen worden über die katholischen Pfarrer-Personalien. Zweifelsohne werden nun die katholischen Priester dem Herrn v. Richthofen sehr zu Danke verpflichtet sein, daß sie sozusagen unter der Sittenkontrolle eines solchen Subjektes standen! Wenn das am Berliner Polizeipräsidenten möglich war in der Gegenwart, welche Schlussfolgerungen liegen da nahe für die Kulturkampfszeit und welchem Lumpengefindel hat Herr v. Richthofen vielleicht erst die Ehre der Sozialdemokraten anvertraut! Da wird man an berufener Stelle anfragen müssen, wie die Dinge heute stehen!

Entsprechend diesem Vertrauen war auch die Bezahlung. Wie hoch klingt es, wenn Schumann in seiner Denunziation an den Oberstaatsanwalt darauf pocht, daß er jährlich mit der Weichnachts-Gratifikation 4000 Mark festes Gehalt bezogen habe, ohne die erheblichen Reisefrüchte. Wie mancher preussische Richter und ehrenhafte Beamte muß mit Neid auf dieses Lumpen-Gehalt blicken!

Kein Wunder dann aber auch, daß er, der durch seine Korrespondenzen diese Polizei-Erfahrungen gleich wieder journalistisch ausnützte und gewisse Artikel vielleicht sogar von den Interessenten schon im vorhinein bezahlt erhalten hatte, solche armen Tröpfe wie Brentano finanziell in die Hände nehmen konnte,

Griechenland.

Athen, 22. November. Deputirtenkammer. Trotz der Ausführungen des Justizministers, des einzigen Ministers, der in der heutigen Sitzung anwesend war, wurde der Antrag von zehn thessalischen Deputirten, die Verabreichung der Einsetzung einer Untersuchungskommission für die Vorgänge in dem Kriege zu vertragen, mit 77 gegen 68 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Als die Kammer darauf zur Abtömmung über den Antrag selbst übergehen wollte, stellte sich Beschlusunfähigkeit des Hauses heraus. Die Sitzung wurde aufgehoben. Die Arbeiten der Kammer werden wahrscheinlich verlagert werden. In den Wandelgängen herrschte Erregung.

Die Abstimmung in der Kammer wird lebhaft besprochen. Man erwartet die Entscheidung des Königs für morgen. Man versichert, daß Ministerium werde alle Mittel erschöpfen, ehe es zur Auflösung der Kammer schreite. Mehrere Parteiführer erklärten auf Befragen, sie befürchteten, die jetzige Kammer könnte nichts leisten.

Afrika.

— Aus dem Nigergelände. Die von Major Arnold befehligte Truppenabtheilung der Royal Niger Company nahm am 17. d. M. nach lebhaftem Kampfe im Sturmangriff die Festung Kiffi, in welcher sich Prinz Arku, der ausländische Sohn des Königs von Zangara geflüchtet hatte. Die Niederlage war eine vollkommene; Prinz Arku ist entflohen. Auf englischer Seite wurden 2 Mann getödtet und 12 verwundet.

Amerika.

Mexiko, 23. November. Wegen Theilnahme an der am 17. September d. J. im hiesigen Polizeigefängnis erfolgten Ermordung des Joaquin Arroyo, welcher tags zuvor ein Attentat gegen den Präsidenten Diaz verübt hatte, waren 18 Polizeibeamte verhaftet worden; zehn derselben sind nunmehr zum Tode, einer zu 11 Monaten Gefängnis verurtheilt worden; zwei wurden freigesprochen.

Australien.

— Die Achtstundentags-Vorlage, die dem neuseeländischen Parlamente vorlag, ist zum Gesetz erhoben worden.

Partei-Nachrichten.

Preussische Landtagswahlen. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ mittheilt, stammt ihr Artikel, der sich gegen den Bebel'schen Vorschlag wandte, aus der Feder Liebknecht's. Derselben Standpunkt, den Liebknecht in der „Leipz. Volksztg.“ vertrat, vertritt er jetzt auch in ganz ähnlicher Weise in einem Artikel der „Neuen Zeit“. Im ersten Theil seiner Darlegungen wendet sich Liebknecht gegen die Auffassung Bebel's, als sei die Partei durch den Hamburger Beschluß in eine „unmögliche Lage“ gerathen. Liebknecht hält den Beschluß für ebenso logisch wie den in der Partei herrschenden Meinungen und Stimmungen entsprechend. Sodann wendet sich Liebknecht gegen den Vorschlag, die Fraktion mit einer nochmaligen Beratung der Frage zu beauftragen. Das sei eine Begleitmaßnahme des Parteitagbeschlusses, das die Fraktion über den Parteitag setzen, das sei gegen den Buchstaben und den Geist der Parteiverfassung. „Nein, der Vorschlag Bebel's ist unmöglich. Und die Genossen, denen der Hamburger Beschluß wider den Strich geht, werden sich sagen: Besser, daß wir unsere Mißbilligung bis zum nächsten Parteitag verheizen, als daß die Partei Schaden leidet und die sechsfache Grundloze verliert, auf der sie bisher allen Stürmen getrohen und aller Feinde sich siegreich erwehrt hat. Die alte gute Taktik, die der Hamburger Parteitag von neuem bestätigt hat, wird sich auch künftig bewähren. Um eingebildete Gefahren zu vermeiden, wollen wir uns und die Partei nicht in wirkliche Gefahren stürzen — Gefahren, welche die Partei in ihrem Lebensmark bedrohen.“

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Darmstadt-Großgerau erklärte sich mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitages einverstanden, hielt jedoch den Beschluß über die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen für keinen glücklichen, da er nicht nur zu verschiedenen Mißverständnissen Anlaß gegeben habe, sondern auch von vielen Seiten als unzulänglich hingestellt würde. Die Konferenz hoffte, daß bis zu den nächsten preussischen Landtagswahlen, wenn dazwischen kein Parteitag fällt, in irgend einer dem demokratischen Prinzip entsprechenden Weise eine Korrektur des Hamburger Beschlusses vorgenommen wird.

Zu Bebel's Vorschlag schreibt ferner die in Erfurt erscheinende „Tribüne“: „Wir haben das Mittags-Amendement noch nie in dem extremen Sinne aufgefaßt, daß selbst in den Kreisen, wo wir keine selbständigen Wahlmänner aufstellen, eine Stimmabgabe für bürgerliche Kandidaten verboten sein sollte. Nur Kompromisse und Bündnisse dürfen nicht abgeschlossen werden, was aber nicht hindern kann, ohne Kompromisse und Bündnisse, also ohne Schacherpolitik dem Heeren von zwei Uebeln zum Sieg zu verhelfen. Sollte hierüber aber eine Entscheidung sich noch notwendig machen, so bekennen wir uns zu der Auffassung, daß auf keinen Fall die Fraktion über den Parteitag gestellt werden darf. Wieder die Unkosten eines außerordentlichen Parteitages, oder eine frühere Aenderungen des ordentlichen, als in den breiten Schichten der Partei einen Zweifel an der Unverletzlichkeit der Parteitagbeschlüsse aufkommen lassen. Der Parteitag ist die elementarste Neuerung der Meinung unserer Parteigenossen und

nachdem ihre Vergangenheit sie ihm gegenüber schon wehrlos gemacht hatte. So legte denn auch Brentano nach seiner bekannten Zusammenkunft mit dem Major Ebmeyer auf dem Bahnhofs-Haus seinem Finanzmann Schumann ein reuvolles Geständnis ab. Und doch mußte Schumann ja schon vorher die Sache! Denn Frau v. Lausch soll ihm mitgetheilt haben: ihr Mann und Herr v. Wauderode hätten im Nebenzimmer den Brief vorgelesen, den Brentano ans Auswärtige Amt gerichtet, worin er sich bereit erklärte, den Verfasser der „Saale-Zeitung“ Artikel zu nennen. Eine sehr gefällige Frau, aber woher mußte denn die, daß der Polizeispiegel Schumann dadurch Gefahr laufe? Und so waren denn neben Brentano und dem Adjutanten Caprivi's, dem Major Ebmeyer, auch zwei Polizisten, Schögründler und Bömler, am Bahnhof, und im Wartesaal 2. Klasse vergewisserte sich Herr v. Lausch, nachdem er vorher die Beamten genau instruirte hatte, wie sie dem Adjutanten des Reichskanzlers zu folgen haben, über diese Zusammenkunft.

Nach der Darstellung Schumann's mühte sich Herr Ebmeyer nicht besonders geschickt benommen haben; nach dem schriftlichen Bericht des Beamten, den Schumann titirt, soll die Unterhaltung sehr laut geführt worden sein: Brentano schlug sich wiederholt auf die Brust und rief dabei: Ich habe das Manuskript; nur will es den Schugleuten geschienen haben, als feilsche Brentano um die Summe, mit der der Verrath bezahlt werden sollte! Gide'stattlich, in Gegenwart seines Verlegers Händel, soll Brentano schriftlich an Schumann das Geständnis abgelegt haben, daß er „wissenschaftlich falsche Denunziationen mehrerer hochgestellter Persönlichkeiten“ eingereicht habe; auch das Verhör, dem ihn Herr Major Ebmeyer unterzogen, giebt er in dem Geständnis wieder: Ebmeyer soll ihn gefragt haben, ob Bismarck, General Verdy oder General Waldersee der Verfasser der bekannten Artikel sei, oder ob es nicht ein Agent im Auswärtigen Amte selber sei. Von all diesen „Geständnissen“ erhielt Herr von Lausch Ab-

bei der hier und da auftretenden Antipathie gegen die Akademiker, Parteibeamten und Führer sollte man vorsichtig alles vermeiden, was diesem an sich allerdings durchaus falschen Gefühl neue Nahrung geben könnte.“

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ bemerkt gegenüber Auer und Bebel: „Wird denn in die Massen nicht ein ganz anderes Interesse hineingetragen, wenn wir eigene Wahlmänner aufstellen, als wenn wir sie einladen, für die Freisinnigen zu stimmen? Das ist doch etwas ganz anderes, wenn Leute aus der Partei, Namen, welche der Arbeiter kennt, auf der Kandidatenliste erscheinen, wenn der Arbeiter genau sieht, daß es sich um seine eigene Parteisache handelt. Wir sind aber der Meinung, daß wir überhaupt nur dann, wenn wir eigene Wahlmänner aufstellen — ohne diese können wir ja auch keine Abgeordnetenmandate ernennen — im Stande sein werden, eine Wahlagitator zu entwickeln. Wir können doch beim besten Willen nicht unseren ganzen Apparat von Presse, Versammlungen, Flugblätter etc. einfach der freisinnigen Wahlagitator zur Verfügung stellen. Wo also keine eigenen Kandidaturen aufgestellt werden, da wird man sich naturgemäß die Sache möglichst billig vom Hals zu halten suchen. Aber gerade auf die Agitation kommt es uns an. Nur durch die Aufstellung eigener Kandidaten bringen wir Begeisterung in die Massen, und das ist uns mehr werth als alle diplomatischen Erwägungen, das allein ist im Stande, uns über alle Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Für uns unterliegt es keinem Zweifel: wo die Partei zu schwach ist, um eigene Wahlmänner aufzustellen, da wird sie auch nicht viel Urwähler auf die Beine bringen, und dort verlieren wir deshalb auch nicht viel, wenn wir uns gänzlich der Wahl enthalten. Wir sehen also in dem Hamburger Beschluß nicht nur kein Hinderniß der Aktion gegen die Junker, sondern wir glauben im Gegentheil, daß erst durch das Amendement Mittag der Boden zu einem energischen Vorgehen geschaffen worden ist.“

Die „Volksstimme“ in Mannheim erklärt es in einem Artikel über den Hamburger Beschluß für „ausgemacht, daß der Singer'sche Kommentar, mag er auch materiell unbegründet sein, die Zustimmung des Parteitages gefunden hat“, wendet sich aber dagegen, daß „von den Gegnern der Wahlbetheiligung der Singer'sche Kommentar materiell als eine prinzipielle, unausweichliche Konsequenz des Klassenstandpunktes der Partei zu begründen versucht“ werde, wie es von Singer gefehlen sei, als er schrieb, der Standpunkt des Klassenkampfes werde verworfen oder verlassen, wenn die Parteigenossen sofort für bürgerliche oppositionelle Wahlmänner stimmen. Hier sei, schreibt die „Volksstimme“, der Punkt, wo die bisherige Taktik der bürgerlichen Genossen in Mitleidenschaft gezogen, beziehungsweise indirekt verurtheilt werde. Wenn Singer's Ansicht zuträfe, hätten die bürgerlichen Parteigenossen, speziell die von Karlsruhe, durch ihre Taktik bei den diesjährigen Landtagswahlen den Standpunkt des Klassenkampfes verworfen oder gar verlassen. „Den Beweis dafür“ schreibt die „Volksstimme“ weiter, „daß die Parteidisziplin durch Kompromisse erschüttert werden könnte, sind bisher die Gegner der Wahlbetheiligung schuldig geblieben. Wir in Baden erlauben uns noch den Anspruch zu erheben, daß die Wahlkompromisse, die wir eingegangen sind, bisher ohne wahrnehmbaren Einfluß auf unsere Parteidisziplin gewesen sind. Vielmehr glauben wir durch die That den Beweis für das Gegentheil erbracht zu haben. Unser Schlachtfeld war bei den diesjährigen Landtagswahlen: Die Befreiung der national-liberalen Majorität in der Kammer. Wir haben sie befreit, — allerdings in Karlsruhe, wo die Entscheidung lag, im Bunde mit den Freisinnigen und Demokraten. Ob wir dabei ein Maß dat mehr oder weniger für uns herauszuschlagen, diese Frage kam für uns erst in positiver Linie. Uebriglich liegt die Situation jetzt in Preußen. Dort lautet die Parole: Niederwerfung des Junkerthums! Der Weg, der zu diesem Zweck beschritten werden soll, scheint uns durch den Hamburger Parteitagbeschlus in Verbindung mit dem Singer'schen Kommentar nicht zum Ziele zu führen. In dieser Annahme sehen wir uns mit vielen Genossen in Preußen im Einverständnis. Was soll also geschehen? Werden diejenigen Wahlkreise, welche mit der Singer'schen Auslegung des Parteitagbeschlusses nicht einverstanden sind, dieselbe ignoriren, d. h. den Hamburger Beschluß praktisch corrigiren? Wir möchten davor warnen, und zwar gerade im Interesse der Parteidisziplin. Es bleibt also nur der Ausweg, den Hamburger Parteitagbeschlus einer Revision zu unterziehen. Bebel hat zu diesem Zweck verschiedene Wege angegeben. Vielleicht dürfte es angebracht sein, bei dieser Gelegenheit auf einen früheren Vorschlag zurückzukommen und die Einberufung eines Parteitages für Preußen anzugehen. Es wird Sache der Fraktion sein, in dieser Beziehung die Anregung zu geben und die Partei wird dann die Entscheidung treffen.“

Auch die Einberufung eines besonderen preussischen Parteitages scheint uns nach den Beschlüssen des Hamburger Parteitages völlig ausgeschlossen.

Als Reichstagskandidat für den westfälischen Wahlkreis Bielefeld-Bielefeld wurden von einer Versammlung in Bielefeld, wo Reichstags-Abgeordneter Auer referirt hatte, einstimmig der Parteigenosse Ulrich aus Stuttgart aufgestellt.

Als Kandidat für den Wahlkreis Darmstadt-Großgerau wurde von der Parteikonferenz der Parteigenosse Gramer aus Darmstadt akzeptirt.

Eine Parteikonferenz für Nordwest-Deutschland, die am Sonntag in Bremen abgehalten wurde und von Delegirten aus dem bremischen Gebiete sowie aus den benachbarten oldenburgischen und hannoverschen Wahlkreisen besucht war, einigte sich über gegen-

schriften; und um ganz sicher zu sein, will Herr Normann-

Schumann die Originale bei einem Politiker deponirt haben. Und wie eine Verhöhnung ließ sich die Bemerkung Schumann's: Brentano sei bei seiner Rückkehr von Paris allerdings polizeilich überwacht worden, weil man befürchtet habe, er könne Caprivi auf der Straße wegen seines „Wortbruchs“ zur Rede stellen. (Major Ebmeyer soll Brentano das Wort gegeben haben, daß alles „unter uns“ bleibe, trotzdem sei der Brief Brentano's an die Polizei gegangen, wodurch Schumann davon Kenntniß erhalten und Brentano seine Stelle verloren habe.) Auf Schumann's Verwendung habe v. Wauderode die Ueberwachung eingestelt. Wenn Brentano später wieder observirt worden sei, so wegen seiner intimen Beziehungen zu Haman, Holstein und Marschall, in welcher v. Lausch mit recht seine Todfeinde mittheilt. — Das ist nun freilich sehr nett, wenn es wahr ist; und nach den Ergebnissen des Tauschprozesses wird man nur schwer an der Wahrheit zweifeln können. Der simple Kommissar überwachet den Brentano, weil er mit den höchsten Beamten des Reiches in Verbindung tritt! Damit aber ja diese Thatsache dem Herrn Oberstaatsanwalt nicht entgehe, wiederholt er sie an anderer Stelle unter ausdrücklicher Nennung der Beamten, welchen diese Ueberwachung übertragen wurde: 1898 wurden von Herrn v. Lausch die Schugleute Hochgründler, Krüger und Renk beauftragt, Brentano zu überwachen und es sei diesen auch gelungen, zahlreiche Besuche bei Legationstrath Dr. Haman (dem damaligen Vorkaiser des Preußens in der Reichskanzlei) in der Artilleriestraße festzustellen.

Für heute wollen wir uns mit diesen Einzelheiten, die uns in letzter Stunde zu Gesichte, kommen begnügen; die Schrift des Herrn Normann-Schumann bietet noch eine Fülle Momente, die das System Richthofen-Wauderode mit neuem Glanze überstrahlen.

teilige Unterstützung bei der Agitation und Beschloß, im nächsten Jahre mit der Herausgabe eines Kalenders für Nordwest-Deutschland zu beginnen. Reichstags-Abgeordneter Geyer aus Leipzig, der sich gegenwärtig auf einer Agitationstour befindet, hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen.

In **Coswig** im Anhalt wurde der Parteigenosse Karl Richter auf 6 Jahre ins Stadtverordnetenkollegium gewählt. Ein zweiter Kandidat unserer Partei unterlag.

Aus **Schlesien** berichtet die „Germania“: Am 14. d. wurde in der Nähe von Domsdorf bei Freiwaldau der Arbeiter Eug. Schuber aus Friedeberg, ein sozialdemokratischer Agitator, mit Wunden bedeckt aufgefunden. Schuber verstarb bald darauf. Der ihn verwundet hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Ueber die Persönlichkeit des Genannten ist hier nichts bekannt. Vielleicht sind unsere Freunde in Schlesien in der Lage, näheres mitzutheilen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Endlich haben die Parteigenossen des oberschlesischen Industriebezirks im Kampfe um das Versammlungsgesetz recht offenkundig am Sonntag konnten sie in Poremba bei Zabrze die erste öffentliche Versammlung abhalten. Ueberwacht war sie von 8 Polizeibeamten und Gendarmen, darunter von 2 Polizeibeamten in Zivil. Weiter und Redner der Versammlung war Genosse Winter. Öffentlich folgten dieser ersten recht viele weitere Versammlungen.

— Der Parteigenosse Fröhlich, Redakteur der Burgstädter „Volkstimme“, der seit Anfang Oktober eine 3/4-monatige Strafe verbüßt, hat jetzt die Genehmigung zur Selbstbeschäftigung und zum Lesen der „Frankfurter Zeitung“ erhalten. Früher war ihm ein dahin gehendes Gesuch regelmäßig abgeschlagen worden.

— In **Reschwin** in Schwarzburg-Rudolstadt sollte der Parteigenosse Hofmann aus Saalfeld über das Thema sprechen: „Falscher und wahrer Patriotismus.“ Dieses Thema schien dem Landratspräsidenten in Rudolstadt aber so bedeutend, daß es die Versammlung verbot. Es wurde sofort eine zweite Versammlung angemeldet, der man das Thema stellte: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ Jetzt ging der Schutz ins Geschick. Er verbot die Versammlung, weil er „über diese Dinge noch nicht genügend informiert“ sei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zentralisation der hiesigen Kreis-Krankenkassen. Die Delegierten der Orts-Krankenkasse der Maler lehnten in ihrer General-Versammlung vom 22. d. Mts. die Zentralisation im Prinzip ab.

Die in der **Glaskfabrik zu Stralau** wegen der angeländigten Lohnverabreichung schwelenden Differenzen sind auf Grund einer zwischen der Direktion und den Arbeitern stattgefundenen Verhandlung beigelegt worden. Die Direktion erklärte, wenn sie den Betrieb in vollem Umfange aufrecht erhalten wolle, dann sei sie mit Rücksicht auf die Lage des Geschäftes gezwungen, den angeländigten Lohnabzug von 4 pCt. eintreten zu lassen. Sollte aber der bisherige Lohnsatz weiter gezahlt werden, dann müsse die Direktion einwilligen die Produktion einschränken und eine Pause außer Betrieb setzen. Die Folge davon würde sein, daß entweder 80 Arbeiter entlassen werden, oder für die Gesamtheit der bisher beschäftigten Arbeiter kürzere Schichten eingeführt werden, wodurch allerdings der Verdienst des Einzelnen — da in Accord gearbeitet wird — sich vermindert. Die Arbeiter entschieden sich dafür, daß Entlassungen nicht eintreten sollen, sondern statt der bisherigen zwei Schichten pro Tag drei verkürzte Schichten eingeführt werden, daß aber, sobald die geschäftliche Konjunktur es zuläßt, der Betrieb wieder in vollem Umfange in Thätigkeit gesetzt wird.

Deutsches Reich.

Lohnunterschiede haben in dem Bürgerlichen Brauhause in **Wandsbek** zu einem Streik der Flaschenparker geführt. Die Arbeiter, die sich fortgesetzt durch Ueberstundenarbeit benachteiligt glaubten, beschwerten sich vorige Woche und erlangten eine zufriedenstellende Zusage. Am Sonnabend wurden jedoch von den 17 Flaschenparkern 7 entlassen, darunter mehrere von den Beschwerdeführern. Infolgedessen stellten die übrigen Arbeiter gleichfalls die Beschäftigung ein und forderten einen Tageslohn von drei Mark.

Der **Zentralverband der Brauer** weist in seiner Abrechnung vom zweiten Quartal dieses Jahres eine Einnahme von 12 755,93 M. und eine Ausgabe von 10 284,75 M. auf. Mit einem vorhandenen Bestand beträgt das Vermögen des Vereins 11 070,15 M. Unter den Ausgaben figurieren u. a. Reise-Unterstützung 552,16 M., Arbeitslohn-Unterstützung 575,50 M., Gewerbesteuer-Unterstützung 977,32 M. und Agitation 991,80 M.

Mit **behördlicher Unterstützung** wird gegenwärtig eine Organisation der ober-schlesischen Bergarbeiter versucht, zunächst in **Zabrze**, wo ein „Gewerkverein der Bergarbeiter“ mit Unterstützung durch den dortigen Amtsvorsteher Reisher gegründet worden ist. Die eigentliche Tendenz dieses neuen „Gewerkvereins“, der übrigens bisher sehr schwach geblieben ist, tritt nicht klar hervor, wahrscheinlich handelt es sich hier um einen Versuch, „reichere“ Knappvereine einzuführen. Gegen den Gewerkverein agitieren mit gutem Erfolge die zahlreichen Arbeitervereine.

Wegen **Bedrohung** eines Arbeitswilligen verurtheilte die Moskauer Strafkammer zwei Tischler, den einen zu zwei Monaten, den anderen zu drei Wochen Gefängnis. Die Angeklagten hatten sich dazu hinreichend lassen, gegen einen Streikbrecher, der in der unangenehmsten Weise die Streikliste gedrückt hatte, aber nachträglich in Arbeit trat, schwere Beleidigungen auszusprechen. Ohne die leicht erträgliche Erregung der Angeklagten zu berücksichtigen, fällt das Gericht dieses harte Urtheil.

Ausland.

Die **englischen Maschinenbauer** befinden sich jetzt im Waffenstillstand. Heute, Mittwoch, werden in London im Westminster-Hotel die Verhandlungen ihren Anfang nehmen. Das Verlangen der Konferenz hat auf den Zustand der Unterstützungsgelder einen ungünstigen Einfluß nicht ausgeübt. Im Laufe der vorigen Woche wurden an jedem Tage über 20 000 M., an einem sogar 60 000 M. eingenommen.

Die **englischen Arbeitgeber-Verbände** gehen jetzt allgemein mit der Gründung von selbständigen Kranken- und Alterskassen vor. Dadurch glauben sie ihre Arbeiter den Gewerkschaften abtrünnig machen zu können. Gegenwärtig befindet sich der Dockarbeiter-Verein im Kampfe gegen dieses Vorhaben der London and India Dock. Die letzteren verlangen, daß jeder Arbeiter, welcher dauernd beschäftigt werden will, nicht nur in ihre Versicherung eintreten muß, sondern keiner anderen Kranken- und Unterstützungskasse angehören darf.

Für die **englischen Maschinenbauer** gingen bei der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 12.—18. November ein 10 335,96 M.; insgesamt sind bei der General-Kommission ummache 49 653,51 M. eingelaufen; eine Reihe Gewerkschaften haben außerdem Gelder direkt nach London gesandt.

Der **englische Eisenbahnarbeiter-Verband** hatte auf einer Konferenz Mitte Oktober eine Reihe Forderungen aufgestellt, die der Sekretär der Bahngesellschaften zu unterbreiten hatte; Antwort war bis zum 16. November erbeten. Die von den Arbeitern gestellten Forderungen sind folgende:

1. Einführung des Achtstundentages für Lokomotivführer, Weichensteller, Signaleute, Heizer und Schmierer.
2. Zehnstündige Arbeitszeit als Maximum für die übrigen Bedienstellen.
3. 25 prozentiger Lohnzuschlag für Ackerzeitarbeiter.
4. Spezielle Lohnsätze für Sonntagsarbeit bei Lokomotivführern, Heizern und beim Frachtverkehr Bedienstellen.
5. Festsetzung von Minimal-Wochenlöhnen für alle Kategorien von Eisenbahnarbeitern.
6. Abschaffung des „Reise-systems“ (trip system), wo es existiert (das „trip system“, das namentlich bei der London and North Western üblich ist, ist eine Art

Stücklohn im Bahndienste; die Arbeiter auf Lastzügen werden „pro Meile“ gezahlt je nach der Entfernung — geht die Meile rasch, ist es der Vorteil der Arbeiter, ist häufig oder langer Aufenthalt nöthig, sodas die Meile lange dauert, ist es der Schaden der Arbeiter, ohne daß sie an der Verjögerung Schuld tragen). 7. Revision der Löhne der Arbeiter aller Kategorien.

Das sind Ansprüche, die, wenn sie von deutschen Bahnarbeitern an den Staat der sozialen Reform gestellt würden, als helle Revolution aufgefaßt werden würden; hier werden sie an Privat-gewerkschaften gestellt. Die Antworten der Direktionen sind jetzt beinahe alle eingelaufen; die meisten haben answeichend geantwortet; sie verlangen, daß die Arbeiter sich direkt an sie wenden. Das dürfte indes kaum erreicht werden, denn auf der oben erwähnten Konferenz haben die Arbeiter beschlossen, nie mehr sektionsweise vorzugehen, sondern jeden Streitfall gemeinsam zu behandeln. — Die Gewerkschaft der Eisenbahn-Bediensteten ist in dem letzten Jahre um 87 000 Mitglieder gewachsen und zählt jetzt über 80 000. Jetzt geht der Verband daran, auch die Bureau-Arbeiter mit heranzuziehen. Sollte es hier zum Kampfe kommen, so dürfte es ein hartnäckiger werden, umsomehr, als die Arbeiter neben der strengen Organisation auch über gut-gesüllte Kassen verfügen.

Unternehmer-Verbände.

Die **Guts- und Sammelmolkereien**, sowie die Vorstände der Genossenschaftsmolkereien in Pommern werden durch ein Zirkular für Anfang Dezember nach Stettin zu einer Konferenz eingeladen, welche die Gründung einer Vereinigung zur Aufgabe haben soll. Ueber den Zweck dieser Vereinigung sagt das Zirkular folgendes:

„Unserem landwirthschaftlichen Gewerbe steht in einem Zweige, der bisher noch zu den einträglichsten zu rechnen war, das ist die Butterbereitung, ein neuer Schlag bevor. Australien und Amerika gehen daran, in großem Maßstabe Butter ganz einheimlicher Produktion herzustellen und in vorzüglich gekühlten Räumen nach dem Kontinent zu schaffen; solche Butter wird bereits stark in England gehandelt und erscheint in letzter Zeit auch auf dem Hamburger und Berliner Markt. Wollen wir uns nicht überflügeln lassen, so müssen wir uns zu entschlossener Gegenwehr rüsten, um die bestehenden Verbindungen mit unseren Konsumenten aufrecht zu erhalten und ihnen mindestens die gleichen Vortheile wie die Ausländer bieten zu können. Wie dies in bezug auf die Produktion der Butter anzufangen sei, wird am besten mündlicher Verhandlung überlassen. Heute möchte ich nur auf die materiellen Vortheile hinweisen, welche uns ein Zusammenschluß möglichst aller Produzenten eines großen Distrikts ohne weiteres bringt. Dies sind:

1. Ersparung an Transportkosten, wenn wir die Butter im eigenen, gut gekühlten Wagen nach Berlin und darüber hinaus in unsere bewährten Absatzgebiete geben lassen. In Pommern allein lassen sich 4000 Zentner die Woche zusammenbringen. Nach genauen Erkundigungen können wir bei richtiger Organisation am Zentner durchschnittlich 1 M. Fracht ersparen, das wären 4000 M. pro Woche oder 210 000 M. im Jahre.

2. Ferner geht unsern Detaillisten im Sommer insolge der ganz mangelhaft gekühlten Butter beim Kleinverkauf auf den Zentner 1 Pfund verloren, außerdem würden sie für gut gefüllte, feste Waare im Sommer gern 1 M. mehr für den Zentner geben, das wären 2 M. für den Zentner oder 8000 M. pro Woche für die Sommermonate, in denen ungefähr 100 000 Zentner gehandelt werden. Wir würden also durch gute Kühlung weitere 200 000 M. erlangen können, das sind mit der Frachtersparnis zusammen im Jahre also 410 000 M. Erwägen wir außerdem, daß wir bei geeigneter Organisation durch ein großes Quantum Butter einen Einfluß auf die Preise ausüben können, so ist ersichtlich, daß wir jährlich leicht 1 Million Mark und mehr für die gleiche Menge Butter erzingen können.“

Soziales.

Ueber die **Zahl der jugendlichen Arbeiter im preussischen Gewerbe** werden von der „Stat. Kor.“ recht interessante Zahlen veröffentlicht. Es gab in den verschiedenen gewerblichen Gruppen, wie Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr, Gärtnerei (also die ganze Landwirtschaft nicht eingerechnet) 3 766 369 Gehilfen und Arbeiter. Davon waren

über 16 Jahre alt	männlich	2 866 006
	weiblich	584 361
	zusammen	3 450 367 = 91,61 pCt.
unter 16 Jahre alt	männlich	254 394
	weiblich	61 648
	zusammen	316 042 = 8,39 pCt.

Es kommt also im preussischen Gewerbe auf je 11 Erwachsene ein unter 16 jähriges Kind, was als ein recht ungünstiges Verhältniß bezeichnet werden muß, wenn man mit uns der Ansicht ist, daß in einer vernünftigen Gesellschaft die jungen Leute mindestens bis zum 16 Jahre in die Schulen oder sonstigen Ausbildungsanstalten gehören würden. Recht interessant ist ferner, daß unter den beschäftigten Erwachsenen der Progentheil der weiblichen Personen kleiner ist, als bei den beschäftigten Kindern. Unter den Erwachsenen waren 16,94 pCt. weibliche Arbeiter, unter den Kindern dagegen 19,51 pCt.

Wichtig sind auch die Mittheilungen über die unter den gewerblichen Arbeitern vorhandenen verheiratheten Frauen. Es wurden solcher 59 254 ermittelt, das macht von den erwachsenen weiblichen Arbeitern 10,14 pCt. Es ist einer der schlimmsten sozialen Mißstände, wenn verheirathete Frauen gezwungen sind, die Kinder ohne Pflege und die Wirtschaft in Unordnung zu lassen, um in den Fabriken das tägliche Brod für die Familie verdienen zu helfen. In der Landwirtschaft, für die die Zahlen hier nicht beigebracht sind, liegen in dieser Beziehung die Verhältnisse noch trauriger. In wie weitem Umfange dieser Unfug aber auch im Gewerbe angetroffen wird, das lehren die obigen Zahlen. 59 254 zerstreute Familien! Ist es hier auch die Sozialdemokratie, von der die Familien zerstört werden? Oder ist es die kapitalistische, staatsbehaltende Gesellschaft, die dafür sorgt, daß das „Heiligste, was der Deutsche kennt, die Frauen“, zur täglichen Froharbeit in die Fabriken wandern müssen, während Familie und Häuslichkeit in Edmuth und Unordnung verkommen.

Hamburgisches. Das der Hafeninspektor, dessen Anstellung seinerzeit versprochen wurde, der Deputation für Handel und Schiffahrt unterstellt wird, zu deren Mitgliedern der bekannte Abbeher **Laetz** zählt, ist ein Herzenswunsch des von der Bürgerschaft zur Prüfung des Senatsvorschlages niedergesetzten Ausschusses. Der Senat hatte dem Hafeninspektor der Polizeibehörde unterstellen wollen. „Wenn dem Ausschussantrage Folge gegeben wird“, schreibt der „Hamburger Echo“, „dann wird der Hafeninspektor nicht weiter sein als ein Strohmann in den Händen der Abbeher, die in der Deputation für Handel und Schiffahrt das Regiment führen.“

Auch in bürgerlichen Kreisen — so durch einen Dr. W. B. im „Hamburgischen Korrespondent“ — wird darauf hingewiesen, daß die aus Abbeher und Kaufleuten z. z. bestehende Deputation für Handel und Schiffahrt nicht die Instanz sei, der man den Hafeninspektor unterstellen dürfe.

Für die **Nothwendigkeit, die Gewerbe-Inspektion** auf die kleineren Betriebe auszudehnen, spricht auch folgender Vorfal. Der Oekonom **Zulius Bud** in Reutlingen, der seit 30 Jahren mit einer Wasserkrast ein Triebwerk betreibt, das er nach Aufhebung seines Berufs als Lohgerber für eine kleine Lederwallerie und außerdem für eine landwirthschaftliche Futterschneidmaschine benützt, befohl, als eines Abends beim Fütterschneiden das Werk plötzlich stehen blieb, seinem Dienstmädchen, nach der Ursache zu forschen. Das Mädchen that dies und wurde beim Zurückgehen der Dreibrümen von einer Walle erfasst und in das Triebwerk gezogen, wobei ihr das linke Bein unter dem Rute abgerissen und der rechte Oberarm zweimal gebrochen wurde. Sie muß jetzt ein künstliches Bein tragen, kann nur mit Unter-

stützung einer anderen Person gehen und wird sich später höchstens durch Nähen etwas verdienen können. Ursache des Unglücks war, daß es bei dem Triebwerk an jeder Schutzvorrichtung mangelte. Der Vater, der sich vor dem Landgericht in Tübingen wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte, berief sich darauf, daß seit 12 Jahren, wo er durch eine Maschinenfabrik eine Verbesserung habe vornehmen lassen, noch nie etwas passiert war. Wenn ihn eine „Kommission“ auf die Nothwendigkeit der Schutzvorrichtung rechtzeitig aufmerksam gemacht hätte, so würde das Unglück, das ihm selbst am meisten leid thut, nicht vorgekommen sein. Er wurde vom Gericht zu 25 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurtheilt.

Der **Mannheimer Stadtrath** beschloß in seiner letzten Sitzung die Aufhebung des städtischen **Diktors** auf Wehl, Brot und billige Fische.

Ueber die **Ausgaben der deutschen Geschäftsfreisenden** wird berichtet: Es sind an 300 Geschäftstagen täglich 60 000 deutsche Geschäftsfreisende unterwegs. Dieselben müssen durchschnittlich im Gasthose für Wohnung und Beköstigung mindestens die Summe von 10 M. täglich ausgeben. Diese Summe ist keineswegs zu hoch berechnet und setzt sich zusammen aus Wohnung für eine Nacht 2,50 M., morgens Kaffee 75 Pf., Mittagbrod mit Wein 3 M., Abendbrod 1,50 M., dann bleiben noch für kleine Ausgaben, Frühstück, Bier zc. 2,25 M. Die Geschäftsfreisenden geben also pro Tag 600 000 M. aus, für 300 Geschäftstage 180 Millionen Mark.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 23. Nov. (W. Z. B.) Reichstags-Erfahrungswahl **Wien-Oberburg.** Bisher sind, nach dem „Wöner Wochenblatt“ gezählt für v. Tangel (konf. u. Bd. d. Landw.) 6945, Weinheber (Soz.) 1782, Damafschke (nationalsozial) 1922, Schmidt (fr. Sp.) 1251 und für Höd (fr. Sp.) 947 Stimmen.

Bremen, 23. November. (W. Z. B.) In der hiesigen Umgebung, namentlich in Achim, herrscht die egyptische Augenkrankheit in bestiger Weise. Eine Reihe von Schulen mußten auf zwei Wochen geschlossen werden.

Wien, 23. November. (W. Z. B.) Budgetausschuß der Reichsraths-Delegation. (Fortsetzung aus der politischen Uebersicht.) Pupul schloß sich dem angeregten Bertrantendvotum für den Minister des Aeußeren an. Der Delegirte **Kramarsch** führte aus, die Geschen akzeptiren den Dreibund als Element des europäischen Gleichgewichts, zumal die lokale Aussprache mit Rußland auch die wegen des Balkans gehegten Besorgnisse verschucht habe. Einer der Gründe des früheren Widerstandes der Geschen gegen den Dreibund sei auch die Besorgnis gewesen, der präponderirende Einfluß Deutschlands könnte auch auf die innere Gestaltung der österreichisch-ungarischen Politik sich geltend machen. Redner müsse loyal konstatiren, daß gerade in der jüngsten Vergangenheit die deutsche Regierung einen vollständig korrekten lokalen Standpunkt einnahm und einhielt. Graf **Soluchowski**: Die Garantien für die Erhaltung des Friedens könnten durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Mächten nur erhöht werden. In Verantwortung einer Anfrage, wann die österreichischen Schiffe und Truppen von **Kreta** zurückgezogen würden, bemerkte der Minister, daß dies geschehen werde, sobald die Verhältnisse sich genügend beruhigt haben würden, um dies ohne Besorgnis thun zu können. Im Augenblicke seien die Mächte im Begriffe, für die Ordnung der Verhältnisse auf **Kreta** eine feste Basis zu gewinnen. Die Botschafter in Konstantinopel hätten das Mandat erhalten, auf Grund der von den Mächten angenommenen Prinzipien ein organisches Statut für **Kreta** auszuarbeiten. Bevor auf dieser Basis die Verhältnisse der Insel geregelt seien, könne von einer Zurückziehung der Schiffe und Truppenkontingents nicht die Rede sein. Der Bemerkung eines Delegirten gegenüber, daß eine Macht sie bereits zurückgezogen habe, wies der Minister darauf hin, daß das deutsche Kriegsschiff „**Kaiserin Augusta**“ mit den deutschen Truppen allerdings die kretensischen Gewässer verlassen habe, weil das Schiff auswärts benötigt werde, daß aber die kaiserlich deutsche Regierung den anderen Mächten erklärt habe, sie werde demnächst ein anderes Schiff schicken. Die Anfrage des Delegirten Graf betreffend das Verbot der Abhaltung einer Versammlung des „**Alloberdeutschen Verbandes**“ in Berlin, an der auch österreichische Abgeordnete hätten teilnehmen wollen, wies der Minister mit der Bemerkung zurück, daß die Nothwendigkeit, in dieser Richtung bei der kaiserlich deutschen Regierung zu interveniren, nicht vorgelegen habe. Die deutsche Regierung sei in dieser Frage durchaus korrekt und loyal vorgegangen; sie habe das Prinzip gewahrt, an dem auch Oesterreich-Ungarn festhalte, daß sich nämlich kein Staat in die Verhältnisse eines anderen Staates einmischen dürfe. Der Errichtung fremder Konsulate in **Brag** könnten keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden, doch müßte die Bedingung gestellt werden, daß die betreffenden wirkliche Beamte seien und der Nationalität des sie entsendenden Staates angehören. — Reichsfinanzminister **v. Kasan** bemerkte, daß die Feststellungen, nach welchen die gemeinsamen Ausgaben auf die beiden Reichshälften aufgetheilt werden, nicht Sache der Delegationen, sondern der Parlamente der beiden Reichshälften seien. Delegirter **Dipauli** führt aus, sowohl **America** wie **England** nähmen eine wirtschaftliche Stellung ein, welche die Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte Europas unbedingt nothwendig mache. Den inneren Frieden in Oesterreich hält Redner trotz der gegenwärtigen Kämpfe für nicht schwer erreichbar; gewiß halte auch der Minister des Aeußeren den inneren Frieden für die Vorbedingung einer glücklichen äußeren Politik. Der Delegirte **Dziednyczycki** äußert sich ebenfalls in einem der äußeren Politik der Regierung zustimmenden Sinne und hebt namentlich die Stelle des Epöposes betreffend den Zusammenschluß Europas gegen die überseeische Konkurrenz hervor; dadurch werde einem der öffentlichen Meinung schon lange vor-schwelbenden Gedanken zum ersten Male von autoritativer Stelle Ausdruck gegeben. Hierauf wird eine von Berichterstatter **Dumba** beantragte Resolution einstimmig angenommen, welche besagt: Der Budgetausschuß beglückwünscht den Minister des Aeußeren Grafen **Soluchowski** zu einer erfolgreichen und fest auf die Erhaltung und Befestigung des Friedens abzielenden Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und bringt demselben das vollste Vertrauen entgegen. Der gesammte Vorschlag des Ministeriums des Aeußeren wird ohne weitere Debatte unverändert angenommen, ebenso der Vorschlag des gemeinsamen Finanzministeriums, des Zollwesens und des obersten Rechnungshofes, und die Sitzung wird geschlossen.

Janbrud, 23. November. (W. Z. B.) Bei einem Brande in **St. Johann** sind drei Kinder des Wirthschaftsbesizers umgekommen.

Budapest, 23. November. (W. Z. B.) Nach den hier neuerdings eingetroffenen Meldungen dürfte voranschreitlich abermals eine Absperrung der ungarischen Grenze für serbische Vieh erfolgen, da gestern in **Senlin** 16 **Maggons** Rindvieh, das mit der Maul- und Klauenseuche befallen war, nach Serbien zurückgeschickt wurden.

Rom, 22. November. (W. Z. B.) Depeschen aus **Cuneo** in **Piemont** bringen die Nachricht, daß zwei italienische Jagdausscher infolge kürzlich bemerkter Wilddiebereien auf einen Spürgang bezogen und dabei im Thale von **Bonte** **Bernardo** in der Nähe von **Binadio** auf 4 französische Wildschützen stießen, welche im **Wägl. Jagdrevier** jagten. Wie die Jagdausscher behaupten, seien sie auf ihren Lauf von den Wilddieben mit den Gewehren bedroht worden. Thatsache ist, daß in dem entstandenen Gewerkskampfe zwei der französischen Jäger erschossen wurden und einer verwundet und festgenommen wurde, während sich der vierte über die Grenze flüchten konnte. Die beiden italienischen Jagdausscher wurden später verhaftet. Der Staatsanwalt und ein Carabinieri-Hauptmann haben sich zur Untersuchung der Unterjagung nach **Cuneo** begeben. —

Barcelona, 23. November. (W. Z. B.) General **Weyler** ist heute hier eingetroffen; die zu seinen Ehren veranstaltete Aukt-gedung verlief unter geringer Theilnahme.

Christiania, 23. November. (W. Z. B.) Die Regierung halte heute eine Berathung über die Lage nach den Stortingswahlen. Wie „**Norsk**“ Telegrafbureau“ erfährt, wären sämtliche Minister darüber einig, zur Zeit nicht zu demissioniren.

Zu den Stichwahlen!

Am 26. November finden in der 3. Abtheilung des 32., 34., 38. und 40. Kommunal-Wahlbezirks die Stichwahlen zwischen den Kandidaten des antisemitisch-konservativ-liberalen Kartells und den Vertretern der Sozialdemokratie statt.

Gegenüber der Koalition der gegen uns vereinigten Gegner muß alles aufgeboten werden, um den Sieg an unsere Fahne zu heften, damit im Nothen Haus der Wille der arbeitenden Bevölkerung mit Nachdruck zur Geltung gebracht werden kann. Die Sozialdemokratie fordert gleiches Recht für Alle. Der im Rathhaus herrschende Freisinn dagegen führt die Kommunalwirtschaft wesentlich zum Vortheil der besitzenden Klasse und macht die städtische Verwaltung seinen politischen Interessen dienstbar.

Parteigenossen! Es ist eine Ehrenpflicht des 6. Reichstags-Wahlkreises, in dessen Herzen die vier Kommunal-Wahlbezirke liegen, dafür zu sorgen, daß in dieser Hochburg der Sozialdemokratie auch für das Rathhaus nur Sozialdemokraten gewählt werden. Wenn die Massen, wenn die 3. Abtheilung an die Wahlurne gerufen werden, dann hat im 6. Wahlkreise Berlins das arbeitende Volk den Sieg in der Hand, wenn es seine Schuldigkeit thut.

Genossen! Die Partei erwartet, daß niemand seine Pflicht versäumt, daß jeder Wahlberechtigte seine Stimme abgibt und daß bis zum Wahltage unablässig für die sozialdemokratischen Kandidaten agitirt wird. Laßt Euch nicht von den Gegnern einschüchtern; fürchtet Euch nicht vor der öffentlichen Stimmabgabe. Bekennet Euch alle- sammt kühn und stolz als Sozialdemokraten, dann sind die Gegner bei so imposanter Kundgebung des Volkswillens machtlos und der Sieg ist unsicher.

Vorwärts!

Im Anschluß hieran geben wir die Eintheilung der Wahlbezirke und die Wahllokale, sowie unsere Kandidaten bekannt um diejenigen Wähler, die am 1. Oktober aus ihrem Wahlbezirk verzogen sind, zu informieren:

32. Wahlbezirk.

Kandidat: Schneider Johannes Timm.

212. Stadtbezirk. Vohringersir. 1-12, Prenzlauer Allee 2-16 und 241-249, Saarbrückerstr. 1-9 und 26-35.
219. Stadtbezirk. Wegersir. 1-13 und 15-19, Teutoburgerweg, Blomstr. 26-31.
220. Stadtbezirk. Fehrbellinersir. 1 und 2, Vohringersir. 13-22, Vottumstr. 29, Saarbrückerstr. 10-28, Schönhauser Allee 1-11 n. 177-188, Straßburgerstr. 1-21 und 39-60, Weichburgerstr. 1.
221. Stadtbezirk. Angermünderstr. 1, Chorinerstr. 2-3, Christinenstr. 1-13 und 31-39, Fehrbellinersir. 3-9 und 94-100, Vohringersir. 23-27, Vottumstr. 1-23.
Mit Ausschluß der Grundstücke Angermünderstr. 1, Christinenstr. 1, Vohringersir. 23-27 von Stadtbezirk 221.
Wahllokal: „Brauerei Königstalt“, Schönhauser Allee 10/11, Saal links.

222. Stadtbezirk. Chorinerstr. 21a, Christinenstr. 14 bis 30, Schönhauser Allee 173-176, Schwedterstr. 1-17 und 255-268, Senefelder Platz, Tempelinerstr. 1-13 und 15-19, Teutoburgerweg, Blomstr. 26-31.
223. Stadtbezirk. Chorinerstr. 15-20a u. 65-71, Kasanien-Allee 37 bis 48 u. 61-69, Schwedterstr. 18-28 und 245a-254a.
224. Stadtbezirk. Fehrbellinersir. 17-24 u. 63-83, Kasanien-Allee 49-60, Weinbergweg 11d, Blomstr. 32, Blomstr. 12-19 u. 28-45.
225. Stadtbezirk. Chorinerstr. 4-14 u. 71a-86, Fehrbellinersir. 10 bis 16 u. 84-93, Tempelinerstr. 14, Fehrbellinersir. 20-25 u. 32-37.
Ferner von Stadtbezirk 226: Fehrbellinersir. 58-62; von Stadtbezirk 223: Kasanien-Allee 36 und 70, Schwedterstr. 29; mit Ausschluß der Grundstücke: Chorinerstr. 4-6 u. 78-86, Fehrbellinersir. 9 von Stadtbezirk 225.
Wahllokal: 55. Gemeindefschule, Chorinerstr. 74 - Turnhalle.

34. Wahlbezirk.

Kandidat: Gutmacher H. Borgmann.

228. Stadtbezirk. Thiemersir. 19-31 u. 161-173, Invalidenstr. 1 u. 1a, Beteranenstr. 3-14 u. 16-28.
257. Stadtbezirk. Adersir. 27-36 u. 143, Kankamerstr. 1-9 und 49-60, Bergstr. 30, Elisabethenstraße, Invalidenstr. 2-5, 148-157 und 159-163, Doppelweg, Streifensir. 1-8 u. 95-74.
258. Stadtbezirk. Bernauerstr. 14-24 u. 84-93, Rheinsbergerstr. 1, Streifensir. 9-29 u. 48-67.
Ferner von Stadtbezirk 226: Rheinsbergerstr. 79; mit Ausschluß der Grundstücke: Adersir. 27-28 u. 143, Invalidenstr. 5, 148-163, Bergstr. 30 und 31, Doppelweg vom Stadtbezirk 257, Bernauerstr. 15-24 u. 84-92 von Stadtbezirk 258.
Wahllokal: 67. Gemeindefschule, Adersir. 28a., Eingang: Elisabethenstraße 19. Turnhalle.

259. Stadtbezirk. Bernauerstr. 1-13a u. 94-109, Saffitenstr. 1-12 u. 64-78, Streifensir. 30-36 u. 39-47.
265. Stadtbezirk. Bergstr. 34-43, Feldstr. 1-9, Gartenstr. 38-48 50-58 u. 96-144.
266. Stadtbezirk. Adersir. 45-70 u. 117-141, Gartenstr. 40.
267. Stadtbezirk. Adersir. 37-44 u. 142 sowie Südwestseite von Invalidenstr. bis Bernauerstr. 1-13a u. 142 sowie Südwestseite von Invalidenstr. 110-121 und Südostseite von Adersir. bis Bergstr. 30.
Ferner von Stadtbezirk 226: Gartenstr. 26-35 u. 145-155, Invalidenstr. 18; mit Ausschluß der Grundstücke Streifensir. 30-36 u. 39-46 von Stadtbezirk 259, Gartenstr. 96-112 von Stadtbezirk 265, Adersir. 99-70 von Stadtbezirk 266, Bergstr. 62 von Stadtbezirk 267.
Wahllokal: 17. Gemeindefschule, Adersir. 67, Turnhalle.

38. Wahlbezirk.

Kandidat: Gastwirth Christian Hilgenfeld.

270. Stadtbezirk. Thiemersir. 1-27, Schlegelstr. 16 und 17, Tiedestraße 14-27.
271. Stadtbezirk. Vohringersir. 28-34, Chausseestr. 1-8 und 116-123, Eichendorffstr. 1-6 und 16-22, Elisenstr. 31-40, Hammerstr. 1-8, Novaldenstr. Schlegelstr. 1-15 und 16-33, Tiedestr. 1-13 und 28-41, Ferner von Stadtbezirk 269: Elisenstr. 27-30.
Wahllokal: Tiedestr. 24 bei Gehauer, Saal geradezu.
272. Stadtbezirk. Chausseestr. 9-27 und 94-115, Eichendorffstr. 7 bis 15, Invalidenstr. 34-36 und 111-128.
273. Stadtbezirk. Heffischestr. 37-49 und 54-110, Stielerstr. 24/24a, Platz am Neuen Thor, Schamhorstr. 1-10 und 32-41, Augusten-Hospital und Invalidenhause.
Ferner von Stadtbezirk 268: Invalidenstr. 19 bis 23 u. 129-132; und von Stadtbezirk 282: Invalidenstr. 80-83.
Wahllokal: Invalidenstr. 110 bei Böhme.

274. Stadtbezirk. Chausseestr. 28-56 u. 82-93, Kesselfstraße, Pfingststraße, Schwarztopfstraße, Wöhlertstraße.
275. Stadtbezirk. Soyensir. 1-45, Stielerstr. 1-23, Schamhorstr. 11-31.
Wahllokal: 14. Gemeindefschule Kesselfstr. 3 - Turnhalle.

40. Wahlbezirk.

Kandidat: Rechtsanwalt Wolfgang Feine.

284. Stadtbezirk. Altonaerstraße, Vohringersir. 35-49, Altonaerstraße, Curhanenstraße, Hiesburgerstraße, Föndelstraße, Donaplatz, Holsteiner Ufer, Klopffstraße, Festungstraße, Südwestufer, Siegmundplatz, der nördlich der Chaussee zwischen dem großen Stern und der neuen Weichburgerstraße belegene Theil des Thiergartens einschließlich Schloss und Park Bellevue, Wegelstraße, Stadtbahn-Bahnhof „Bellevue“.
Wahllokal: Hiesburgerstraße, Ecke Brückenallee, Stadtbahnhof 411 bei Dahl.
286. Stadtbezirk. Hiesburgerstraße, Gerberstraße, Sänesburgerstraße 12-30, Alt-Moabit 121-129, Relandthorstr. 1 u. 28, Paulstr. 1-20 u. 21-37, Spenerstr. 19 u. 20, Weststraße.
287. Stadtbezirk. Wandestr. 46, Calvinstraße, Belgoländer-Ufer, Reichstraße, Relandthorstr. 2-37, Alt-Moabit 11-25 und 107-130, Rathenowerstraße 196-112, Spenerstr. 1-18 und 21-35, Thurnstr. 1-20 und 85a-88, sowie von Wilmersdorf: die Rathenowerstraße, Wilmersdorferstr. 1-8 und 60, mit Ausschluß der Grundstücke: Alt-Moabit 129, Weststr. 21 von Stadtbezirk 286.
Wahllokal: 118./128. Gemeindefschule, Thurnstr. 86, Turnhalle.

288. Stadtbezirk. Alt-Moabit 80-106, Straße 30 (Nördl. VII) von Alt-Moabit bis Reppowstraße, Stromstr. 1-10a, der kleine Thiergarten, Thurnstraße zwischen Nr. 85 und 85a (längs des kleinen Thiergartens), Thurnstraße-Allee.
289. Stadtbezirk. Jagowstraße von Reppowstraße bis Straße 33a, Reppowstraße, Straße 30 von Reppowstraße bis Straße 33, Straße 30a, 33, 33a u. 34a (Nördl. VII).
290. Stadtbezirk. Beusselstr. 1-14, Geylowskistr. Jagowstraße von Alt-Moabit bis Reppowstraße, Alt-Moabit 35-79, Ottostraße 4-19, Thurnstr. 61 u. 66, Zwillingstraße.
Wahllokal: „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit 47/48.

291a. Stadtbezirk. Gutfenstraße u. s. i. c. h. l. i. c. h. Nr. 1, Roskoderstraße 1-20 und 39-56, Straße 31 (Nördl. VI) von Gutfenstraße bis Wittkoderstraße.
291b. Stadtbezirk. Roskoderstr. 21-38, Sickingenstr. 20, Straße 20 (Nördl. VI), Straße 31 von Wittkoderstraße bis Sickingenstr. 20, Wittkoderstraße 2-20.
Wahllokal: Moabiter Klubhaus, Beusselstr. 9.
292a. Stadtbezirk. Beusselstr. 15-33 und 55a-76, Gutfenstr. 1, Thurnstr. 55-60 u. 62-65, Waldenstr. 21-24, Waldstr. 1-15 u. 42-60.
292b. Stadtbezirk. Beusselstr. 34-55, Siemensstraße von Beusselstraße bis Waldstraße (1-10), Waldstr. 16-41, Wicelstraße von Beusselstraße bis Waldstraße, Wittkoderstr. 1 u. 27.
Wahllokal: Waldstr. 8 bei Nawrodt.

293. Stadtbezirk. Birkenstr. 31-49, Bredowstr. 14-35, Bremerstraße 21-55, Gudenestr. 15-37, Curigowstraße von Putzigstraße bis Unionplatz, Siemensstraße von Waldstraße bis Unionplatz, Straße 4a (Nördl. VIII), Unionplatz, Wicelstraße von Bremerstraße bis Wilhelmshavenstraße, sowie Nr. 1-41, Wilhelmshavenstr. 17-46.
294. Stadtbezirk. Gudenestr. 1-14 u. 38-54, Ottostr. 1-3 u. 20, Thurnstr. 36-64 u. 67-85, Waldenstr. 2-20 u. 26-42.
Wahllokal: 82./90. Gemeindefschule, Thurnstr. 75, Turnhalle.

295. Stadtbezirk. Kaminikus-Platz, Straße Am Krminikus-Platz, Bredowstr. 1-13 und 36-50, Bremerstr. 1-20 und 56-76, Wagnersgassenstraße, Janasstraße, Thurnstr. 28-35, Waldenstr. 1 und 43, Wicelstr. 42, Wilhelmshavenstr. 1-16 und 47-60.
296. Stadtbezirk. Birkenstr. 60 und 61, Adersir. 1-21 und 35 bis 52, Perlebergerstr. 26a, 26b, 26d, 26e, 26g, 26i und 26k, Stromstr. 11 bis 16 und 49-62, Thurnstr. 21-27.
297. Stadtbezirk. Adersir. 28-24 und 27-34, Perlebergerstr. 26c, 26f und 26h, Stromstr. 17-33 und 35-48.
Wahllokal: Brauerei Moabit, Thurnstr. 26.

298. Stadtbezirk. Birkenstr. 17-30 u. 50-59, Havelbergerstr. 1-9 u. 30-40, Adersir. 25 u. 26, Perlebergerstr. 26, Putzigstraße, Salzweiderstraße, Stendalerstr. 11, Stephanstr. 27-45, Stephanplatz, Stromstraße 33a u. 34.
299. Stadtbezirk. Havelbergerstr. 10-29, Perlebergerstr. 36a, Curigowstraße von Rathenower: bis Putzigstraße, Rathenowerstr. 50-80, Stephanstraße 16-26 u. 46-55, Stendalerstr. 1-10 u. 12-23.
Wahllokal: Zum Landsknecht, Havelbergerstr. 13/14.
300. Stadtbezirk. Perlebergerstr. 18-25 und 28-36, Rathenowerstraße 81-94, Stendalerstr. 24, Straße 22a (Berl. Kruppstraße) 10-13, Wilmersdorferstr. 20-45.
301. Stadtbezirk. Wandestr. 12-31, Birkenstr. 1-16 und 62-78, Perlebergerstr. 27, Rathenowerstr. 94a-98, Wilmersdorferstr. 18-28 und 46-56.
302. Stadtbezirk. Wandestr. 1-11 und 32-45, Dreieckstraße, Priegwallerstraße, Rathenowerstr. 99-105, Wilmersdorferstr. 9-17 und 57-65.
Wahllokal: Wilmersdorferstr. 63 bei Viebing.

303. Stadtbezirk. Fehrbellinersir. 55a-56, Reppowstraße, Vohringersir. 47-58, Alt-Moabit 10a, Perlebergerstr. 1-17a und 37-48, Curigowstraße von Vohringersir. bis Rathenowerstraße, Rathenowerstr. 1 bis 49, Seidlstraße, Stephanstr. 1-15 u. 50-67.
304. Stadtbezirk. Waldstraße, Invalidenstr. 50-55, Vohringersir. 1 bis 46, Perlebergerstr. 49, Straße 30 (Nördl. VIII) Süd-Ufer, Lorstr. 7-14 u. 32-35.
Wahllokal: Rathenowerstr. 94a bei Junter.

Wahlberechtigt

Ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder selbständige Einwohner, der Preuss und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahre in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (800 bis 900 M. Einkommen) eingeschätzt ist, und sofern er in die Wählerliste eingetragen ist. Chambregarnisten sind selbständig und daher wahlberechtigt.

Wer seit dem 30. Juli (seit der Auslegung der Listen) ver-zogen ist, wählt in dem Bezirk, in welchem er vor diesem Termin gewohnt hat.

Wahlberechtigt sind auch diejenigen Wähler, die am Tage der Wahl zur Kontrollversammlung kommandirt sind.

Die Stichwahlen finden am Freitag, den 26. November, von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends statt, und zwar zu jeder beliebigen Stunde während dieser Zeit.

Die Abgabe der Stimme nimmt nur wenige Minuten in Anspruch. Diejenigen Wähler, die es irgend möglich machen können, wollen bis Mittag 1 Uhr ihr Wahlrecht ausüben, damit der Andrang gegen Abend nicht zu stark ist.

Pflicht derjenigen Parteigenossen, die am Wahltage über freie Zeit verfügen, ist es, sich den einzelnen Wahlkomitee's von früh 8 Uhr an zur Verfügung zu stellen. Was am 8. November versäumt wurde, muß am 26. November nachgeholt werden.

Auf zur Stichwahl!

Kommunales.

Kommunales Greisenthum. Der Ausschuss für die Stadtrathswahl hat, wie berichtet wird, beschlossen, die Stadtschulrathsstelle nicht auszufüllen, sondern der Stadtverordneten-Versammlung die Wiederwahl des Herrn Dr. Bertram zu empfehlen.

Die Benutzung des Treptower Parks bis zur vollständigen Wiederherstellung Einschränkungen erfahren soll, so wird beantragt, in den Plänterwaldanlagen in Treptow einige Promenadenwege anzulegen. Die städtische Parkdeputation hat die zu diesem Zwecke erforderliche Summe in den Etat eingestellt.

Locales.

Parteigenossen und Genossinnen! Am Freitag, den 26. November, finden im 6. Wahlkreis die Stadtverordneten-Stichwahlen statt. Wir ersuchen alle Parteigenossen, denen es irgend möglich ist, sich den einzelnen Wahlkomitee's den ganzen Tag zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ersuchen wir diejenigen, welche durch die heutigen Verhältnisse gezwungen sind, unfreiwillig zu feiern, und um die sich Stadt und Staat nicht im geringsten kümmern, hier, wenn auch im kleineren Rahmen, den Kampf gegen die heutigen Zustände aufzunehmen.

Genossen und Genossinnen! Es war bisher unser Stolz und trug wesentlich zu unseren Siegen bei, daß sich bei jeder Gelegenheit, wo die Partei rief, opferbereite Genossen in genügender Anzahl fanden, während die Gegner gezwungen sind, fast nur durch bezahlte Leute ihre Agitation zu betreiben. Wir erwarten, daß die Genossen und Genossinnen uns auch diesmal zur Seite stehen, damit wir die Agitation in energischer Weise betreiben können. Von Seiten der Gegner wird alles aufgeboten, um den Sieg zu erringen; — alle Interessenten, alle abhängigen Leute, all die Macht, welche die städtischen Ämter verliehen, werden aufgeboten, um die Geldsackinteressen noch einmal zu wahren. Brüderlich vereint ist der Trost der Antisemiten mit den Liberalen und diese mit den Konservativen. Es ist eine „Klassenwahl“ im wahren Sinne des Wortes. Hier Geldsack, dort arbeitshätige Bevölkerung; hier Ausbeuter, dort Ausgebeutete! Klar liegt das Schlachtfeld vor uns. Da ist es Ehrenpflicht der Genossen, mitzuwirken an dem Siege der Arbeiterklasse. Wer seine Rechte nicht wahr, hat keine Ursache sich zu beklagen, denn er ist mit Schuld daran, daß seine Brüder unterliegen. Wenn aber die Arbeiter klar erkennen, daß es Pflicht ist, sein Recht auszuüben und an der geistigen Auffklärung des Volkes mitzuwirken, so ist am 26. November der Sieg unser.

Darum: Vorwärts in die Agitation, frisch auf zur Stichwahl! Diejenigen Genossen und Genossinnen, welche am Tage der Wahl mithelfen wollen, mögen sich in folgenden Lokalen früh 1/2 Uhr einfinden: Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee, für den 32. Bezirk; E. Dieke, Adersir. 123, für den 34. Bezirk; Paul Jakob, Schwarztopfstr. 11, für den 38. Bezirk; Joh. P. Jarr, Putzigstr. 10, für den 40. Bezirk.

Ueber die „Parteien im Nothen Hause“ wird Stadtverordneter Paul Singer am heutigen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestr. 57, einen Vortrag halten, zu welchem vor allem die Kommunalwähler des 38. Wahlbezirks eingeladen werden!

Achtung, Parteigenossen des ersten Wahlkreises! Am Sonnabend, den 27. November cr., findet in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20/21, ein Familienkränzchen mit Gesangsunterhaltung, veranstaltet von dem Wahlverein des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises, statt. Es ergeht an die Parteigenossen die freundliche Einladung, zahlreich auf diesem Fest erscheinen zu wollen. Entree 20 Pf., Garderobe 15 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 30 Pfennig nach. Eintrittskarten sind bei nachbenannten Mitgliedern zu haben: Moll, Klosterstr. 101; Preuß, Neue Friedrichstr. 20; Reyen, Neue Friedrichstraße 1; W. R. R. Schel, Finkenstraße 35/36; Pindger, Friedrichsgracht 16; Sommer, Grünstr. 21; W. Wald, Rantowstr. 13; Kubat, Kochstr. 11. Der Vorstand.

Im Arbeitshause der Stadt Bern ist im letzten Etatsjahre der Zugang von Korrigenden, nachdem er schon im vorletzten erheblich abgenommen hatte, noch geringer geworden. Im Laufe des Jahres 1896/97 (bezw. der Vorjahre 1895/96 und 1894/95) wurden 970 (1457, 1993) Männer und 144 (195, 244) Weiber eingeliefert, doch wurden davon nur 867 (1371, 1803) Männer und 142 (181, 219) Weiber überwiesen, während die übrigen der Anstalt zur Weiterverbißung ihrer Haft aus Krankenhäusern, Gefängnissen u. s. w. wieder zugeführt wurden. Durchschnittlich befanden sich täglich 1220 (1633, 1884) Männer und 112 (133, 165) Weiber in Korrektionsanstalt. Der Verwaltungsbericht pro 1896/97 weist darauf hin, daß dieser Rückgang der Zahl der Korrigenden, besonders der männlichen, sich gegenwärtig fast überall in Preußen vollzieht. In der Berliner Anstalt erstreckt er sich bei den männlichen Korrigenden auf alle Altersklassen. Der Bericht giebt den Rückgang von 1894/95 bis 1896/97 für die bis 40 Jahre alten Männer auf 50 pCt., für die 40-50 Jahre alten auf 40 pCt., für die über 50 Jahre alten auf 30 pCt. an. Die dort mitgetheilten Zahlen sind jedoch nicht vergleichbar, weil dabei für 1896/97 alle Eingelieferten, für die Vorjahre nur die neu überwiesenen gezählt sind. Die richtigen Zahlen ergäben noch härtere Rückgänge. Der Bericht bemerkt dazu: „Es erscheint hiernach die Annahme nicht ungerichtlich, daß bei dem allseitig anerkannten Aufschwunge unserer heimischen Industrie und dem stärkeren Bedürfnisse nach Arbeitskräften in Landwirtschaft und Gewerbe die wenig zuverlässigen, willensschwachen und nicht ausdauernden Elemente, welche in ihren jugendlichen Mannesjahren den Stamm der Korrektionsanstalten zu bilden pflegen, und in geringerem Maße auch die älteren Personen von dem regen Arbeitsmarke aufgesogen und vor wiederholtem Betteln und Obdachlosigkeit, worauf

die Arbeitshandkräfte folgt, bewahrt geblieben sind. Der Rückgang der Arbeitshandkräfte beweist also, dass es durchaus falsch und ungerath ist, die Bettler und Obdachlosen einfach durch die Bank für Arbeitscheue zu erklären und dementsprechend zu behandeln. Wir erinnern hier an die räthselhafte Strafe, mit der vor einigen Jahren — zu einer Zeit, wo die Industrie schwer darniederlag und das Bedürfnis nach Arbeitskräften gering war — die Verwaltung des städtischen Obdachloshaus plötzlich gegen die Berliner Arbeits- und Obdachlosen vorging. Gerade damals wäre äußerste Milde am Platze gewesen. Die Verhältnisse lagen allerdings so, dass man nicht mehr wusste, wo man all die Obdachloshaus unterbringen sollte, die infolge der furchtbaren Noth und massenhaften Verarmung jener Jahre dem Obdach immer zahlreicher zuströmten. Da aber die städtischen Behörden, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, trotz der lauten Mahnung der Arbeitervertreter im Nothen Hause sich zu einer energischen Bekämpfung des Nothstandes nicht aufraffen wollten, so blieb nur übrig, die Obdachloshaus gewaltsam herunterzudrücken. Die Obdachloshaus wurden zahlreicher als sonst der Polizei und dem Gericht zur Bestrafung wegen Obdachlosigkeit überwiesen und wanderten als „Arbeitscheue“ ins Arbeitshaus. — Dieses damals geübte Verfahren entspricht freilich ganz den Grundsätzen, nach denen solche und ähnliche Angelegenheiten von unseren Gemeindebehörden erledigt zu werden pflegen. Wo irgend ein Mangel, ein Nothstand zu grell hervortritt, zu laut an Ohren mahnt, da versucht man es zunächst mit scharfer Zurückweisung der unbehaglichen Mahner und mit künstlicher Schein-Eindämmung des Nothstandes. Ob es sich um Armen- und Krankenpflege oder um das Schulwesen oder um die Lage der städtischen Angestellten und Arbeiter handelt, — das Rezept, nach dem dabei verfahren wird, ist allemal dasselbe.

Das Schulbücher-Monopol stand in der letzten Monatsitzung des Berliner Lehrervereins zur Besprechung. Verschiedene Maßnahmen und Verfügungen der Schulbehörden deuten darauf hin, dass die Einführung einheitlicher Lesebücher für größere oder kleinere Bezirke geplant ist. Wir stehen dem Schulbücher-Monopol freundlich gegenüber, freilich nicht in der hier zu Tage tretenden Form. Für uns hat das Schulbücher-Monopol dann Werth, wenn es von größeren städtischen Gemeinden, wie z. B. der Schweiz, eingerichtet wird, um der ärmeren Bevölkerung die Lehrmittel für ihre Kinder zu einem billigeren Preise zu beschaffen oder in Verbindung und als Folge der unentgeltlichen Abgabe der Lehr- und Lernmittel überhaupt. Eine derartige Einrichtung hat sich in Zürich z. B. seit 40 Jahren vortrefflich bewährt. Nach dem letzten amtlichen Bericht der Zentral-Schulbehörde hat die Stadt Zürich für gedruckte Bücher, für Schreib- und Zeichenmaterial im Jahre 1896 eine Aufwendung von 2 M. pro Kind zu machen gehabt. An eine derartige arbeiterfreundliche Maßnahme denkt die preussische Unterrichtsverwaltung selbstverständlich ebensowenig wie die Vertreter des „Freisinn“ und der Berliner Stadtverwaltung. Die preussische Schulbureaukratie sucht in der Lesebuchfrage einen ähnlichen Zustand zu schaffen wie er bezüglich des biblischen Geschichtsbuches zum Leidwesen aller Betreffenden unter den Augen der Berliner Schulbureaukraten seit Jahrzehnten besteht. Die Berliner Schulen kennen kein anderes Buch für biblische Geschichte als das von Fürbringer, besorgt von Bertram, dem städtischen Schulrath. Dieses Buch hat für Berlin, zwar nicht formell ausgesprochen, aber doch den Thatfachen nach, das unbestrittene Monopol. Für den Verleger sicherlich ein erfreulicher Zustand, keineswegs aber für die Eltern; denn es giebt billigere und nicht für Schüler und Lehrer, denn es giebt weitaus bessere Lehrmittel auf diesem Gebiet.

Den gleichen Zustand nun auch in der Lesebuchfrage herbeigeführt zu sehen, kann ernsthaft niemand wünschen. Die Verfasser der Lesebücher würden die Schulräthe sein und der jetzt schon mitunter ärmliche und tendenziöse Inhalt des hauptsächlichsten Buches in Schulunterricht dürfte einem noch geistloseren und heuchlerischer-frümmelnden Platz machen. Die im amtlichen Auftrage gescriebene Ergänzung zum Seminarlesebuch läßt ungefragt ab, was auf diesem Gebiet an tendenziöser Buchmacherei etwa geleistet werden könnte. Wir stimmen darum dem Berliner Lehrerverein bei, wenn er sich gegen die amtliche Buchfabrikation wehrt, von der niemand — abgesehen von wenigen Autoren und einigen begünstigten Pionieren — Wortheil hätte; wir wünschen gleich ihm, so lange der jetzige Zustand der freien Konkurrenz auf dem Gebiet der Schulbücher besteht, eine weitgehende, unbefristete Kritik der neu erschienenen Bücher. Dagegen halten wir von der Einrichtung von Amtsstellen für Schulbücher beim Bezirg der Eltern nicht allzu viel. Die Frage der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel für alle Schüler darf von der des Schulbücher-Monopols nicht getrennt werden. Ist erst einmal die Unentgeltlichkeit beschlossene Sache, dann ist die Frage nach der Herstellung der Bücher und Lehrmittel noch rein praktischer Gesichtspunkte zu beantworten. Ein Monopol, zu privater Ausbeutung geschaffen, ist eben etwas ganz anderes als ein Monopol, das der Gesamtheit dienen soll. Das Pferdebahn-Monopol fällt nur einer nicht großen Zahl von Aktionären die Taschen und ist darum zu bekämpfen, während es als städtisches Monopol für alle zum Vortheil gereichen würde. Beim Schulbücher-Monopol liegen die Verhältnisse ähnlich. Ein Blick auf die Lehrmittel-Verhältnisse der Schweiz belehrt uns, dass in demokratisch verwalteten Gemeinwesen, in denen die Mitwirkung aller Fachleute auf ihrem Gebiet eine selbstverständliche Voraussetzung ist, das Schulbücher-Monopol das Schreckgespenst nicht zu sein braucht, zu dem es sich unter der liebevollen Pflege preussischer Schulbureaukraten allerdings leicht auszuwachsen könnte.

Von den Abgeordneten der „freisinnigen“ Volkspartei haben, nach dem stenographischen Bericht, gegen die vom Ausschuss beantragte Verbesserung der Gehälter der Elementarschullehrer gestimmt: Hermes, Langerhans, Birchow. Dafür hat von den freisinnigen Abgeordneten nur der in der Westprignitz gewählte Nagel gestimmt.

Die Ursachen des schweren Eisenbahn-Unfalls auf dem Potsdamer Bahnhof, wo Lokomotivführer und Heizer ihr Leben verloren, dürfen, wie uns ein Techniker schreibt, eigentlich als allgemein bekannt vor sich stehen. Die Bremse, die hier versagte, war die Vakuum-Dampfbremse, welche auf unserer Stadtbahn noch immer ihr Unwesen treibt. Für die Vorort-Bahnen ist längst die Westinghouse-Bremse in Anwendung; diese ist so konstruirt, dass wenn sie ihren Dienst versagt, der Zug stehen bleibt. Die teufliche Vakuumbremse hingegen hat die alle Eigenschaften aller früheren Bremsen: wenn sie versagt, dann läuft der Zug weiter und richtet das unfähliche Unheil an, für das immer nur einer der untersten Beamten, die Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müssen, verantwortlich gemacht wird. Obendrein haben sie zu gewärtigen mit Dienstentlassung bedacht zu werden, das ist für sie oft schlimmer als der Tod.

Nun hätte vielleicht die berüchtigt gewordene Vakuum-Bremse längst abgeschafft werden müssen, glaubt mancher, aber die Beseitigung und Reumontierung der Bremsen kostet Geld, und die Eisenbahn-Unternehmer brauchen wir für die Marine. Jedenfalls wird aus Anlaß dieser beiden Todesfälle eine ganz ernsthafte — Durchsicht der Vorschriften für Lokomotivführer stattfinden; mit dieser Durchsicht allein ist aber nichts gethan, weit wichtiger wäre die Beseitigung der menschenmörderischen Bremskonstruktionen.

Was übrigens den in diesem Blatte vor kurzem erörterten Todesfall eines Rangiers betrifft, der in der Finsterniß durch Stolpern zwischen den Wagenpuffern in der üblichen Weise zernahmt wurde, so ist jene bekannte Finsterniß ein im Eisenbahnwesen vielfach vorkommender Uebelstand. Niemand hat sich schon auf kleinen Bahnhöfen mit der dürftigsten Beleuchtung zufrieden geben, die das Leben von Wege weisenden Ausschritten völlig versagt, so bildet die vereinzelt Aufstellung der Rangiergleise durch die nachtslichtartigen Laternen der Weichenstellen sowohl auf mittleren wie auf kleinen Bahnhöfen eine weit verbreitete Gewohnheit und eine der hauptsächlichsten Ursachen der unglücklichen Unglücksfälle. Jene ver-

wegenen kleinen Lichter wirken für den Lokomotivführer unter Umständen wie Freileichter und hieraus erklärt sich die Häufigkeit der Unfälle gerade auf Bahnhöfen oder kurz vor ihnen. Dazu kommt der Mangel an hinreichendem Rangierpersonal, der einzelne muß im Kennen geübt sein, um vor der heraneilenden Lokomotive die Weiche herumzuwerfen.

Die vielgepriesene Eisenbahnreform, welche auf eine Ersparnis an Personal berechnet war, hat sich schwer gerächt, das Gehen auf preussischen Eisenbahnen ist unsicherer als je zuvor und bei den allermeisten Unfällen stellt es sich klar heraus: die mit juristischem Uebergewicht unweise herrschende Mutter „Sparsamkeit“ richtet im Eisenbahnwesen nur Unheil an! —

Die Berliner Innungen, deren Zahl nach dem soeben erschienenen Bericht der Gewerbe-Deputation des Magistrats Ende März dieses Jahres 68 betrug, dürften sich demnächst um eine vermehren, falls nämlich dem Antrage der „Freien Vereinigung selbständiger Fleischermeister“ auf Verleihung der Rechte einer Innung stattgegeben wird. An Mitgliedern zählten die Berliner Innungen über 18 400, davon 1173 weibliche. Die größte Mitgliederzahl haben die Schuhmacher- (2811), die Schneider- (1408), die Tischler- (1355), die Barbier- (1227) und die Weber- bzw. Wäcker- Innung (1055); die wenigsten Mitglieder zählen: die Schwertseger- (8), die Zinngießer- (5) und die Rechtsbeiräther-Innung (4). Die Gesamteinnahmen der Innungen betragen im Berichtsjahr ca. 274 400 M.; die Ausgaben 276 780 M. Das Gesamtvermögen aller Innungen (ausschließlich des Immobilienbesitzes) bezifferte sich auf 2 568 388 M. Die reichste Innung ist die der Schlächter, welche über ein Kapitalvermögen von nahezu 424 000 M. verfügt, die nächst ihr am besten sturten sind: die Schneider- und Tischler-Innung, welche je ca. 35 500 M. ihr eigen nennen, dann folgen die Innung der Maurer- zc. Meister (mit 31 600 M.), die der Barbier zc. (mit 28 500 M.), der Weber zc. (mit 19 100 M.) u. s. w. Ein sehr bescheidener Vermögensstand, nämlich unter einer Doppelkrone, ist bei den Wäckern, Strumpfwirkern, Steinsegen, Seidenwirkern und Kammwäckerern verzeichnet, doch werden diese scheinbar noch durch die Heiligeihnen, die Rechtsbeiräther, die Wäckermacher, Dachdecker, Nagelschmiede, Töpfer und Zinngießer überströmen, bei denen überhaupt kein Vermögen angegeben ist. Beiläufig und zwar insgesamt 8961, wurden durch 68 Innungen (mit 18087 Mitgliedern) ausgebildet; die meisten Lehrlinge (1135) entsallen auf die Schlosser-Innung. Die Zahl der Lehrlinge überwiegt diejenige der Innungsmitglieder bei den Maurer- und Zimmermeistern (438 Lehrlinge), bei den Buchdruckern (573), Metallsegen (153), den Musikmeistern (285), den Feilenbauern (89), den Messerschmieden (41), den Steinmetzen (74), den Steinsegen (86) und bei den Töpfern (227 Lehrlinge). Von den 45 Innungen, welche für das Lehrlingswesen besondere Aufwendungen machten, wurden nur 21 durch die von den Lehrlingen vereinnahmten Beträge gedeckt.

Die Gesamtzahl der Hörer der Technischen Hochschule in Charlottenburg beträgt in diesem Winter-Halbjahr 3040. Darunter befinden sich eigentliche Studierende 2210. Die Abtheilung für Architektur zählt 381 Studierende, die für Bau-Ingenieurwesen 394, Maschinen-Ingenieurwesen 1005, Schiff- und Schiffsmaschinen-Bau 160, Chemie und Hüttenkunde 179, allgemeine Wissenschaften 1. Hospitanten hat die ganze Hochschule 580, die Abtheilung für Architektur 211, für Bau-Ingenieurwesen 28, Maschinen-Ingenieurwesen 282, Schiff- und Schiffsmaschinenbau 29, Chemie und Hüttenkunde 27, allgemeine Wissenschaften 8. Zur Aufnahme von Unterricht sind ferner 128 Personen berechtigt; 127 Personen ist gestattet, dem Unterrichte beizuwohnen. Für das Winterhalbjahr wurden 579 neue aufgenommen, und zwar in der Abtheilung für Architektur 88, für Bau-Ingenieurwesen 319, Schiff- und Schiffsmaschinen-Bau 83, Chemie und Hüttenkunde 65.

Gegen die Afsanzerlei der „Jugendwehren“. Den Schülern ist in Breslau die Theilnahme an den Uebungen der Jugendwehren verboten worden. Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ hatte darauf aufmerksam gemacht, daß die Lehrer an den Uebungen ihrer Schüler genau ersehen konnten, ob sie abends vorher „Soldatengespiele“ hatten. Die Jungen waren schläfrig, träge und nicht vorbereitet. Es wurde von den Lehrern auch festgestellt, daß die Schüler bei dieser Gelegenheit mit dem Kneipenbier bekannt wurden. Die Klarstellung dieser Thatfachen erregte mit recht Aufsehen; es wurden Erhebungen darüber angestellt, und das Resultat ist eine Verfügung des Breslauer Polizeipräsidenten an den Gründer der „Jugendwehr“, daß für jeden Fall der Theilnahme eines Schülers an den Uebungen eine Geldstrafe von 50 Mark angelegt werden wird. In Schöneberg hat man der Jugendwehr amtliche Räume zur Verfügung gestellt.

Der Anbruch der Frauen zu den Vorträgen der Humboldt-Akademie hat stetig zugenommen. Das läßt auch die Ueberfüllung dieses Herbstquartals erkennen. Die 79 Cytlen der Akademie werden mit Ausnahme von vieren von mehr oder weniger vielen Damen besucht, und zwar beträgt die Zahl der Frauen in allen Cytlen zusammen 1205. In Berlin besuchen die Vorträge im ganzen 2455 Hörer, die Damen bilden also ungefähr die Hälfte der gesammten Zuhörerschaft der Humboldt-Akademie. Die Frauen vertheilen sich nach den verschiedenen Stadtgegenden in besonderer Weise. Im Westen hören 547 Frauen gegen 906 Männer, im Nordwesten überwiegen die Männer bei weitem, es hören 1248 gegen 540 Frauen. Im Nordosten giebt es 32 Hörerinnen gegen 161 Männer, im Norden 6 Frauen gegen 83 Männer, im Süden dagegen 77 gegen 117 Männer. Die Thatfache, daß der vornehmste Westen die erdrückende Mehrheit zu dem Kontingent der Hörer und Hörerinnen stellt, läßt den Schluß zu, daß proletarische Kreise sich der Möglichkeit beraubt sehen, an den beachtenswerthen Vorträgen der Humboldt-Akademie theilzunehmen.

Mit dem Neubau der Charité ist jetzt, wenn auch vorläufig nur in einzelnen kleineren Theilen, begonnen worden. In der südwestlichen Verlängerung der Hannoverischen Straße, hinter dem Holzjanne, wo sich der Eingang zur neuen Charité befindet, ist das Ueberbleibsel der ehemaligen Berliner Stadtmauer, das dort noch erhalten war, zum Theil niedergelegt worden, da auf der Stelle ein neues Pfortnerhaus, neue Stallungen und Wirthschaftsgebäude errichtet werden sollen. Ferner ist neben dem jetzigen Pfortnerhause der neuen Charité der Bau einer neuen großen Küche in Angriff genommen, während weiterhin, am Alexanderufer, das neue pathologische Institut der Charité schon bis zum zweiten Stockwerk aufgeführt ist. Im nächsten Frühjahr werden dann das Direktorialgebäude an der Luisenstraße und ein Flügel der neuen Charité abgerissen werden, um Neubauten Platz zu machen.

Vom Glend der Postunterbeamten. Aus Trier wird berichtet: Große Befriedigung erregte in dem hiesigen Schwurgerichtssaale der Freispruch der Geschworenen für einen im vollen Umfange der Anklage geständigen Angeklagten. Es war dies der Landbriestragere Johann Dackendorf aus Oll, der der Unterschlagung von amtlichen Geldern beschuldigt war. Der Angeklagte war anfangs in Bronsfeld mit 1,20 Tagelohn und später in Merzig mit 700 M. Jahresgehalt angestellt. Da er nach Erhebung seines ersten Monatsgehalts von 64 M. ein Darlehen von 60 M. zurückgehabt hatte, blieben ihm noch für den Monat 4 M. für sich und seine unbemittelten Eltern übrig. In seiner Verdrängung wandte er sich an die Kasse des Post-Spar- und Vorschußvereins, bei welcher er 167 Einlagen hatte. Nach dem Statut mußte ihm die Summe über 50 M. auf sein Verlangen zurückgezahlt werden, allein durch Mißverständnisse seitens des zuständigen Postdirektors konnte er nicht zu seinem Gelde kommen. Nun wich er vom rechten Wege ab und unterschlug in seiner Noth amtlich ihm anvertraute Gelder, die jedoch später sämtlich zurückerstattet wurden. Der als Zeuge verhörete Postdirektor Weideseke gab selbst zu, daß eine Unterschlagung wohl kaum vorgekommen wäre, wenn man dem Angeklagten das ihm zustehende Geld ausgezahlt hätte. Der Vertheidiger bezeichnete den Angeklagten als ein Opfer der bureaukratischen und reglementwidrigen Behandlung seitens des Postdirektors. Die Geschworenen schlossen sich dieser Ansicht an und sprachen den Angeklagten frei.

Der Eisenbahnminister hat den zwischen der Königl. Eisenbahndirektion und dem Magistrat abgeschlossenen Vertrag genehmigt, der die Anlage einer neuen Station für den Ringbahn- und Personenverkehr auf dem Bahnhof Moabit, sowie die Anlage einer neuen Vorortstation für den Uebergangsverkehr zwischen der Berliner Ringbahn und der Vorortbahn Berlin-Spandau bezweckt. Mit dem Bau der an der verlängerten Pullistrasse anzulegenden Station soll sofort begonnen werden. In Verbindung damit soll gleichzeitig mit der Herstellung einer hölzernen, vier Meter breiten Fußwegüberführung über den mit Gleisanlagen bedeckten Bahnhofstheil, die den Zugang zu den Stationen bilden soll, begonnen werden. Die Kosten trägt die Stadtgemeinde, die an die Eisenbahndirektion jetzt einen Vorschuß von 80 000 M. zu zahlen hat.

Einer scharfen polizeilichen Ueberwachung unterliegen seit einiger Zeit die in Berlin ansässigen galicischen und russischen Händler, die sich vorzugsweise mit der Einfuhr von Nahrungsmitteln, Eiern, Butter, Kressen u. s. w. befassen. In den letzten Wochen haben mehrere Ausweisungen solcher Handelsleute stattgefunden, die während ihres Aufenthaltes in Deutschland in irgend einer Weise gegen das Strafgesetz sich vergangen haben.

Die Strafsache gegen die Hebamme und Masseurin Schwaarz aus der Passauerstraße, welche in Gemeinschaft mit ihrer Tochter verhaftet wurde, ist noch immer nicht zum Abschluß gelangt. Neben den unter §§ 217/18 fallenden Straftathen werden den beiden Frauen noch eine ganze Reihe anderer Delikte zur Last gelegt. Die Sch. unterhielt nämlich ein Heim für weibliche Personen, welche für einige Zeit zurückgezogen zu leben sich genöthigt sahen. Gegen eine Anzahl dieser Pensionärinnen hat sich nun die Sch. schwer vergangen, einzelne von ihnen sowohl eingesperrt, wie auch hungern lassen, ebenso Briefe und Gelder unterschlagen. Die Geschädigten haben aus Gründen erklärlicher Scham über die Dinge geschwiegen, die täglich in dem Pensionat vor sich gingen. Endlich brachte aber eine von ihnen die Sache doch zur Anzeige; hierauf erst kam man den übrigen Schandthaten der beiden Frauen auf die Spur.

Eine Sammelliste zur Kommunalwahl des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises Nr. 19 ist verloren gegangen. Es ist 1,50 M. darauf gezeichnet. Parteigenossen, welchen die Liste zum Zeichen angeboten wird, wollen dieselbe anhalten und an den Unterzeichneten abliefern. Christian Bohn, Friedrichstr. 19, Hof III bei Reibe.

Ein schweres Brandunglück, bei dem drei Personen ihren Tod fanden, während noch drei Personen sehr schwer und drei leichter verwundet wurden, ereignete sich Dienstag Nachmittag gegen 4 1/2 Uhr Schönbauer Allee 78. Dort befindet sich im Seitenflügel auf dem dritten Hofe und zwar im Parterregeschoß die Fabrik der Firma Israel, die Kohlenzunder und bengalische Streichhölzer anfertigt. Beim Ausschütten einer größeren Quantität Streichhölzer entzündeten sich dieselben und explosionsartig verbreitete sich der Brand im Nu über den ganzen Fabrikraum. Von der zur Zeit in der Fabrik anwesenden Personen gelang es nur einigen, ungegefähr ins Freie zu kommen. Die sofort in großer Stärke alarmirte Feuerwehr holte mehrere Verunglückte aus dem Feuermeer. Drei Personen waren todt und zwar der Arbeiter Karl Kriebel, Stargardstr. 73 und die 18jährige Ida Wendisch, Pappel-Allee 121 wohnhaft. Ein drittes, gleichaltriges Mädchen, das ebenfalls den Tod fand, konnte bis jetzt nicht rekonvaleszirt werden. Außer dem sind drei erwachsene Mädchen sehr schwer verbrannt, so daß an ihrem Aufkommen gewweifelt wird. Der Besitzer der Fabrik sowie ein Mann und eine Frau sind leichter verletzt. Die Verletzten wurden nach der Unfallstation in der Schönbauer Allee gebracht. Die Feuerwehr ging mit einer Dampf- und zwei Druck-Spritzen gegen das Feuer vor und beschränkte es auf den Parterre-raum, während die darüber liegende Orgelfabrik nur wenig in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Von der Polizeiwache. Der Droschkenfahrer Ludow war in der Nacht zum Dienstag wegen eines geringfügigen Verstoßes von einem Schuttmann in der Lysenstraße fest und in völlig gesundem Zustande auf die in dieser Straße belegene Polizeiwache gebracht worden. Sein Zustand nach erfolgter Entlassung wird in folgendem ärztlichen Attest dokumentirt: „Heute Nacht gegen 1 1/2 Uhr kommt der Droschkenfahrer Hermann Ludow, Plantagenstr. 40 wohnhaft, zu mir behufs Ausstellung eines Attestes. Er behauptet, mehrere Faustschläge und Fußtritte erhalten zu haben. Ich sehe auf der rechten Stirnseite eine handtellergroße blutunterlaufene Hautpartie, die rechte Ohrmuschel ist eingerissen und geröthet, der Nasenrücken stark geschwollen und blutunterlaufen, desgleichen das rechte Auge, welches auch Blutergüsse unter der Augenbindehaut zeigt. Die Oberlippe ist eingespungen und zeigt starke Schwellung. Außerdem sind kleine Riswunden an beiden Handrücken zu bemerken; diese Verletzungen können sehr wohl von den angegebenen Faustschlägen und Fußtritten herrühren. An den Oberschenkeln, welche durch Fußtritte ebenfalls misshandelt sein sollen, ist noch nichts zu bemerken. (Folgt die Unterschrift des Arztes.)“

Zum Polizeikampf gegen die Auwärtigen. Nicht die neue Nummer des „Sozialist“, sondern die Nummer 46 vom 11. November wurde am Montag früh 8 Uhr auf Antrag des Staatsanwalts in Frankfurt a. M. beschlagnahmt. Gehausucht wurde beim Redakteur und Expedienten, aber nichts gefunden. Auf der Expedition saßen ca. 200 Exemplare in die Hände der Polizei.

Ein Ehedrama. Das „Kleine Journal“ meldet: Gegen eine Dame aus unseren ersten Gesellschaftskreisen ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Das frühere Dienstmädchen der etwa fünfzigjährigen Frau, die Mutter mehrerer Kinder ist, hat die Anzeige erstattet, daß seine Herrin verheiratet habe, ihren Gatten zu vergiften. Das Anerbieten, gegen eine hohe Belohnung das Verbrechen zu vollbringen, will das Mädchen entrüthelt zurückgewiesen haben. Einige Tage darauf trug sie zur gewohnten Nachmittagsstunde die Kaffeemaschine in das Zimmer des Rentiers, der schon seit längerer Zeit getrennt von seiner Frau die Mahlhzeiten einzunehmen pflegte. An der Thür zu dem Zimmer soll nun die Dame die Kaffeemaschine mit Wasser vom Tablett heruntergenommen, die Kaffeemaschine mit Wasser gefüllt und gleichzeitig aus einem Fläschchen mit einer schwarzen Flüssigkeit eine Flüssigkeit hineingegossen haben. Als nun das Mädchen sich weigerte, das Kaffeegeschirr dem Herrn zu bringen, will es von der Dame ohne weiteres in das Zimmer geschoben worden sein. In der Verwirrung des Mädchens und dem Anstande, daß die Kaffeemaschine mit Wasser schließe, dagegen die Kaffeemaschine schon gefüllt war, merkte der Rentier, daß nicht alles in Ordnung sei, er schöpfe Verdacht und bereitete sich diesmal nicht, wie dies stets zu geschehen pflegte, selbst den Bistretts. Die Frau wie das Dienstmädchen befinden sich in Unterwerfung.

Einem Nordberber wegen verführerischer Liebe hat am Montag Abend 7 Uhr der 23jährige Bäckergehilfe Fritz Saluth auf das Dienstmädchen Luise Pfeffer gemacht, das in der Weinhandlung von West in Hause Genthnerstr. 7 im Dienst steht. Es wurde durch das Fenster der Küche, wo die Pfeffer mit dem kleinen Sohn ihres Dienstherrn Krause saß, ein Schuß in das Innere abgegeben. Das Geschloß durchbohrte das Glas des Fensters und die Gardine, verfehlte aber sein Ziel und ist auch bisher nicht aufzufinden gewesen. Der Schütze wurde beim Nachsuchen nicht mehr angetroffen. Nach der Anzeige von Augenzeugen hat Saluth einen Schuß mit einem Revolver auf das Mädchen abgegeben und ist dann eilig geflohen. Die Kriminalpolizei hat sofort Nachforschungen nach dem wohnungsflohen Verbrecher vorgenommen und namentlich auch in den Bäckerherbergen nachgesehen. Bis gestern Vormittag war Saluth noch nicht eingeliefert. Er war erst im Herbst vom 26. Infanterie-Regiment in Posen zur Reserve entlassen worden.

Durch Einsturz eines nur schwach besetzten Gerüstes sind gestern Vormittag drei Maler verletzt worden. Sie waren mit dem Aufstreichen eines neuen Schuppens auf der Gitterabfertigungsstelle des Anhalter Bahnhofes beschäftigt, als das Gerüst vor Seile niederbrach und die drei mit herabfiel. Die sofort benachrichtigte Unfallstation I, Wilhelmstr. 10, entsandte zwei Krüge mit zwei Wagen nach der Unfallstätte in der Mödlerstraße. Der eine Maler

Konnte gleich wieder entlassen werden, da er nur unbedeutenden Schaden genommen hatte. Der zweite Verletzte, namens Gergelow, wurde mit einem Notverbande in fast hoffnungslosem Zustande nach der Charitee geschickt, und der Maler Barz, der mehrere Knochenbrüche, darunter einen Oberschenkelbruch, sich zugezogen hat, wird in der Unfallstation selbst behandelt.

Ueber die Explosion eines Bierfasses macht die Polizei folgende Mitteilung: Mit lautem Knall und großer Flamme- und Rauchentwicklung explodierte am Montag Vormittag in die Aktienbrauerei Friedrichshain beim Pichen ein etwa 65 Hektoliter fassendes Lagerfass. Der Wächter Hermann Pärtsche hatte heißes Pech in das Fass gießen lassen und dann, wie üblich, einen glühend gemachten Kolben zum Ausbrennen in das Fass hineingestoßen. Es entwickelte sich nun eine außerordentlich große Flamme, und da die Gase nicht schnell genug entweichen konnten, erfolgte die Explosion, bei der beide Wände des Fasses heraufgeschleudert wurden. Durch den Explosionsdruck wurde Pärtsche zu Boden geschleudert und erlitt eine Verletzung der rechten Gesichtshälfte sowie einige Abschürfungen.

Auf einem Apfelstiel ist in der Großen Hamburgerstraße am Montag Abend ein 43-jähriger Mann ausgeglitten und schwer verunglückt. In einem Krankenhause, wohin man ihn brachte, wurde ein schwerer Bruch des linken Oberarmes festgestellt.

Das Messer. Gestern Nacht wurde der Schiffer Paul Dorn auf seinem an der Kleinen Straßenerstraße liegenden Kahn durch einen anderen noch nicht ermittelten Schiffer bei einem Streit durch einen Messerhieb an der linken Hand verletzt. Dorn sprang aus Furcht vor weiteren Gewaltthatigkeiten seines Gegners in das Wasser, wurde jedoch von dem Bootsmann eines benachbarten Kahns gerettet.

Das Elend in der Reichshauptstadt. Das neue Asyl für Obdachlose in der Wiesenstraße wird jetzt trotz der verhältnismäßig milden Bitterung doch täglich schon von über 700 Personen besucht, ist also sehr überfüllt. Bereits nachmittags um 3 Uhr, wenn die große Ausnahmehalle des Asyls geöffnet wird, finden sich die Obdachlosen in großen Scharen ein, um sich eine Lagerstätte in den Schlafsäumen zu sichern. Derselbe Andrang findet bei dem Frauen-Asyl in der Fährliedstraße statt, das durch Anbauten bedeutend erweitert worden ist und eine neue Verwaltung erhalten hat. Die 150 Betten, welche sich zur Zeit in dem Frauen-Asyl befinden, sind jede Nacht sämtlich belegt. Auch ist das Elend bei den hier Unterkunft suchenden Frauen und Kindern, von denen manche buchstäblich kein Hemd auf dem Leibe haben, noch weit größer, als bei den Männern. Zur Binderung dieser Noth sind leider milde Gaben in diesem Herbst nicht so zahlreich geflossen, wie früher!

Aus Liebesgram den Tod gesucht hat das 20-jährige Dienstmädchen Ida S., Zimmerstraße 69 bedient. Das als äußerst schmutz und stüfjam geschilderte Mädchen stammte aus Oesterreich, war nicht unbemittelt, und fand seit mehreren Jahren in Dienst ihrer jetzigen Herrschaft. Es hatte die Belanenschaft eines Hautboisten gemacht, der ihr angeblich die Ehe versprochen und auch Ansprüche an ihren Geldbeutel gestellt hatte. Vor kurzem suchte der Bräutigam das Verhältnis zu lösen, was sich das Mädchen so zu Herzen nahm, daß es sich mit Selbstmordgedanken ting. Dienstag gegen Abend führte die S. ihren Vorsatz aus, in dem sie von dem Boden auf den Hof hinab sprang und tot liegen blieb. Wie verlautet, hat die Polizei zwei vorgeschundene Briefe des Bräutigams an seine Braut beschlagnahmt. — Ebenfalls aus Liebesgram erschoss sich gestern Abend gegen 8 Uhr ein junges Mädchen in der Wohnung ihres Bräutigams Uesdomstr. 15.

Theater. Im Schiller-Theater kommt morgen zum ersten Male „Banana Banani“, Trauerspiel in 4 Aufzügen von Paul Desse, zur Ausführung. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Adrabale Banani Julius Eben, Banana Gebogia South, Celare Savelli Max Laurence, Vinto Savelli Billy Frobbie, Giulia Colonna Grete Meyer, Marco Saboni Oswald Bach, Seppina Paula Bevermann. Heute findet noch eine Wiederholung der „Katy-Party“ statt. — Die am Donnerstag im Oden-Theater zum ersten Male in Szene gehende Komödie von Oskar Rein „Leben und Lieben“ beginnt um 8 Uhr. — Neues Olympia-Theater: Theater. Der innere Ausbau der Bühne und des Zuschauerraumes ist nunmehr fast beendet, so daß die Eröffnung des Theaters bestimmt für den 1. Dezember festgesetzt ist.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Heute, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beesow-Storkow-Charlottenburg in Bismarckhöhe, Bismarckdorferstraße 89, statt. Wir machen die Mitglieder auf diese Versammlung besonders aufmerksam.

Die polizeilichen Einrichtungen für die neue Stadt Schöneberg betreffend, ist jetzt die amtliche Mitteilung des Regierungspräsidenten zu Potsdam eingetroffen, nach welcher die vor kurzem gebrachte Nachricht in der Hauptsache sich bestätigt und nur in einigen Punkten von den getroffenen Bestimmungen des Ministers des Innern abweicht. Es sollen nämlich die Bau-, gewerbe-, feuer- und schulpolizeilichen Angelegenheiten der künftigen Verwaltung überwiesen werden. Dagegen sollen die Sicherheits-, Kriminal-, Sitten- und Sanitätspolizei vollständig unmittelbar dem Berliner Polizeipräsidenten unterstehen, weshalb die zu bildenden vier Polizeireviere als „Polizeihauptmannschaft Schneberg“ ganz dem Berliner Polizeipräsidenten angegeschlossen werden soll.

Aus Nixdorf. Im Verlaufe eines ehelichen Streites versuchte der Ringbuhstraße 15 wohnhafte Kaufmann Max Dübel am Montag Abend seine Ehefrau zu erschlagen, doch gingen die Schüsse fehl. Hausbewohner eilten herbei und wollten dem D. die Waffe entreißen, wobei dieser auch auf die herbeigekommenen Personen schuß glücklicherweise aber niemand traf. Nunmehr wurde ein Ordern benachrichtigt, welcher den Revolverhelden in Untersuchungshaft nahm.

Der gefundene Damm. Eine eigenartige Bildhiebgeschichte hat sich, wie der „Mag. f. d. Haveland“ berichtet, unlängst in der Nachbarschaft von Spandau zugetragen. Vor einigen Tagen ließ sich ein hässlicher Besucher aus Wanddorf im dortigen Krankenhaus wegen einer Handverletzung aufnehmen; er gab an, daß er sich den Damm der rechten Hand, welcher fehlte, in seiner Wohnung aus versehen abgehauen habe. Dies erfuhr der zuständige Revierarzt, der um dieselbe Zeit in den Besitz eines herrenlosen Damms gelangte, von dem er im Walde bei einem erlegten Hirsch gefunden hatte. Von diesem Stück Bild hatte er den Bildhauer, der das Thier eben ausweiden wollte, durch seine Annäherung verschreckt. Eine gleich darauf in dem Hause des Bauern vorgenommene Durchsuchung bestätigte den Verdacht, daß dieser gewidert hatte.

Ein äußerst feiner Diebstahl ist am Montag Abend in der Viktorienstraße 9 zu Weissenhof bei dem dort im Parterre wohnenden Schuhmacher B. verübt worden. Frau B. hatte sich am Abend auf einige Augenblicke aus der Wohnung entfernt. Bei ihrer Rückkehr kam ihr ein Mann mit schwarzem Vollbart entgegen, der ihr eilig ein Kleidungsstück über den Kopf warf und dann aus dem Hause flüchtete. Als die Frau sich von ihrem Schreck erholt hatte, wurde sie gewahr, daß ihr 52,75 M., die nicht ihr Eigenthum waren, fehlten. Man glaubt, dem Diebe auf der Spur zu sein. Die Verhohlung ist durch den Diebstahl in eine bedauernde Lage gerathen.

Als mutmaßlicher Mörder des Barbiers Diepad zu Marienwerder bei Jerpensleuse ist der 20 Jahre alte Schiffer August Kupians von dem Marienwerder Gendarmen-Wachmeister festgenommen und nach Marienwerder in Untersuchungshaft abgeführt worden. Der Mörder hat seinem Opfer mit einem stumpfen Gegenstande zwei Schläge auf den Hinterkopf und dann einige Stöße in die linke Schläfe versetzt und ihm eine ganze Reihe Zähne ausgeschlagen. Nach der gerichtlichen Oeffnung durch den Kreisphysikus ist die Leiche am Todten-Sonntag beerdigt worden.

In der ersten Gemeindefchule in Charlottenburg wurde am 16. September der 9-jährige Schüler E. Polzin von seinem Lehrer wegen Unachtsamkeit in ganz ungehöriger Weise geschnitten. Der

Schüler sagte ein Rechenezempel nicht richtig her. Darüber geriet der Lehrer berrathen in Entrüstung, daß er den Knaben rückwärts über die Schulbank drückte und mit der Faust gegen den Hinterbacken desselben schlug. Die Folgen dieser Behandlung mögen durch nachstehendes Attest illustriert werden:

„Erich Polzin, 9 Jahre alt, sah ich am 18. d. M. in meiner Sprechstunde. Er hatte eine gleichmäßige Schwellung in der Gegend beider Kniekehlen, besonders des linken. Verfärbung der Haut konnte ich nicht finden. Etwas unterhalb der Schwellung waren auch unbedeutende Drüsenvergrößerungen zu constatiren. In dessen Fanden dieselben in keinem Verhältnisse zu der Stärke der allgemeinen Schwellung. Die Art der letzteren und die Klagen des Knaben über Schmerzen sprechen dafür, daß eine Mißhandlung vorangegangen ist, und halte ich die Angaben des Knaben, daß die Verletzung mit einem Taschmesser geschehen ist, für richtig“ (folgt die Unterschrift des Arztes).

Der Lehrer erschien, nachdem er von dem Befinden des Knaben gehört hatte, in der Wohnung der Eltern und versicherte unter allerhand Entschuldigungen, daß er gar nicht geglaubt habe, daß die Züchtigung derartige böse Folgen zurüchlassen würde. Eine seltsame Auffassung. Der Kopf eines Kindes ist doch kein Ambos. Oder doch? —

Flüchtiger Kaufmann. Die Tuchhandlung Johannes Dähne, C. B. Möbiger Nachf. in Potsdam, hat die Zahlungen eingestellt. Der Konkurs ist bereits eröffnet. Der Gemeinschuldner ist unter Mitnahme nicht unbedeutender Summen flüchtig. Wie der „Konfekt.“ mittheilt, sollen Waaren von 180 000 Mark lombardirt sein. Die Bücher geben keine Uebersicht, so daß die Höhe der Verbindlichkeiten noch nicht angegeben werden kann.

Soziale Rechtspflege.

Zur Kennzeichnung der ostelbischen Zustände. Einen interessanten Rechtsstreit gegen die polnische landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft hat jetzt das Reichs-Versicherungsammt beendet. Zwei Arbeiter eines Gutes im Kreise Obernigal geriethen während der Arbeitszeit auf dem Felde in Streit. Der Gutinspektor schlug darauf auf die Streitenden ein, der ländliche Arbeiter Piotrel, der sich in der Nähe befand, suchte ihn jedoch daran zu hindern, was zur Folge hatte, daß der Inspektor sich jetzt gegen ihn wandte. Die Arbeit wurde dann fortgesetzt. In der Mittagspause, auf dem Wege nach der Wohnung, trat der Inspektor an Piotrel heran und warchte ihm Vorwürfe darüber, daß er sich vormittags in den Streit hineingemischt habe. Es kam zu einem nicht ganz ruhigen Wortwechsel, in dessen Verlauf der schlagfertige Inspektor seinen Stock erhob, um wieder zuzuschlagen. Piotrel wollte sich mit seiner Sense zur Wehr setzen, im selben Augenblick zog der Inspektor einen Revolver und feuerte auf seinen Gegner. Schwer verletzt stürzte P. zu Boden. In der Folge blieb er in hohem Grade erwerbsunfähig. Er beanpruchte demnach eine Unfallrente, wurde aber von der Berufsgenossenschaft mit der Begründung abgewiesen, daß ein Unfall beim Betriebe nicht vorliege. Kläger legte Verurteilung ein und machte geltend, derartige Streitigkeiten kämen in der fraglichen Gegend häufig vor. Die Arbeiter müßten auch gegen solche Gefahren geschützt werden. Das Schiedsgericht erkannte jedoch ebenfalls zu seinen Ungunsten. Das Reichs-Versicherungsammt hat nun die Vorentscheidungen aufgehoben und Piotrel die Unfallrente zugesprochen. Zur Begründung führte Präsident Gabel aus, daß in dem Unfall ein landwirthschaftlicher Betriebsunfall zu sehen sei. Der ursächliche Zusammenhang mit dem Betriebe sei insofern vorhanden, als der Unfall zu dem Unfall in dem Streit auf dem Felde liege, der wiederum mit der Arbeit der Leute eng zusammenhänge. Auch sei anzunehmen, daß sich der Kläger noch im landwirthschaftlichen Betriebe befunden habe, als er vom Inspektor zur Rede gestellt worden sei, zumal er nur eine Spanne habe machen wollen. Es hätte sich nur um eine kurze Unterbrechung der Arbeit gehandelt, nicht um ihre Beendigung.

Gerichts-Beilage.

Der Schuhmann Paul Jachow stand gestern unter der Anklage der Mißhandlung in Rente vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Am 2. Juni d. J. nachmittags hatte sich der Arbeiter Oskar Schulze in der Thürische eines Hauses in der Kurstraße niedergesetzt; er soll angeblich den Hauseingang versperrt haben. Er wurde von dem Angeklagten aufgefordert, den Eingang frei zu geben, that dies auch, soll sich dann aber auf die Granitplatten gestellt und — schrecklich — dem Angeklagten den Zigarrendampf ins Gesicht geblasen haben. Der Angeklagte forderte den Schulze hierauf auf, ihm zur Wache zu folgen und sahnte ihn beim Arm. Schulze rief sich los und nun hat der Angeklagte ihn mit gezogenem Säbel verfolgt und ihm einen scharfen Säbelhieb über den Kopf versetzt, so daß der Hut glatt durchschlagen und dem Schulze eine 5 Zentimeter lange Kopfverletzung beigebracht wurde. Die Wunde war nicht lebensgefährlich, der Verletzte mußte jedoch nach der Unfallstation gebracht werden und ist vierzehn Tage arbeitsunfähig gewesen. Der Angeklagte bestritt zuerst, den Säbel gezogen und den Schulze damit geschlagen zu haben; er behauptete, daß bei der Verfolgung ihm der Säbel aus der Scheide gerutscht sei (!) und er dann auf den zur Erde gestürzten Schulze hinaufgefallen sei. Schließlich aber war der Angeklagte so liebeuärdig, die Möglichkeit, mit dem Säbel geschlagen zu haben, zuzugeben; er führte zu seiner Entschuldigung an, daß er sehr erregt gewesen sei. — Der Staatsanwalt meinte, daß, wenn auch der Angeklagte glauben konnte, durch Schläge schwer gereizt worden zu sein, er doch nicht das Recht habe, in einem solchen Falle ohne zwingende Gründe mit der scharfen Waffe zu schlagen. Zusammen seien ihm nach der ganzen Sachlage mildernde Umstände zuzubilligen und deshalb beantrage er nur 50 M. Geldstrafe. Der Rechtsanwalt Bronker führte für den Angeklagten eine ganze Reihe mildernder Umstände ins Feld und war geschmacklos genug, zu sagen, daß dem Schulze für sein den Schuhmann in begriffliche Erregung versetzendes Benehmen immerhin eine Tracht Prügel zu gönnen gewesen sei — freilich nicht mit dem Säbel. — Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten unter Jubilation mildernder Umstände wirklich nur zu 50 M. Geldstrafe eventuell zehn Tagen Gefängnis!

Eine blutige Schlägerei beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der Schneider August Wrieße war der schweren Körperverletzung in 2 Fällen, sowie der Verdröhung und der Beleidigung beschuldigt. Durch die Beweisaufnahme ergab sich folgender Sachverhalt: Der Angeklagte ist Eigenthümer eines Hauses in der Auguststraße. Als er am Abend des 6. September mit seiner Ehefrau nach Hause kam, erregte es sein Mißfallen, daß die Gasflamme auf dem Flur noch nicht ausgelöscht war, obgleich es nach 10 Uhr war. Er begab sich in die Wohnung seines Portiers Wiedow, traf dort aber nur dessen Ehefrau an, der er heftige Vorwürfe machte. Die Frau entgegnete, daß es soeben erst 10 Uhr sei, wurde aber unter Schimpfworten von dem Angeklagten zur Nähe verwiesen. Frau Wiedow holte ihren in der Nachbarschaft befindlichen Gemann, welcher von dem Angeklagten ebenfalls beschimpft wurde. Beide Männer rangen miteinander. Plötzlich lief der Angeklagte davon, er eilte nach dem Hofe, nahm einen Hammer und kehrte mit diesem Instrument bewaffnet, noch dem Flur zurück. Er versetzte jetzt dem Wiedow einen Schlag mit dem Hammer gegen den Kopf. Stark blutend sank der Betroffene zu Boden. Der Angeklagte warf sich über ihn und wollte seine Mißhandlungen fortsetzen; in diesem Augenblick eilte aber der im Hause wohnende Arbeiter Henke hinzu und suchte den Angeklagten von Wiedow herunterzureißen. Wrieße hatte den Hammer noch in der Hand, er wandte sich rückwärts und versetzte dem Henke ebenfalls einen Schlag vor die Stirn. Dieser flüchtete nach seiner Wohnung, verfolgt von dem Angeklagten, welcher wiederholt rief: „Hund, ich schlage dich tod!“ Henke hatte

ebenfalls eine schwere Verletzung erlitten, er wie Wiedow haben große Narben an der Stirn. Sie sind längere Zeit arbeitsunfähig gewesen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, hatte viele Zeugen laden lassen, um zu beweisen, daß auch der Portier Wiedow ein zu Gewaltthätigkeiten neigender Mensch sei. Der Staatsanwalt erachtete dies als unwesentlich, im vorliegenden Falle sei der Angeklagte der Angreifer gewesen, der sehr leicht einen Todtschlag hätte begehen können. Er beantragte gegen denselben fünf Monate Gefängnis und 30 M. Geldstrafe. Der Vertreter des verletzten Henke, der als Nebenkläger zugelassen war, H. A. Dialozinsky, schloß sich dem Antrage des Staatsanwalts an.

Der Gerichtshof folgte insofern den Ausführungen des Vertheidigers, als von der Verhängung einer Freiheitsstrafe Abstand genommen wurde. Die Geldstrafe müsse aber eine hohe sein, sie sei auf 300 M. bemessen worden.

Die Frage, ob ein Polizist das Recht hat, ein öffentliches Lokal, in welchem eine Privatgesellschaft ein Vergnügen abhält, zu betreten, ist gestern vom Reichsgericht im vorerwähnten Sinne entschieden worden. Der Polizeikommissar Pflanz in Aachen war dort in Uniform auf einem von der Gesellschaft „Erholung“ veranstalteten Ball erschienen und hatte das Lokal trotz mehrmaliger Aufforderung nicht verlassen. An dem Vergnügen hatten nur Mitglieder des Vereins und solche eingeführte Gäste theilnehmen dürfen, welche eine Eintrittskarte zu 3 M. gelöst hatten. Der Polizeikommissar wurde wegen Hausfriedensbruch zu 40 M. Geldstrafe verurtheilt, und das Reichsgericht, welches gestern über die Revision des Angeklagten zu entscheiden hatte, erkannte auf Verwerfung des Rechtsmittels. Der Reichsanwalt betonte, auch öffentliche Bälle dürften ohne Eintrittskarte nicht betreten werden. Wenn die Revision behauptete, es sei gar nicht festgestellt, daß der Angeklagte beim Eindringen in den Saal ein Hinderniß überwunden habe, so sei darauf hinzuweisen, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts die Überwindung eines Hindernisses für den Thatbestand des Hausfriedensbruches nicht erforderlich sei.

Der angeklagte Putzwerker, Landrath des pommerischen Kreises Stolp (siehe gestrige Nummer) wurde vom Amtsgericht Stolp trotz der offensichtlich beleidigenden Form der von ihm ergangenen Verfügung freigesprochen, indem ihm, gleich dem Freiherrn v. Stumm, das Gericht Wahrung berechtigter Interessen zuruckam. Für andere Staatsbürger pflegt es oftmals nicht so angenehm abzugehen.

In fünf Jahren Gefängnis ist der Antreiber Karl Will gestern vom Schwurgericht II verurtheilt worden. Er war am 18. Juli d. J. in einem Tanzlokale in Schöneberg wegen eines Mädchens in Streit gerathen und hatte in der Wuth den Kutscher Bruhn derart mit einem Messer zugerichtet, daß dieser nach wenigen Augenblicken starb.

Verfammlungen.

In einer öffentlichen Kommunalwähler-Versammlung, die für die Wähler des 88. Bezirks am 22. November bei Lager in der Gartenstr. 13/14 tagte, referirte Genosse Friz Zubeil unter Beifall der Versammelten über die Bedeutung der Stichwahl für die arbeitende Bevölkerung. Gegner meldeten sich auf Aufforderung des Vorsitzenden nicht zum Worte. Nach kurzer Kritik eines liberalen Flugblattes seitens des Referenten erfolgte die Aufforderung zur angelegentlichsten Agitation unter den stämmigen Genossen für Beteiligung an der am Freitag stattfindenden Stichwahl.

Die Stöckerarbeiter hielten am Montag eine öffentliche Versammlung bei Stechert, Andreasstr. 21, ab, in der zunächst die Agitationkommission über ihre Thätigkeit berichtete. Nach diesem Bericht haben im letzten Geschäftsjahre 5 Arbeitsstellen, theils wegen Lohnveränderungen und Maßregelungen, theils zwecks Verstärkung der Arbeitskraft in den verschiedenen Werkstätten stattgefunden, die sämtlich zu gunsten der Arbeiter endeten. Die Einnahme der Kommission betrug inf. Bestand 52,73 M. vom vorigen Jahre, insgesamt 124,13 M., die Ausgabe 69,30; verbleibt ein Bestand von 14,83 M. Nachdem die Versammlung der Kommission Decharge erteilt hatte, wurden in dieselbe Lambert, Graul, Winter, Klüger und Hermel gewählt. Hierauf wurde der Unglücksfall in der Schmirnfabrik der Gebr. Noa verhandelt, der eine längere Diskussion zeitigte. Nach den Ausführungen des Referenten sind die Sicherheitsvorrichtungen in dieser Fabrik sehr mangelhaft und oft nicht vorchriftsmäßig. Obwohl seitens des Herrn Noa vor längerer Zeit das Versprechen abgegeben wurde, entsprechende Abänderungen vorzunehmen zu lassen, sei in dieser Beziehung nur sehr wenig geschehen und wesentliche Verbesserungen der Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter nicht eingetreten. Der letzte Unglücksfall, bei dem ein Arbeiter entsehrlich verstimmt wurde und das Leben verlor, sei zweifellos zum theil auf diesen Umstand zurückzuführen, und aus diesem Grunde die Inhaber der Fabrik hierfür mit verantwortlich. Von der Berufsgenossenschaft soll über die Herren Noa, wie behauptet wird, eine Strafe von 500 M. verfügt und dieser Betrieb in eine höhere Gefahrenklasse veranlagt worden sein. Der Redner, der im weiteren darauf verwies, daß fast allgemein in den Fabriken mit Dampftrieb derartige Zustände vorhanden sind und es als ein Wunder bezeichnet, daß nicht mehr Unglücksfälle vorkommen, rügte noch eine Reihe von Mißständen in der Noa'schen Fabrik, unter anderen die ungenügende Ventilation der Arbeitsräume. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bestätigt, sowie eine Reihe anderer Mibstände einer herben Kritik unterzogen. Ferner wurde auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die dadurch entstehen können, daß die Miemen, die oftmals den Anforderungen nicht entsprechen und deshalb häufig herabfallen und reparirt werden müssen, sehr niedrig hängen und die Arbeiter zwischen und unter denselben hindurchschlüpfen müssen, ohne, daß irgendwelche Schutzvorrichtungen angebracht sind. Ein großer Theil der Schuld an den Mißständen wird seitens der Arbeiter dem Werkführer der Fabrik beigegeben, der es, was seine Aufgabe wäre, bisher unterlassen hat, den Chef auf dieselben aufmerksam zu machen, um ihn zu veranlassen, geeignete Maßnahmen zu treffen. Nach Schluß der Debatte gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die Versammlung mit Bedauern von dem Unglücksfall des Arbeiters Jüdel Kenntniss nimmt und ihre Entrüstung über den Fabrikanten Noa ausdrückt. Ferner sieht sich die Versammlung veranlaßt, die Gewerbe-Inspektion darauf aufmerksam zu machen, daß bei eingehender Prüfung und darauf folgenden, entsprechenden Anordnungen derartige Unglücksfälle vermieden werden würden und erwartet, daß der Herr Fabrikinspektor sich ohne Hinzuziehung des Fabrikanten mit dem Arbeiterausschuß zu diesem Zwecke in Verbindung setzt. Das Bureau wurde beauftragt, in diesem Sinne zu handeln. Nach einem kurzen Bericht wurde Klinge als Delegirter zur Gewerkschaftskommission einstimmig wiedergewählt. Unter verschiedenen wurden große Mißstände aus mehreren Fabriken erörtert, mit welchen sich die Agitationkommission gemeinsam mit den in betracht kommenden Arbeitern beschäftigen wird, um die Mängel zu beseitigen. Nachdem noch mehrmals zum Anschluß an die Organisation und zum Vertrieb der Bots für den Agitationsfonds aufgefordert worden war, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Verein der Zimmerer, Verlags und Ausgehnd hielt am Sonntag, den 21. November, eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher Fischer über die Vortheile der in Frage stehenden Vereinigung beider Organisationen am Orte sprach. Redner führte die bisherigen Kämpfe im Zimmerergewerbe von der Zeit bis zur Neuzzeit den Versammelten vor, und betonte, daß keine der bisherigen Organisationen den Anforderungen der Neuzzeit entsprechen habe; irrt sei der Zeitpunkt gekommen, wo sich die beiden am Ort bestehenden Organisationen zum Verband vereinigen müßten, um weiteren Kämpfen der Unternehmer gewachsen zu sein. Schäffler konnte sich mit den von Fischer angeführten Begründungen, die für die Vereinigung gelten sollten, nicht einverstanden erklären, weil gerade die in Berlin

geführten Kämpfe beweisen, daß das bisherige Bestehen einer gut geleiteten Totalorganisation niemals zum Schaden der Bewegung sein kann. Pöfeler führte an, daß Fischer seit dem Kongress für die Totalorganisierten Gewerkschaften Deutschlands eine andere Stellung eingenommen habe. Nachdem noch mehrere Redner außer Ruhe (Zentral) gegen die Auflösung gesprochen, mußte die Diskussion vertagt werden, da es inzwischen bereits 2 Uhr geworden war und der Saal geräumt werden mußte.

Die Handelskassensarbeiter hielten am Montag eine recht gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Die Stellung des Polizeipräsidenten zu der außerdienstlichen Beschäftigung der Feuerwehrlente bildete den ersten Punkt der Tagesordnung, worüber Klein referierte. Er wies darauf hin, daß die Heranziehung von Feuerwehrlenten bei Umzügen und anderen Arbeiten in keiner Stadt so ausgebildet sei wie in Berlin. Bekanntlich habe beim Umzuge des Wertheim'schen Waarenhauses eine größere Zahl von Feuerwehrlenten geholfen. Auch andere Geschäfte, z. B. Gebr. Simon, Sternberg u. Salomon beschäftigten in der Saison Feuerwehrlente. Redner hat kürzlich beim Direktor des Olympia-Theaters angefragt, ob derselbe für den Umzug des Theaters Arbeiter brauche. Derselbe würde für 50 Pf. pro Stunde zu haben sein. Der Direktor habe aber geantwortet, er könne für 1,50-2,00 M. pro Tag Feuerwehrlente bekommen, welche also billiger und auch zuverlässiger seien, wie andere Arbeiter. — Der Vertrauensmann der Handelskassensarbeiter hat an den Polizeipräsidenten ein Schreiben, datirt vom 11. Oktober, folgenden Inhalts gerichtet: Wie in früheren Jahren, so sind auch in diesem Jahre Mannschaften der Berliner Feuerwehr in hiesigen Geschäften (Sternberg und Salomon) in ihrer dienstfreien Zeit vorübergehend beschäftigt worden. Diese Beschäftigung schädigt nicht nur eine große Zahl steuerzahlender Bürger, als Hausdiener, Bader, Möbeltransportarbeiter, in ihrem Erwerbe, sie birgt auch eine schwere Gefahr für Gesundheit und Leben der Einwohner Berlins in sich, insofern die durch die Nebenbeschäftigung in ihrer dienstfreien Zeit ermüdeten Mannschaften den Anforderungen ihres schweren Berufes nicht gewachsen sind. Der Unterzeichnete ersucht daher den Herrn Polizeipräsidenten höflichst, den Feuerwehrlenten jede derartige Beschäftigung zu untersagen. — Auf dies Schreiben ist unter dem 2. November folgende Antwort eingegangen: Auf Ihre Eingabe, betreffend die von Beamten der hiesigen Feuerwehr betriebenen Nebenbeschäftigungen wird nach Untersuchung der bezüglichen tatsächlichen Verhältnisse erwidert, daß bei der strengen Kontrolle, die die Abteilung für Feuerwehr über ihre Untergebenen führt, sowohl eine Schädigung des Dienstbetriebes als auch irgend eine Benachteiligung des Gemeinwohls ausgeschlossen erscheint, wie auch bisher aus der Uebernahme von Nebenbeschäftigung niemals Nachteile entstanden sind. Der Polizeipräsident.

Der Referent kritisierte diesen Bescheid und empfahl folgende Resolution: Die Versammlung protestirt ganz entschieden gegen die

Aufhebung des Polizeipräsidenten v. Windheim, welcher in der Beschäftigung von Feuerwehrlenten keine Schädigung des Gemeinwohls erblicken will. Wir sind entgegengelegter Ansicht. In anderen Städten hat man bereits, um die Arbeitslosigkeit zu mildern, städtische Arbeiten verrichten lassen. Solche Einrichtung wäre auch für Berlin am Platze. Daran ist aber nicht zu denken, wenn schon steuerzahlenden Arbeitern durch angestellte Beamte die Arbeit entzogen wird, ohne daß die Polizeibehörde den ihr unterstellten Beamten die Nebenbeschäftigung verbieten will. Die Versammlung beantragt den Berliner Vertrauensmann, sich beschwerdeführend an die höhere Instanz zu wenden. — Die Resolution wurde ohne Debatte angenommen. Darauf referierte Kndt über die Praxis der Gewerbegerichte, wobei er besonders auf einige, die Handelskassensarbeiter interessirende Erkenntnisse einging. Sodann besprach Kndt die außerordentliche Ausbeutung, der die Handelskassensarbeiter während der Weihnachtszeit ausgesetzt sind. Schon während der Wochentage werde die Arbeitszeit ins unendliche ausgedehnt, nun habe auch die Behörde die gesetzlich festgesetzte Sonntagsruhe für die drei Sonntage vor Weihnachten noch erheblich beschränkt, indem sie die Offenhaltung der Geschäftslöcher für die Zeit von 7-10 und von 1-8 gestattet habe. Solche Ausnahmebestimmungen seien durchaus nicht nötig, und hätten die Handelskassensarbeiter alle Ursache, sich dagegen zu verwahren. Verschiedene Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus, dann wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung protestirt gegen die Verlängerung der Verkaufszeit an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten; sie ist der Ansicht, daß eine solche Durchbrechung der Sonntagsruhe den Absichten des Gesetzgebers nicht entspricht, daß auch kein Bedürfnis dafür vorliegt, denn im vorigen Jahre haben verschiedene Geschäfte, unter anderen die Firma Wertheim, keinen Gebrauch von der Ausnahmebestimmung gemacht. Die Versammlung hält es für notwendig, daß vor Erlass solcher Verordnungen nicht nur die Vertreter der Geschäftsinhaber, sondern auch die der Angestellten von der Behörde gehört werden.

Vom kaufmännischen und gewerblichen Hilfsverein für weibliche Angestellte geht uns nachstehendes Schreiben zu mit der Bitte, es zu veröffentlichen: In der zweiten Beilage Ihrer Nr. 271 vom 20. November bringen Sie einen Bericht über eine Versammlung der freien Vereinigung der Kaufleute. Danach soll ein Redner gesagt haben, daß der Hilfsverein für weibliche Angestellte fortwährend Stellen für einen Monatsgehalt von 10 bis 15 Mark vermittele. Sie würden uns zu Dank verpflichtet, wenn Sie im Interesse der Gerechtigkeit die Notiz brächten, daß diese Behauptung den Thatsachen nicht entspricht. Soweit Entschädigungen in jenem Betrage in Frage kommen, handelt es sich lediglich um Lehrlingsstellungen, und es dürfte bekannt sein, daß, namentlich wenn man Schulbildung und Alter berücksichtigt, auch die männlichen Lehrlinge eine höhere Vergütung in der Regel während der ersten Monate nicht erhalten.

Welfensee. In einer bei Halle am Montag Abend tagenden Volksvorversammlung erstattete der Gemeindevertreter Genosse Karow Bericht über die während der letzten sieben Monate stattgehabten sieben Sitzungen der Gemeindevertretung und mehrere Kommissions-sitzungen. Redner besprach in einem sehr eingehenden Referat sämtliche in der Vertretung behandelten Punkte und äußerte sich besonders ausführlich über die Beleuchtungsfrage, den Etat, die Armenverwaltung, sowie über die Schul-, Lehrer- und Krankenhausfrage. In die Kommission zur Verathung der Lehrerbeförderung sei er nur durch einen Zufall hineingewählt, da verschiedene vorgeschlagene bürgerliche Vertreter ablehnten. Er sei, entsprechend dem Wunsche der Lehrerschaft, für ein Grundgehalt von 1400 M. eingetreten, während man nur ein solches von 1300 M. angenommen habe, wobei sich das Eigenthümliche herausstellte, daß die Lehrer nach dem neuen Besoldungsplan sich schlechter stellen als bisher und erst nach 21 oder 24 Jahren ein höheres Einkommen als nach der jetzigen Stala beziehen, und zwar weil nun ein Theil der bisherigen Staatszuschüsse wegfalle. — Nachdem Redner noch mitgetheilt, daß infolge eines Antrags des Grundbesitzervereins die Zahl der Gemeindevertreter von 15 auf 21 erhöht sei und bei der nächsten Wahl im ganzen elf Vertreter zu wählen seien, wovon aber für die Sozialdemokraten nur vier Sitze der dritten Klasse in betracht kämen, forderte er alle Genossen auf, durch eine rege Agitation dafür zu sorgen, daß er nicht mehr allein bleibe, sondern wenigstens die vier Sitze der dritten Klasse von Parteigenossen besetzt würden. — Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen Karow's wurden in der sich anschließenden lebhaften Diskussion von den Genossen Peukert, Pasewaldt, Dähnert, Rogge, Ketschmann, Eschbach, Kopf und Gerstenberger durch die Anführung einer großen Zahl von Mißständen in den Gemeindeverhältnissen ergänzt. Ein von Genossen Pasewaldt gestellter Antrag, daß Karow energisch für den Bau eines hiesigen Krankenhauses und die Errichtung von drei Bedürfnishäusern eintreten solle, wurde angenommen. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die stellen wir uns bei den nächsten Gemeindevertreter-Wahlen folgende Gen. Karow aus, daß bei Aufstellung geeigneter Kandidaten wohl alle neu zu besetzenden 4 Sitze der 3. Klasse zu erobern wären. Die Wahlbeteiligung wird gegen eine Stimme beschlossen und ein Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Dähnert, Gerstenberger, Ketschmann, Eschbach, Koopmann, Taubmann und Peukert, sowie 2 Erfahrunnen: Walle und Kopf gewählt. — Nach einem kernigen Appell an die Genossen, bei der Wahl im März ihre Pflicht zu thun und vor allem bis dahin thätig zu agitiren, schloß Genosse Gerstenberger die Versammlung.

Wetter-Prognose für Mittwoch, 24. November 1897. Etwas kühler, zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe mit Niedererschlägen und frischen nordwestlichen Winden.

Achtung! 38. Kommunal-Wahlbezirk. Achtung! Am Mittwoch, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 57: Große öffentl. Volksversammlung Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: „Die Parteien im Reichthum“. 2. Diskussion. 221/10 In recht zahlreichem Besuch, namentlich seitens der Kommunalwähler des 38. Bezirkes, ladet ein Das Komitee.

Achtung! Moabit. Achtung! Donnerstag, den 25. November 1897, abends 8 Uhr, im großen Saale der Aktien-Brauerei Moabit, Thurmstr. 26: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 40. Kommunal-Wahlbezirk. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubell über: „Die Bedeutung der bevorstehenden Stichwahlen für die arbeitende Bevölkerung“. 2. Diskussion. — Um rege Theilnahme ersucht Die Vertrauensperson. 221/11

Achtung! Maurer Achtung! Berlins und Umgegend. Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Konienstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37: Große öffentliche Maurerverversammlung. Tages-Ordnung: 1. Das Ergebnis der am 9. November stattgefundenen Baukontrolle. 2. Beschlußfassung über die Abschließung der Sammelkarte. Um zahlreichem Besuch hierzu ersucht Die Lohnkommission. 296/10

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends: Verkauf frisch gef. schw. perl. und jun. Fleisches. Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf. an, Schweinefleisch 40 Pf. [2006L*] Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Heute, Mittwoch, abends 8 1/4 Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Benthstraße 20/21: Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen. Tages-Ordnung: 1. Die neuesten Unternehmer-Verbände. 2. Die Ueberstunden-Arbeit. 3. Der Streit bei Eberhardt. 4. Verschiedene Werkstatt-differenzen. 5. Verbandangelegenheiten. 288/18 Die Kollegen werden ersucht, streng darauf zu achten, daß jede Werkstatt vertreten ist. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung! Mechaniker, Uhrmacher und verwandte Berufsgenossen. Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr in Cohn's Geschäft, Benthstraße 20: Öffentliche Versammlung. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. — 3. Aufstellung der Delegirten zur Orts-Kronenklasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe. — 4. Verschiedenes. 170/10

Achtung! Kollegen! Achtung! Um eine geeignete Vertretung in der Orts-Kronenklasse zu erhalten, ersuchen wir die Kollegen, in den Werkstätten Delegirte aufzustellen (über 30 Mitglieder sind mehrere Delegirte voranzusetzen). Die Vorgezeichneten sind an das Bureau obiger Versammlung schriftlich unter Nennung des Namens, der Wohnung und Werkstatt einzureichen. Wählbar sind nur Klassenmitglieder, welche 21 Jahre alt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Es ist unbedingt notwendig, daß die Kandidaten in der Versammlung persönlich erscheinen, da dieselben von einer öffentlichen Versammlung sanktionirt werden müssen. Der Vertrauensmann. Saal frei für Vereins-Gesellschaften Bergstrasse 12. 32132* 4. und 11. Dezember wie auch 1. Radenballzeit noch Saal frei Engl. Garten, Alexanderstr. 27c. Saal elektrisch erleuchtet. 30942*

Luisen-Theater Reichenbergerstraße 34. Sonntag, den 28. November 1897, nachmittags 3 Uhr, Goldvorkstellung unter Regie von Julius Fart. Nur einmalige Nachmittags-Aufführung. Auf vielfaches Verlangen: Das alte Lied. Schauspiel in 3 Akten von Felix Philipp. Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Droschenkutseher! Donnerstag, den 25. November, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Gr. öffentliche Versammlung der Droschenkutseher Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel. 2. Berathung und Beschlußfassung über die an den Reichstag abzusendende Petition um Einführung der Sonntagsruhe im Fuhrwesen. 52/8 3. Diskussion. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist es durchaus notwendig, daß diese Versammlung recht zahlreich besucht wird. Um pünktliches Erscheinen ersuchen Die Vertrauensmänner. F. K. D. Schult. 20088

Achtung! Reinickendorf. Achtung! Das Stiftungsfest des Gesangsvereins „Weisse Rose“ (M. d. R. S. B.) findet nunmehr Sonnabend, den 27. November, abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Schulstr. 29, statt. Die vorausgabten Billets haben Gültigkeit. 20088 Der Vorstand.

Weihnachts-Markt vom 27. November bis 31. Dezember dieses Jahres im Mess-Palast, Alexandrinenstr. 110. 30529* Verkaufsplätze für Händler, und Plätze für Schausteller sind noch abzugeben. Jeden Donnerstag und Sonnabend Strickwoollenverkauf. * Karpfen-Ausschleiben bei Werke in Bephr und Roskwohle zu Franz Schmüder, Batllystr. 5. Badrifer, Holzmarktstr. 60, S. L. 1. Tr.

Trotz immenser Steigerung der Lederpreise verkaufe nach wie vor zu alten billigsten Preisen. Größte Schuhwaaren-Fabrik Berlins auf Hand im eigenen Hause. Größtes Lager der besten Schuhwaaren der Welt Goodyear. Schuhwaaren nur bei Herren- und Knaben-Konfektion nur bei Cigarren und Cigaretten nur bei Kleiderstoffe für Damen nur bei Hüte, Schirme, Handschuhe nur bei Teppiche und Gardinen nur bei Wein, Rum, Liqueure u. Cognac etc. nur bei

Raphaëli

Fabrik, Versand und I. Kaufhaus: An der Spandauer Brücke 2. II. Kaufhaus: Potsdamerstraße 106a. Ecke Steglitzerstraße. III. Kaufhaus: Grüner Weg 31, Andreas-Platz. IV. Kaufhaus: Jerusalemstraße 50/51, Ecke Zimmerstraße.

Fabrik im Hause von Schuhwaaren, Herren-Garderobe, Cigarren, Liqueuren und Fruchtsäften mit Dampftrieb. Reellität sämtlicher Waaren verbürgt durch gedruckte Garantiescheine. Mittwoch, Donnerstag, Freitag, den 24., 25. u. 26. November a. o., gewähre bei Vorlegung dieser Zeitung, um die Hauptgeschäftstage zu entlasten, bei allen meinen Waaren einen Rabatt von 5 pCt.

Man verlange Preisverzeichniss.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoben in Berlin. Für den Inseratenthail verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Wag Vading in Berlin.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 24. November.
Cherubus. Mignon. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Doktor Klaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Neues Jordan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Gebrüder Wahrenpennig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Doro Dufscheln. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sänger. April. Anfang 8 Uhr.
Salle-Mallance. Die Grille. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der große Wohlthäter. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Blaubart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Frau Lieutenant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cineu. Gebannt und erlöst. Anfang 8 Uhr.
Neues. Adermittwoch. Vorher: Im Oberfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neidens. Dorina. Vorher: Vice versa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wirthschaftsliche. Der Weichselreiter. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Ohne stützlichen Galt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Lindenstrasse 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Javalidenstrasse 57/52. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Niederkirch. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
American. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Green-Palast. Spezialitäten.
Passage. Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Schiller-Theater (Wollner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: April. Paris.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Santina Santini.
Freitag, abends 8 Uhr: Santina Santini.

Luisen-Theater
34. Reichensbergerstrasse 34.
Abends 8 Uhr:
Der große Wohlthäter.
Vollständig mit Gesang in 6 Bildern v. D. Wollen. Musik v. G. Michaels. Donnerstag:
Das alte Lied.
Von F. Philipp.
Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektr. Bahn: Dönhofsplatz-Reichensbergerstrasse in 10 Minuten.

L. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Begründer und Direktion: Anton und Donat Herrfeld.
Kaufmann's Variété.
Heute zum 79. Male:
Ein Abend im Wintergarten.
Im Atelier.
Ferner das hervorragende Spezialitäten-Ensemble in Vorbereitung:
Familie Kochsalz.
Von Dreien der Glücklichen.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.

Volks-Theater
Im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Novität! Täglich: Novität!
Diese Madler!
Possen: Burleske von D. Roeder. Im vorderen Saale:
„Almenrausch u. Edelweiss“
Zyroler Sänger-Gesellschaft.
Direktion: Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7 1/2 Uhr.

Circus Busch
(Bahnhof Bürse).
Mittwoch, 24. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Erstes Auft. des berühmten Clowns Eugen Belbenanna. Außerdem: 100 Clowns, männliche und weibliche, darunter 20 der besten Barterrepringer. Die vorzüglichsten Freizeitschaffenden des Dr. Busch. Die unübertrefflichen Gekko, Cottrell, Kulturen des berühmten Schmalreiter Herrn Hottel. Gutshard. Pferd u. Hund, Original-Dressur des Sign. Corradini. Mr. Wirc. Raritäten, Kopf-Galopp auf fliegendem Tropen.
Nach Sibirien.
Das großartigste aller Wandagen-Schauspiele.
Morgen 7 1/2 Uhr: Gr. Gala-Vorstellung.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Kolossaler Erfolg des neuen Programms.
Melanie Robertl.
Alberti-Albertina.
Paxton's
Galerie schöner Frauen.
Ilka
als lustige Schwiegermutter.
Paul Backer etc.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Im Reichshallen-Tunnel:
Militär-Concert
Königin Augusta-Kap. in Unif.
Dir.: Praywarski.
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

Quarg's Vaudeville Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Täglich mit größerem Erfolg kommen bei den
I. Original-Budapestern (Lautsky & Spitzer):
Das Armband
von Müller
Das Modell
von Hölzel zur Aufführung.
Vorankarten gelten.
W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Heute, Mittwoch, 24. November: wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Donnerstag, den 25. November:
Madame Potiphar.
Charakterbild in 6 Bildern von Carlos Duham.

Urania
Tanbenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/52:
Täglich (ausser Sonntags und Mitwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschlüsse!
Urania-Theater (Beltter Bahnhof).
Dir.: Dr. Köppen u. Dr. Stoedtner.
Mittw.: Arnold Böcklin. 8 Uhr.
Vortrag mit 2 farb. Lichtbildern.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler
- und -
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
6-10 Uhr.

Central-Theater
Alle Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schnitz.
Mittwoch, den 24. November 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 80. Male:
Berliner Fahrten.
Beste Kosthaltungspose mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Rannhaldt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Ostend-Theater.
Gr. Franziskanerstr. 102. Dir. G. Westh.
Zum letzten Male:
Gebannt und erlöst.
Schauspiel in 5 Akten und Werner's Erzählung in der Gartenlaube.
Anfang 8 Uhr. Im Tunnel v. 7 1/2 Uhr ab:
- Frei-Konzert -
Donnerstag, zum 1. Male: **Leben und Lieben.** Vollständig mit Gesang in 6 Akten von D. Klein. Musik von G. Wanda.

Mundt's Saal.
Jah.: Ernst Gründer.
Rövidersstrasse 100.
Fornsprecher Amt VII 39.
Täglich: Grosser Ball.
Entrée Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.

Wedding-Park
N., Müllerstr. 170.
Jeden Mittwoch:
Norddeutsche Sänger
Sieglar, Wolf, Hohenberg etc.
Entrée 20 Pf. (3212)

Restaurant bietet sich günstige Gelegenheit, ein reiches Grundstück im Vorort mit gutgehendem Restaurant zu erwerben. 2009b
S. B. günstige Kontraktverhältnisse. Anzahlung 10 000 Mark.
Besichtigen erfahren Näheres mit. H. 4 Fried. v. Walldorf.
Großes Vereinszimmer zu vergeben. Jäger, Jagowstr. 21.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Heute, Mittwoch, 24. November: wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Donnerstag, den 25. November:
Madame Potiphar.
Charakterbild in 6 Bildern von Carlos Duham.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Carmen Faur.
La Foy mit ihrer Novität:
Der Feuertanz.
Robert Steidl
und 20 Kunstkräfte 1. Ranges.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Konzert-Sanssouci
Kottbuser Strasse Nr. 1a.
Dir. G. Pierry.
Kritischer Leiter Jos. Mchinger.
Mit vollen Sögeln.
Lebensbild u. Gesang in 3 Bildern von F. Schulz. Musik von Reichen.
Hotel-Abentuer.
Französische Bantomimisten-Truppe.
7 Personen.
Gr. vorzügl. Spezialitäten-Programm.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochent. 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entrée: Sonntags 50 Pf.
Wochent. Passé-partouts gültig.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.
H. Pierry.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse 52/53 (Giltz-Passage)
Königsstrasse 42/43.
Direktion Richard Binler.
Borneuhöfer Familien-Unterhalt.
Mit durchweg neuer Ausstattung:
Tolle Berliner Fahrten.
Ausstattungs-Parade mit Gesang und Tanz. - Vorher:
Junge Männer u. alte Weiber.
Musikspiel in 1 Akt von Th. Apel.
Musik von Schmitt. Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Referierplatz 50 Pf.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Dir.: Winkler & Fröbel.
Neul Die Neul Ballet-Raffin.
Hauptrollen:
Mik. Winkler und Wilh. Fröbel.
Dazu das neue sensationelle November-Programm.
U. a. Wolpert Tris - Gretchen Adolph u. Ernesto - Meiries - Fiedel Canlon - Ballet Barbarina und die hier so beliebten Lebenden Photographien.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1,50 M.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Neu! Mr. Boby, Clown, Neu!
mit seinen Wunderkugeln.
Die Waldbroe, Volksheld.
Neu! Der Klingeljunge von Bosse, Volksheld.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Louis Keller's Festsäle
Koppenstr. 29.
Größtes u. schönstes Stadtfestament der Residenz.
Heute, Mittwoch:
Grosse Solrée der Norddeutschen Sänger
Zweinmen, Cabndlen, Zimmermann, Reising, Stobbe, Stangenberg und Frid.
Nach der Solrée:
Familien-Kränzchen.
Anfang 8 Uhr.

Mundt's Saal.
Jah.: Ernst Gründer.
Rövidersstrasse 100.
Fornsprecher Amt VII 39.
Täglich: Grosser Ball.
Entrée Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.

Wedding-Park
N., Müllerstr. 170.
Jeden Mittwoch:
Norddeutsche Sänger
Sieglar, Wolf, Hohenberg etc.
Entrée 20 Pf. (3212)

Restaurant bietet sich günstige Gelegenheit, ein reiches Grundstück im Vorort mit gutgehendem Restaurant zu erwerben. 2009b
S. B. günstige Kontraktverhältnisse. Anzahlung 10 000 Mark.
Besichtigen erfahren Näheres mit. H. 4 Fried. v. Walldorf.
Großes Vereinszimmer zu vergeben. Jäger, Jagowstr. 21.

Für die englischen Maschinenbauer
sind folgende Beiträge ein: Musikinstrumenten-Arbeiter Verbrüderung B. 64 5,25. Tischlererei: Gabeland, Krausenstraße 7,20. Dittel, Köpckeplatz 127 4,30. Epohn, Köpckeplatz 72, 2. Rate 5,60. Drechseler Wärgahn, Bergmannstr. 91 3,60. Tischlererei: Sonntag, Belle-Alliancestr. 84, 4. Rate 5,75. Thiemann, Wittenwalderstr. 17 4,10. Renzel, Joachimstr. 11 8,50. Bei der Verdringung der Frau Gantius 4,90. Möbelfabrik Großschub, Gollnowstr. 18/19, 3. Rate 2,95. Bautischlerei Nachsch, Kottbuser-Strasse 10 5,50. Möbelfabrik durch Bogel 2,50. Tischlerei Lange u. Gantzer, Brunnenstr. 99 8,-. Möbelfabrikerei Hübner u. Kroll, Königsbergerstr. 8, außer 14 Kollegen, 2. Rate 19,80. Bildhauer, Drechseler und Polierer u. Gantig, Gr. Franziskanerstr. 125, 2. Rate 4,40. Tischlerei Wolmann, Köpckeplatz 26, 3. Rate 2,60. Pianofabrik Gaidinsky, Dörfenbühlstr. 33, 4. Rate 4,70. Drechselerei Wegel, Köpckeplatz 32 3,75. Tischlerei Billig, Webersstr. 62, 5,-. Tischlerei Naich u. Bälter, Waldemarstr. 14, 4. Rate 11,15. Möbelfabrikerei Köpcke, Krausstr. 62, 3. Rate 3,20. S. G. Pfaff, Reuhofstr. 3, Saal 3, 2. Rate 11,50. Tischlerei Sawahl, Belle-Alliancestr. 84, 5. Rate 6,-. Tischlerei Gebrüder Weidner, Neuhofstr. 3, Rate 10,00. Kaminbau, Engelbergstr. 62 2,35. Schreiber, Jerusalemstr. 4,20. Schropp u. Mitter, Köpckeplatz 19, 4. Rate 10,15. Piano- und Orgelbau, Urdamstr. 102, 1. Rate 7,75. Kneufeld, Köpckeplatz 1, Rate 4,-. Vaurinat, Webersstr. 9, darunter 1 M. aus der Fabrik von Weismeyer, 4. Rate 16,05. Tischlerei Gort, Köpckeplatz u. No., Barnimstr. 13, 3. Rate 10,70. Vier Drechseler von Braun, Frühlstr. 59 4. Rate 2,-. Tischlerei Courtois, Engelbergstr. 258, 5. Rate 3,45. Vennig u. Jantz, Köpckeplatz 33, Rate 21,10. Deier, Frühlstr. 32, 2,00. Krause, Corilla u. No., Köpckeplatz 29, 3. R. 7,80. Bautischlerei Wagemann, Belle-Alliancestr. 84 2,50. Tischlerei Gscholz, Krausstr. 62 60,20. Möbelfabrikerei Schömann, Müllerstr. 3,50. Tischlerei Man, Köpckeplatz 40 5,25. Parleibodenleger durch B. 20,50. Tischlerei R. Schulz, Krausstr. 38 3,50.
Summa 307,25, schon quittiert 2252,46, Summa 2565,01.
Verpflichtung: Tischlerei Buchholz muß es heißen 15,50 und nicht 15,-.

Bewährte Arbeitskräfte
müssen entsprechenden Lohn erhalten.
Bei Verwendung nur reeller guter Stoffe und prima Futtermaterialien liefern ich in denkbar bester Ausführung unter Garantie für taubelosen Sitz:
Anzug nach Maass von 40 M. an Paletots „ „ „ 33 „ „
= Grosses Stofflager. Enttäuschung ausgeschlossen!
Reichhaltige Auswahl fertiger Anzüge, Paletots, Hohenzollern-Joppen etc. in allen Größen und Preislagen.
Alle Arten Arbeiter-Garderoben in sehr reichhaltigem Sortiment.
Joseph Goldstein,
York-Strasse 51, Ecke Kähler-Strasse, an der Hülow-Strasse.
Frack-Verleih-Institut.

Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönhauserstr. 2
Die Möbel-Fabrik (früher Rosenhauerstr. 13)
Niefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Garantie Zahlungsbereitungen, Lager gebrauchter und verletzten gewesener Möbel. Eigene Tapezier- und Dekorations-Werkstatt. 1467* Transport durch eigene Kelpanne, auch nach außerhalb.

Möbel und Wollewaren Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Tönninger Wurst- und Konserven-Fabrik
Christian Claussen.
Prämiiert auf der Nahrungsmittel-Ausstellung für das Rote Kreuz im Reich-Palast mit der höchsten Auszeichnung: „der Königlichen preussischen Staatsmedaille.“
Som 23. November d. J. bis 1. Januar 1898 befindet sich eine Verkaufsstelle hiesiger Waaren der Fabrik im **Hess-Palast, Alexanderstrasse.** Spezialität: Die durch die Massenlieferungen von Rindfleisch und Armen so berühmt gewordene **Erbs-, Linsen- und Bohnenwurst.** 5/15*

Hermann Hiller,
85, Landsberger 85.
Eleg. Coftume,
in all. Gard. u. Welt, v. 18-36 M.
mit schottischer Golf-Aragen, Kappe, in fünf Farben, von 5-15 M.
Eleg. Aragen, in allen Stoffen, mit Seide u. an geweb. Futter, v. 10-20 M.
Eleg. Regen-Paletot, aus glatten Stoffen, v. 10-20 M.
Eleg. Regenmäntel, extra zu tragen, englische und glatte Stoffe, von 10,50-36 M.
Battirtes Rad, mit Tydel, Feder, Moulton, Opoffum garnirt, in allen Farben und Weiten, von 18-60 M. 34800*
Battirtes Abendmantel, in allen Farben, mit und ohne Pelzbesatz, von 6,50-18 M.
Seiden-Blüsch-Aragen, in glatt u. gebücht, wattirt oder Planel-Ginlage, mit Ja Meri vellure abgefärbt, in jeder Preislage, von 15-75 M.
Federtrimmer-Aragen, mit ohne Battierleder, von 10,50 bis 30 M.
in allen neuen Farben u. Weiten, von 5-12 M.
Eleg. Jaquet, ein- und zweifach, in prima Satin, Doublet, in allen Farben und Weiten, von 8-15 M.
In prima Qualität Waare, in allen neuen Farben u. prima Battira, Viederbesatz, Schunk, Opoffum u. s. w., v. 16-50 M.
Eleg. Jaquet, lose und anliegend, gestift und glatt, in allen neuen Farben, von 12-20 M.
nur Neubeiten in schottischen u. glatten Fantasiestoffen, v. 3,50-9 M.
Morgen-Röde, gute Arbeit, in allen Farben und Weiten, von 6-25 M.

Weihnachts-Ausverkauf!
Nach beendeter Engrosaktion verkaufe „Einzeln“ zu halben Preisen: Winter-Jacketts 5-15, hochleg. Modell, Kragen, Kapes, Seidenplüsch, Federkammer, Eskimo v. 5-30, Abendmäntel auf Seide wattirt, mit achteln Pelzbesatz, Strauchfedern 7-30.
Landsbergerstr. 59 1 Treppe fein Laden.

Prima frische Zander pro Pfund 40 Pf.
Pa. frische Schellfische pro Pfund 20-30 Pf.
Pa. frischen Seelachs pro Pfund 20 Pf.
Pa. frische Rothzunge pro Pfund 35 Pf.
Lebende Hechte pro Pfund 60 Pf.
Lebende Karpfen pro Pfund 75 Pf.
Lebende Schleie, gross u. mittel, pro Pfund 70 Pf.
Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu Aushahme-Preisen.
16 Dragoner-Strasse 16
Otto Gundermann,
Fischgrosshandlung.
Tägl. Versand nach ausserhalb.

Anzüge nach Maass für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Bekleidungs- u. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**
Weihnachts-Ausverkauf!
Herren- u. Knaben-Garderobe im Preise bedeutend herabgesetzt.
Max Levy,
4950 Schauffstraße 49/50.

Hermann Hiller,
85, Landsberger 85.
Strasse

Codes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Vereins der Zimmerer Berlins und der Umgebung zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kamerad 288/10
Fritz Hennig
verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstags, nachmittags 3 Uhr, vom Augustin-Hospital aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes
Carl Pfeiffer
sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren und Kollegen der Metallwarenfabrik von G. F. Schulze u. Co., sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein im 4. Berl. Wahlkreis (Städt.) u. dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen tiefgefühltesten Dank.
Wwe. Vertha Pfeiffer.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Mchinger
Spezialarzt f. Haut u. Gharneiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Lehmig,
Spezialarzt f. Haut, Krampf- aber-Geschwüre etc., 3441 L.
An der Stadtbahn 24, gegenüber Bahnhof Alexanderplatz.
Sprechst. 9-12 und 3-6.
Sonntags bis 4, Freitags keine Poliklinik. (Montag) 9-10 1/2.
Donnerstag, } 9-10 1/2.

Prkl. Zahnarzt Wronker
Blomdiren, Zahnziehen, Zahnertrag.
Leipzigerstr. 30, II, 9-6.
unregelm. 8-9. Telefon. Nachtglode.

Aluminium-Gebisse.
Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark.
Kautschuk-Gebisse
Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark.
Klomben 1,50 M., Zahnziehen 1 M.
Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer Zähne (Schmerz- od. Chloroformnarkose) im Besitz eines Arztes 6 Mark.
Waldemar und Reinhold Haupt,
Brunnenstrasse 18 II.
Frankfurterstrasse 113 II.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. *
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Sofort Gehalt
gewährt für den Abschluss von Volksversicherungen mit Wochenbeiträgen „Aduna“, Reichstr. 11/12.
Werbungen 8-10 Uhr von außerhalb schriftlich. Bekannnisse sind nicht erforderlich. 2010b

Darlehen ohne Bürgsch. gewährt v. Cred.-u. Hyp.-Bankfch Korralus, Breslau. Statut geg. 40 Pf. *

Wer - Stoff - hat!
fertige Anzug 20 M., halbbare Jacketen, feine Arbeit, zwei Anproben, Hose 3,50 M. Winterpaletot 18 M., edelst. Sammettragen, Warmfutter, Nieren-Stofflager, Gelegenheitskäufe von 3 M. an pr. Meter.
Engel, Münzstr. 26, part.

Theilzahlung Monatlich 10 M.
fertige Herren-garderobe fertig und nach Wunsch.
Bogenanzahlung billige Preise.
Temporowski, Jüdenstr. 37, I.

Fertige Betten von 9 Mk. an
bis zu den feinsten Herrschaftsbetten.
Bettfedern und Daunen
in größter Auswahl spottbillig.
E. Becker, Sandbergerstr. 45.

Buchen- und Eichen-Abfall-Holz, billiger wie Kohle - liefert **W. Jonentz,** Barwalderstr. 64.

Betten, Reanderstr. 6, Wandlische. *
Winterpaletots, Kaisermandel, Herzmantel, Herzmantel, Herzmantel, Operngl. spottb. Reanderstr. 6, Wandl.

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Solzarbeiter!
In der Möbelfabrik von 1888/7
Eberhardt, Michaelstr. 1,
Komptoir Holzmarktstr. 21, sieben 65
Tischler, 5 Drechseler und 25 Polierer im Streit. Zutritt ist fernzuhalten.

Cartonarbeiterinnen verlangt
Angress, Alte Jakobstr. 8.
Schraubschrauben auf Herren- und Damenfragen verlangt **Krüger,** Gr. Franziskanerstr. 130, Hof 1 Keller.
Belegerinnen verl. Goldschmiedefabrik Wälschingerstr. 4. 2013b

Einen tücht. Bandagenschneider, der auch Kreislage schneidet, verl. sof. Kurze, Reichensbergerstr. 107. 2006b

Kunstmacher jedoch nur solche, die selbständig in unserer Branche gearbeitet haben, suchen **Otto Grund & Co.,** Firmenschilder-Fabrik. 2007b

Sehn Karten-Arbeiterinnen, gebild. u. Wolf, Neue Friedrichstr. 43.
Eine Belegerin
mird sofort verlangt bei 2014b
E. Joers, Eilaffingerstr. 23.